49. JAHRGANG · NUMMER 4 · 15. NOVEMBER 2008 · EUR 1,50

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ WELTWEITE WIRTSCHAFTSKRISE

Erste Lehren aus der Finanzkrise

Die Auswirkungen der Finanzkrise, die mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA Ende 2007 begann, sind auch heute noch nicht in ihrem ganzen Ausmaß erkennbar. Was die ökonomischen Mechanismen dieser Krise angeht, so verweisen wir unsere Leser auf die Kurzdarstellung von Günther Sandleben[1)], den isw-report 75[2)], sowie auf die Broschüre von Lucas Zeise[3)]. Alle, die sich grundsätzlicher mit den Regeln der kapitalistischen Geldzirkulation beschäftigen möchten, finden in »Das Finanzkapital« von Rudolf Hilferding aus dem Jahr 1909 eine immer noch lehrreiche Einführung.

Uns interessieren hier in erster Linie die Ursachen und Folgen der Krise, die mittlerweile auch auf die Realwirtschaft übergegriffen hat, soweit sie sich heute bereits absehen lassen.

Finanzkrise und Arbeitsplatzabbau

Mit dem Eintritt der Staaten des ehemaligen sozialistischen Lagers in den kapitalistischen Weltmarkt ist dessen Bevölkerung auf einen Schlag um mehr als ein Drittel gewachsen. Die Eingliederung der Länder hinter dem »Eisernen Vorhang« brachte dort nicht nur bürgerliche Klassen hervor, sondern schuf den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten riesige neue Märkte und Profitmöglichkeiten. Das private Finanzvermögen der Reichen und Superreichen, die nur 1,5 Promille der Weltbevölkerung ausmachen, wuchs in der Spanne von 1997 bis 2007 von 19.100 Milliarden auf 40.700 Milliarden US-Dollar. Während die Profite der Unternehmen in den letzten zwei Jahrzehnten gewaltig anschwollen[4)], stagnierten die Reallöhne der Arbeitnehmer in den Industriezentren. Gleichzeitig wurde die Produktivität durch Automation und Rationalisierung in Industrie und Verwaltungen gesteigert. Nur ein Teil der so entstandenen Profitmasse konnte gewinnbringend in die Warenproduktion investiert werden. Der andere Teil des Geldkapitals floss in mehr oder weniger spekulative Finanzprodukte wie zum Beispiel Staatsanleihen, Fondsanteile, Zertifikate, Optionsscheine. In dem Maße, in dem das anlagesuchende Geldkapital wuchs, erweiterte die Finanzindustrie ihren Markt, indem sie neue Anlagemöglichkeiten, neue Finanzprodukte für ihre reiche Kundschaft entwickelte. Es entstanden spekulative Kreditblasen. Das Platzen solcher Blasen am Immobilienmarkt erst der USA, dann in Großbritannien und zuletzt in Spanien deckte die Dimensionen der spekulativen Überdehnung auf und führte weltweit zu Kettenreaktionen auf den Kreditmärkten. Die Krise vernichtet jetzt in großem Stil Geldkapital; in erster Linie trifft es die Reichen und Superreichen; manche von ihnen, die bislang als Milliardäre galten, sind nun bloß noch Multimillionäre, z.B. die Hauptaktionärin von Arcandor (Karstadt-Quelle), Schickedanz. Aber sie trifft auf dem Weg über Investmentgesellschaften und Pensionsfonds – vor allem in den Staaten, in denen die Alterssicherung über den Kapitalmarkt erfolgt – auch die Beschäftigen und die Rentenempfänger. Und sie trifft mit Wucht auch viele besser verdienende Arbeitnehmer und Sparer, die auf Empfehlung ihrer Banken und Sparkassen riskante Finanzprodukte gekauft hatten, die sie häufig genug überhaupt nicht verstanden. Mit dem Übergreifen auf die Realwirtschaft, in erster Linie auf die Bauwirtschaft und die Konsumgüterindustrie, wie z.B. den Automobilbau, kommt die Krise aber auch bei den Beschäftigen in Deutschland und den übrigen EU-Staaten an. Auch hier sind die Folgen noch nicht absehbar – nach dem massenhaften Personalabbau der letzten Jahrzehnte infolge von Rationalisierungsmaßnahmen stehen nun Tausende von Entlassungen bei den Finanzinstituten und in der Automobilbranche an. Andere Wirtschaftszweige werden folgen, soviel ist klar. Unklar bleiben vorerst Ausmaß und Dauer der Krise.

Die Retter des Kapitalismus in Aktion

Es gibt drei Sorten von Opfern der Finanzkrise: Die einen sind diejenigen, die die Krise durch den spekulativen Einsatz von Geldkapital und riskante Finanzinstrumente letztlich verursacht haben, also die Finanzinstitute selbst mit samt ihren Zweckgesellschaften (Conduits). Die anderen sind eine große Zahl von Reichen und Superreichen, unter denen sich auch die Eigentümer der Finanzindustrie befinden. Diese beiden Gruppen machen zahlenmäßig nicht mehr als anderthalb Promille der Weltbevölkerung aus. Die dritte Gruppe umfasst, grob gesprochen, den Rest der Menschheit.

Es entspricht der inneren Logik der kapitalistischen Herrschaft, dass der kapitalistische Staat zur Rettung der ersten beiden Gruppen herbei eilt. Die US-Regierung mach-

Am 4. Dezember 1857 schrieb Marx zur damaligen europäischen Finanzkrise: *»Mit anderen Worten, das Vermögen der gesamten Gesellschaft, welche die Regierung vertritt, hätte die Verluste der privaten Kapitalisten zu vergüten. Diese Art Kommunismus, wo die Gegenseitigkeit völlig einseitig ist, erscheint den europäischen Kapitalisten ziemlich anziehend.“* (MEW 12, S. 340)

Und am 8. Dezember bemerkte er dazu noch einmal gegenüber Engels: *»Daß die Kapitalisten, die so sehr gegen das ‘droit au travail’ (Recht auf Arbeit) schrien, nun überall von den Regierungen ‘öffentliche Unterstützung’ verlangen (…), also das ‘droit au profit’ (Recht auf Profit) auf allgemeine Unkosten geltend machen, ist schön«.* (MEW 29, S. 223).*«* ■

te den Anfang mit einem 700-Milliarden-Dollar-Programm, durch welches sich die Banken günstig refinanzieren können und wo sie durch Verkauf von faulen Hypothekar- und anderen Krediten ihre Bilanzen sanieren können. Gleichzeitig werden die überlebenden Banken ermutigt, sich die Dahingeschiedenen einzuverleiben, was zur weiteren Konzentration auf dem Bankensektor führt. Die Absicht, die seitens der Regierung dahinter steckt, ist, die Krise, soweit sie Kreditkrise ist, auf diese Weise zu bewältigen. Mit den Krediten der US-Notenbank Fed an die klammen Banken soll verhindert werden, dass die Warenzirkulation zusammenbricht. Beide Maßnahmen machen unter kapitalistischem Vorzeichen Sinn. Deshalb sind in kürzester Frist die Regierungen aller anderen Industriestaaten aber auch die der Schwellenländer dem Beispiel der Bush-Regierung gefolgt, die dabei auch von der Demokratischen Partei unterstützt wurde. Ob diese Geldspritzen die Krise abmildern, ob sie verhindern, dass die Weltwirtschaft in eine tiefe und lang anhaltende Depression abgleitet, das ist noch nicht absehbar.

Die dritte Gruppe der Opfer, die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft, die Arbeitnehmer und ihre Familien schließlich, soll die Rettungsaktionen bezahlen. Auch dies entspricht der inneren Logik der kapitalistischen Gesellschaft. Allein die Sorge vor dem Ausgang der kommenden Präsidentschaftswahlen in den USA führte dazu, dass der oben skizzierte Rettungsplan geringfügig um ein Programm mit Kredithilfen für insolvente Hauseigentümer aufgestockt wurde.

Das Rezept zur Rettung der Finanzinstitute in Deutschland ist im Prinzip das Gleiche wie in den USA, mit dem Unterschied, dass hier eine große Koalition unter Einschluss der Sozialdemokratie handelt. 500 Milliarden Euro sollen den Banken aus der Finanzklemme helfen, ihre faulen Kredite sollen sie beim Bund parken dürfen. Eine Rechtsverordnung räumt der Regierung bzw. ihrem beauftragten Organ bei der Bundesbank Einflussnahme auf die Politik der Geldinstitute ein, die Hilfe annehmen – aber die Formulierungen der Verordnung sind rechtlich so unbestimmt gefasst, lassen dem Finanzministerium unter Minister Steinbrück (SPD) beliebigen Spielraum für Ermessensentscheidungen, so dass unter Ausschluss der Öffentlichkeit der Schmusekurs mit dem Finanzkapital fortgesetzt werden kann.

Tatsächlich bestätigt die SPD ihre unternehmerfreundliche Linie für die Agenda 2010 mit der Neubesetzung der Spitzenpositionen nach dem Sturz von Kurt Beck: Frank-Walter Steinmeier als Kanzlerkandidat, Franz Müntefering als Parteivorsitzender und Finanzminister Steinbrück verkörpern das Regierungsprogramm von weiland Bundeskanzler Schröder in Reinkultur. Einige kleine Zugeständnisse an die Rentenempfänger für das kommende Jahr der Bundestagswahl, Zusagen für eine Ausweitung der Mindestlöhne, allerdings ohne Festlegung auf eine bestimmte Höhe, dafür aber Hartbleiben bei der Rente mit 67 – darin drückt sich das »soziale Engagement« der Krisenmanager aus. Bei dieser politischen Grundlinie ist es klar, dass die Zusammenarbeit mit der CDU – von unbedeutenden Ausnahmen abgesehen – störungsfrei verläuft. Es scheint, dass die SPD eine Abstrafung durch ihre (Nicht-)Wähler solange nicht fürchtet, wie eine große Koalition mit der CDU/CSU noch im Bereich des Möglichen ist. Auf Bundesebene ist es der Linkspartei erkennbar nicht gelungen, erfolgreich Druck auf die sozialdemokratische Führungsebene auszuüben. Die so genannten Parteilinken um Andrea Nahles fügen sich anstandslos der Parteidisziplin unter der neu-alten Parteispitze.

Nach der Krise ist vor der Krise

Das isw weist darauf hin, dass sich in den vergangenen zehn Jahren allein drei weltweite Finanz- und Spekulationsblasen aufgebläht hatten und am Ende platzten: *»die Emerging-Market-Bubble, die New-Economy-Blase, die Subprime-Immobilien-Spekulation. Eine vierte Blase, die Öl-Rohstoff-Nahrungsmittel-Bubble wird seit Monaten kräftig aufgepustet«.*

Die Ursachen für die Finanzkrisen im Kapitalismus sind die Gleichen wie die Ursachen für die weltweiten Krisen der Realwirtschaft: Sie lassen sich zurückführen auf das Auseinanderklaffen von gesellschaftlicher Produktion auf der einen Seite und gesellschaftlicher Konsumtion auf der anderen. Der Reichtum, ob in Finanzanlagen oder in Industrieprodukten, der sich als Profit in den Händen einer kleinen Minderheit von Kapitaleignern ansammelt, lähmt an einem bestimmten Punkt den Fortgang der Wirtschaft, führt zu Produktionsstillstand und Finanzkrisen, wodurch

1) Crash & Crisis. Bankenkrach, Wirtschaftskrise, Dollar-Crash, September 2008, 10 S.
2) Garnreiter, Mayer, Schmid, Schuhler, Finanzkapital, Spekulation. Krisen. Alternativen; isw-Report Nr. 75 September 2008, 55 S.
3) Ende der Party, Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft, PapyRossa Verlag 2008, 196 S..
4) In Deutschland betrug der Anteil der Profite am Volkseinkommen 2007 etwa 35 Prozent.

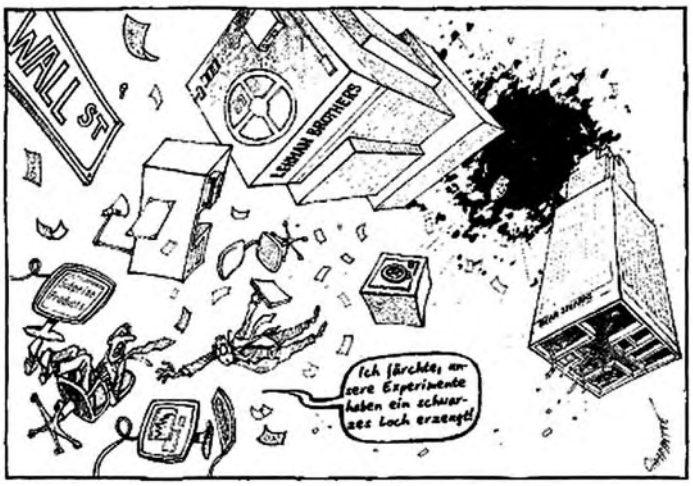
INHALT · Heft Nr. 4 / 15.11.2008 · JG. 49

Erste Lehren aus der Finanzkrise 1
Der Staat soll's richten 3
Dokumente:
Bankenaufsicht oder Kontrolle der Produktion 5
Von der Pleite zur Konzentration 6
Die Linke in Westdeutschland:
Protest gegen neoliberale Politik 7
Der Kampf um die Hanauer Vacuumschmelze 10
Krise kommt in die Betriebe – Gespräch mit Kollegen . . . 14
Georgien: Russlandkrise und europäische Bourgeoisie . . 16
Österreich: Wahlen – Protest ohne Perspektive. 19
Grossbritannien: Regierungspolitik wird abgelehnt 21
Schweden: Stockhoms Busfahrer streikten 24
Ukraine: Privatisierung von Volksvermögen 27

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:
● **Berlin-West:** »*Schwarze Risse*«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »*Der kleine Buch-laden*«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »*Buchladen 46*«, Kaiserstraße 46 ● **Braunschweig:** »*Guten Morgen Buchladen*«, Bülpenweg 87 ● **Bremen:** »*Buchladen in der Neustadt*«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »*Heinrich-Heine-Buchhandlung*«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »*Haus der Bücher*« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »*Uni-Buch*«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »*Rote Straße*«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »*Verein Kellnerstraße e.V.*«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »*Heinrich-Heine-Buchhandlung*«, Grindelallee / »*Schwarzmarkt*«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »*Nautilus*«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »*Osterstraße*«, Osterstraße ● **Hanau:** »*Buchladen am Freiheitsplatz*«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »*Internationalismus-Buchladen*«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »*Gestochen scharf*«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »*Liebknecht-Haus*«, Braustraße 15 ● ● **Mönchengladbach:** »*prolibri*« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »*Bücherkiste*«, Bismarckstraße 3



überschüssiges Kapital vernichtet und Konkurrenten ausgeschaltet werden. Nach jeder Krise wird das Rad erneut und mit größerer Übersetzung gedreht: Noch größere Konzerne mit noch größerer Produktivität steigern den Mehrwert und die Profite – während die Ausbeutung der Erwerbstätigen anwächst, sinkt deren Fähigkeit, den Warenreichtum zu kaufen. Die Folge davon sind periodische Wirtschaftskrisen, wie sie den Kapitalismus seit seiner Entstehung im

Experiment gescheitert

19. Jahrhundert stets begleiten. So wird auch diese Krise nur Vorläuferin der nächsten sein.

Das große Problem unserer Zeit ist, dass die Beschäftigten die Vertretung ihrer ureigensten politischen Interessen an bürgerliche und linksbürgerliche Parteien delegieren, die selbstverständlich die Lasten zur Bewältigung dieser Krisen auf die Schultern der Erwerbstätigen legen. Aus wahltaktischen Gründen werden gelegentlich geringfügige Zugeständnisse an bestimmte Wählergruppen gemacht, die aber am Grundsachverhalt nichts ändern und bloße Sozial-Kosmetik sind. Dadurch ist es schier unmöglich, die propagandistischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die in einer objektiven Darstellung der Ursachen und Folgen der aktuellen Krise liegen. Das soll uns nicht davon abhalten, deren Hintergründe aufzuklären und die kapitalistische Produktionweise selbst als die Hauptursache zu benennen. Aber zu einer gesellschaftlichen Kraft wird die sozialistische Idee erst wieder werden, wenn die Massen selbst nach ihr streben.

1. November 2008 ■

■ REGULIERUNGSVORSCHLÄGE AUS DEM LINKEN SPEKTRUM

Der Staat soll's richten

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück gab sich betont kämpferisch, als er als Konsequenz aus der Finanzkrise »mehr Transparenz« der Geschäftstätigkeit der Banken forderte, gegen die ausgelagerten Zweckgesellschaften (Conduits) und zu hohe Managervergütungen wetterte und schließlich den Geldinstituten vorwarf, die Finanzhilfen des Bundes zu verschmähen. Die Politiker der Regierungsparteien beklagen jetzt »Exzesse« der Finanzwirtschaft, aber sie waren und sind es selbst, die auch in Deutschland Schutzdämme einrissen:

Die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder hielt sich die Privatisierung von Staatsunternehmen ebenso zugute wie die Agenda 2010 und die Schaffung der kapitalgedeckten Riester- und Rürup-Rente. Privatisierungen von Post und Deutscher Telekom beim Bund führten zum Verlust vieler Arbeitsplätze, schufen andererseits erhebliche Anlagemöglichkeiten für das Finanzkapital. Die Länder und Kommunen zogen nach: Veräußerung von Immobilien (und deren anschließende Anmietung), so genannte Public-Private-Partnership (PPP)-Projekte bis hin zu abenteuerlichen Konstruktionen des Cross-Border-Leasing[1] ermöglichten dem Finanzsektor hohe Profite bei geringem Risiko. Die Kürzung der staatlichen Rentenleistungen aus dem Umlageverfahren zugunsten staatlich geförderter Renten-Sparpläne, wodurch die Lohnabhängigen belastet und die Unternehmer entlastet werden, wurde ergänzt durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf das 67. Lebensjahr. Es machte sich wohl niemand Illusionen, dass die Mehrheit der Beschäftigten tatsächlich bis in dieses hohe Alter hinein arbeiten würde – wichtig waren und sind die Abschläge bei früherem Renteneintritt, die nun auch durch private Vorsorge bei Versicherungen und Banken ausgeglichen werden müssen. Bereits Jahre vor der aktuellen Finanzkrise wurden Beschäftigte wie Erwerbslose durch die Politik der einander ablösenden Bundesregierungen zugunsten des Finanzkapitals heftig gebeutelt.

Der Staat und der Markt

Es mag sein, dass Steinbrück wirklich über die Banker verärgert war, die bis zum letzten Moment Risiken in ihren Bilanzen schön geredet hatten, die – aus seiner Sicht – den Karren an die Wand gefahren hatten und zudem noch ein Vielfaches seiner eigenen Bezüge erhielten. Aber es muss ihm als Finanzfachmann klar sein, dass kein Markt auf der Welt wirklich transparent ist, jedenfalls kein großer; das gilt sowohl für den Markt, auf dem Waren ausgetauscht werden, wie insbesondere für den Finanzmarkt, auf dem die Ware Kredit heißt.

In der kapitalistischen Gesellschaft hat der Staat, der für uns Marxisten die Organisationsform der bürgerlichen Klasse ist, die Aufgabe, den Markt sicher zu stellen, sein Funktionieren dauerhaft zu ermöglichen. Der Markt aber folgt seinen eigenen Gesetzen. Das brachte der frühere Bundesbankpräsident Tietmeyer treffend auf den Punkt, als er feststellte, dass die Staaten und Politiker dem Urteil der Finanzmärkte zu unterwerfen seien.[2] Vor sechzig Jahren etwa hätten Finanzfachleute in Deutschland wahrscheinlich Kontokorrent- oder Girokonten bei Finanzinstituten mit Überziehungsmöglichkeit für Arbeiter oder für Frauen ohne Einwilligung des Ehemannes für intransparent oder hochriskant gehalten und ihre Einführung strikt ausgeschlossen. Heute sind dies Selbstverständlichkeiten. Gleiches gilt für die modernen Finanzprodukte, die seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden sind. Nicht nur der Finanzmarkt als Ganzes, sondern auch das einzelne Kreditgeschäft für sich genommen sind nur eingeschränkt transparent, d.h. klar in allen Konsequenzen überschaubar.

Der Kredit fußt auf dem Vertrauen darein, dass der Schuldner die Zinsen bezahlen und das Kapital nach Vereinbarung zurückzahlen kann und wird. Dieses Vertrauen beruht u.a. auf einer Prognose über den künftigen Gang der Geschäfte auf der Grundlage von Erfahrungen aus der Vergangenheit. Ändern sich wichtige Parameter, dann

1) Privatisierung als Ursache der Finanzkatastrophe, Gespräch mit Werner Rügemer über Cross Border Leasing, Junge Welt 28. Oktober 2008
2) zitiert nach Lucas Zeise, Ende der Party – Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft, Köln 2008, S. 194

kann die Prognose von nun auf jetzt falsch sein und die Rückzahlung unterbleibt. Wenn dies massenhaft geschieht, bricht der Markt zusammen; keine Regulierung kann das verhindern. Der Staat kann dann allenfalls als Garant für einen Teilmarkt Sicherheiten für Zahlungsausfälle verbürgen und hoffen, dass sich die Stockung auf dem Gesamtmarkt nach einiger Zeit wieder auflöst und die Gewinne und Verluste aus der Krise schließlich saldiert werden. Danach werden die Krisenverlierer untergegangen und die Gewinner größer und mächtiger geworden sein als vorher. Der Zeitfaktor ist dabei von größter Bedeutung – je länger der Markt stockt, desto schlimmer die Folgen der Krise, wie Firmenzusammenbrüche, Rezessionen. Daher der Ruf nach schnellem Eingreifen der Regierungen.

Der Staat lässt die Dinge also nicht einfach laufen. Aber wo er eingreift, da tut er es im ausdrücklichen Interesse der herrschenden, also bürgerlichen Klasse, indem er den Markt stärkt und die Profitmöglichkeiten optimiert. Das betrifft ganz besonders die lohnabhängige Klasse. Die Absenkung der sozialen Leistungen, die als Renten- oder Krankenversicherungszahlungen vorenthaltener Lohn sind; gesetzliche Vorschriften, die Preisentwicklungen für Lebensmittel (wozu auch die Mieten zählen) regeln, weil diese Konsequenzen für die Lohnhöhe haben, sind Beispiele für aktives Eingreifen des bürgerlichen Staats. In der Bundesrepublik kommt noch besonders die Politik der früheren Notenbank, der Bundesbank, hinzu: »*Unter dem Banner der Inflationsbekämpfung hat sie mehrmals in der Geschichte der Bundesrepublik durch Hochzinspolitik Abschwünge oder sogar Rezessionen herbeigeführt. Tatsächlich war die relativ zu anderen Ländern noch rigorosere Politik der Bundesbank mit dafür verantwortlich, dass über mehrere Jahrzehnte hinweg beides, der Anstieg der Löhne und die Inflationsrate in der BRD meist geringer waren als im kapitalistischen Ausland.*«[3)]

So wie der Staat die Produktionskosten im Interesse der bürgerlichen Klasse niedrig hält, sorgt er im Falle der Krise an den Märkten – und hier vor allem am Finanzmarkt – dafür, dass Störungen beseitigt und der Marktplatz wieder in Betrieb genommen werden kann, wenn der Handel durch die Krise unterbrochen wurde. Dies geschieht jetzt durch Liquiditätshilfen und durch die Rettung von »systemisch bedeutsamen« Finanzinstituten durch staatliche Garantien und erforderlichenfalls durch Subventionen zu Lasten der Steuerzahler, d.h. vor allem der Erwerbstätigen.

Wege aus der Krise?

Die Reformvorschläge der deutschen Gewerkschaften und von Attac für den Finanzsektor decken sich zu großen Teilen mit denen des Forums für Finanzstabilität (FSF)[4)], die höhere Eigenkapitalunterlegung vor allem für komplexe Finanzprodukte, »höhere Transparenz«[5)] und bessere Aufsicht durch die entsprechenden staatlichen Organe, und eine Läuterung der Rating-Agenturen fordern. DGB und Attac fordern darüber hinaus noch die »demokratische Kontrolle« des Finanzsektors, für die sie detaillierte Vorschläge machen. Wir wollen uns mit diesen Vorschlägen hier nicht im Einzelnen auseinander setzen. Die Empfehlungen des FSF zielen darauf ab, im Wesentlichen alles beim Alten zu belassen, mit geringfügigen kosmetischen Korrekturen. Die darüber hinaus gehenden Wünsche von Attac und Gewerkschaften nach »Demokratisierung« des Finanzsektors ignorieren die gegebenen Machtverhältnisse ebenso wie die Existenzregeln der kapitalistischen Gesellschaft. Kurz: Sie sind in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht zu verwirklichen und in einer kommunistischen Gesellschaft wären sie überflüssig. Es sind bemühte Schreibübungen von Verbandsfunktionären, die sich von Amts wegen äußern müssen.

Während die Analyse der Finanzkrise bei den Gewerkschaften und bei Attac oberflächlich bleibt, weil sie sich grundsätzlich auf den Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stellen, analysieren z.B. isw und SDAJ die Krise sorgfältiger in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang, suchen die Lösung dennoch letztlich beim kapitalistischen Staat – sei es mit der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie oder Verstaatlichung der Banken.[6)]

Das Dilemma der sozialistischen und kommunistischen Linken in Deutschland, und damit auch unser eigenes, besteht darin, dass die gegenwärtige Krise und der Ausblick auf das weitere Geschehen zwar die radikale Kritik der herrschenden Klasse möglich macht; andererseits fehlen aber die Kräfte, die ein Abwälzen der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen verhindern könnten. Während die Unternehmer und Bankiers als gesellschaftliche Klasse ihre Interessen bewusst wahrnehmen, bleibt die Arbeiterklasse gelähmt und Opfer der bürgerlichen Propaganda. Da liegt es wohl für Manchen nahe, an den Illusionen vom unparteiischen Staat anzuknüpfen und an diesen Forderungen zu stellen, die er weder erfüllen kann noch will.[7)] Das ist umso problematischer, wenn es in Papieren geschieht, die im Wesentlichen nur im linken Spektrum gelesen und diskutiert werden.

Angesichts der wirklich eindeutigen Rolle, die der Staat auch in Deutschland beim Zustandekommen der Finanzkrise spielte und spielt, müssen solche »Reform«-Vorschläge der Linken auch im eigenen Lager desorientierend wirken. Richtig wäre es, die gegebene Situation zu nutzen, um gegen Illusionen über die Funktion des bürgerlichen Staates anzugehen und in den eigenen Reihen für Klarheit zu sorgen.

Die sozialistische Linke muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten aufklären und öffentliche Propaganda gegen die herrschenden Klasse und deren Pläne zur Krisenbewältigung betreiben. Wo Bündnisse unter den linken Kräften geschlossen werden können, lassen sich auch Demonstrationen und Kundgebungen organisieren. Erst das Aufkommen von Massenprotesten wird der Linken weitere politische Perspektiven eröffnen.

Anders stellt sich die Frage für die Linkspartei, die als linksbürgerliche Partei im Parlament ein eigenes Profil zeigen will und muss. Über sie urteilt kurz und treffend der marxistische Ökonom Robert Kurz: »*Lafontaine und seine Gefolgsleute sind keine Kapitalismuskritiker, sondern Nostalgiker des nationalen Keynesianismus, der längs nicht mehr tragfähig ist. Als Regierungspolitik wäre das schon damals gescheitert... Das Lafontaine-Programm ist nur demoskopisch und ›stimmungsmäßig‹ wirksam, solange es nicht als Regierungspolitik praktisch werden muss. Wo sich die Linkspartei an Landesregierungen beteiligt (Berlin), trägt sie die sozialen Restriktionen als ›Sachzwänge‹ mit. Deshalb gibt es dort wie einst bei den Grünen eine Realo-Fraktion, die Lafontaine als Bauernfänger eindämmen möchte, um regierungsfähig zu werden...*«[8)]

09. November 2008 ■

3) Die einzige Ausnahme von dieser Regel ist der Kriegs- oder Ausnahmezustand, wenn die Marktwirtschaft ganz oder zum Teil zugunsten einer vom kapitalistischen Staat regulierten Bedarfswirtschaft abgelöst wird.

4) Lucas Zeise, S. 111

5) Mitglieder sind u.a. Vertreter der Finanzministerien, Notenbanken und Aufsichtsbehörden führender Industriestaaten; Einzelheiten zu diesem Abschnitt siehe isw-REPORT Nr. 75, September 2008, S. 46 ff.

6) »*...die vage Formulierung nach Transparenz* (ist) *wohlfeil. Sie wird häufig und gern von jenen Institutionen erhoben, die Forderungen nach strikter Regulierung abwehren wollen.*« Lucas Zeise, S. 164

7) isw-REPORT Nr. 75, S. 51 ff.; SDAJ Stellungnahme zur Finanzkrise vom 17. Oktober 2008

Die beiden folgenden Artikel wurden während der Wirtschaftskrise 1931/32 geschrieben. Wir halten sie in ihren Grundaussagen immer noch für beachtenswert.

Bankenaufsicht oder Kontrolle der Produktion

Gegen den Strom, Organ der KPD-O, Nr. 17, 15. 8. 1931

E.L. Der Zusammenbruch der Bankenkonzerne, die absolute Einspannung des Staates mit seinen finanziellen Mitteln zugunsten des Finanzkapitals hat das Interesse des Proletariats und auch des Kleinbürgertums für eine öffentliche Kontrolle vornehmlich der Großbanken wachgerufen. Die Stimmung, die sich zum großen Teil noch über das Wie der Kontrolle nicht im Klaren ist, bietet dem sozialdemokratischen Vulgärökonomen Naphtali eine Gelegenheit, seine alten illusionären und reaktionären Ideen der Staatsaufsicht – als Glied der »Wirtschaftsdemokratie« – vorzubringen.

Herr Brüning hat in seiner letzten Rundfunkrede Andeutungen über eine gewisse Aufsicht des Staates über die Banken gemacht. Wie die Sache praktisch aussehen soll, ist vorläufig nur insofern bekannt, als die »Frankfurter Zeitung« – die ja in diesen Dingen sicherlich nicht schlecht informiert ist – melden konnte, dass der Reichsbank eine Bankenüberwachungsstelle zugeteilt werden soll, die zwar mit dem Recht der Auskunftseinholung bekleidet wird, aber kein Recht des Eingriffs besitzt. Die zahlreichen Kommentare, die von der großen bürgerlichen Presse der erwähnten Rundfunkrede Brünings beigegeben worden waren, enthielten sämtlich die Auffassung, daß die Regierung wirkliche Eingriffe in die Selbstherrlichkeit des Finanzkapitals nicht plane. Die Bourgeoisie ist also keineswegs aufgeregt und hätte auch keine Veranlassung zur Aufregung, denn der Staat – noch dazu unter dem Kommando Brünings – ist bei der Herrschaft des Finanzkapitals nichts anderes als dessen Instrument.

Wenn die Angaben der »Frankfurter Zeitung« zutreffen, so brauchte die Banküberwachungsstelle ihre Tätigkeit erst gar nicht zu eröffnen, denn sie wäre im allgemeinen zwecklos. Das Finanzkapital wird nur solche Auskünfte erteilen, die ihm passen. Die Beibehaltung des Geschäftsgeheimnisses – das ein Fundament der kapitalistischen Profitmacherei ist – ermöglicht jede Verschleierung und jeden Schwindel. Sehr wohl möglich ist es allerdings, dass Banken, die zu ihrer Stützung oder auch zur Realisierung von Geschäften, Kapital benötigen, der Aufsichtsstelle ein Klagelied vorsingen und die Hand hinstrecken, wie es ohne Aufsichtsstelle der Danatkonzern, der Dresdner Bankkonzern und andere getan haben und weitere andere noch tun werden.

Es gibt, wie bekannt, bereits für einen anderen kapitalistischen Gewerbezweig eine Reichsaufsicht. Die privaten Versicherungsunternehmungen, die in einigen Konzernen zusammengefasst sind, unterstehen dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung. Es ist eine völlig bürokratische Behörde, die in der Tat die Versicherungskonzerne vollkommen in der Hand haben. Das beweist der Fall „Favag“ (der Frankfurter Versicherungs A.-G.). Das Reichsaufsichtsamt hatte keine Ahnung von der Luderwirtschaft der Leitung dieses verkrachten Versicherungskonzerns. Es konnte keine Ahnung davon haben, da das Geschäftsgeheimnis eine wirkliche Kontrolle von vornherein unmöglich macht und der Respekt einer bürgerlichen Behörde vor einem kapitalistischen Großkonzern keine Grenzen kennt. Eine Bankaufsichtsstelle wird genau so ahnungslos bleiben wie das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung. Ganz anders aber ist die Haltung des Staates gegenüber den Sparkassen. Ohne die Existenz eines Aufsichtsamtes hat die Brüning-Regierung durch Notverordnung die schwersten Eingriffe in das Eigenleben der Sparkassen vorgenommen. Ihre Geschäftstätigkeit der Gemeinden gegenüber ist mit einem Federstrich glatt lahmgelegt worden, wodurch die Gemeinden mit ihren Betrieben in die größten Schwierigkeiten geraten müssen. Der Staat handelt hier durchaus im Interesse des Finanzkapitals, das mit einem Schlage die Konkurrenz der Sparkassen beseitigen und gleichzeitig die Ueberführung der kommunalen Regiebetriebe in privatkapitalistische Hände erreichen will.

Naphtali hat ein detailliertes Programm der Bankenaufsicht im Sinne der Wirtschaftsdemokratie aufgestellt. Er verlangt die Errichtung eines Bankenamtes als Organ des Reiches. Geleitet wird – nach seinem Programm – das Amt von einem Präsidenten, den der Reichspräsident ernennt und dem ein Beirat, bestehend aus Vertretern des Unternehmertums, der »Arbeitnehmer« und der „»unabhängigen« Wissenschaft, beizugeben ist. Gesetzt den Fall, das Bankenamt naphtalinscher Couleur würde errichtet sein – es ist natürlich nicht daran zu denken, daß es errichtet wird –, so könnte es keine andere Funktion haben, als die Interessen des Finanzkapitals wahrzunehmen.

Es ist eine kleinbürgerliche Idee, zu glauben, daß in der kapitalistischen Profitwirtschaft, die ihrem Wesen nach anarchisch sein muß, eine Planwirtschaft durch die Existenz eines Bankenamtes möglich sei. Wenn in anderen kapitalistischen Ländern eine sogenannte Staatsaufsicht über die Banken besteht, so hat diese »Aufsicht« nicht das geringste mit einer planmäßigen Lenkung der Kapitalanlagen, mit einer Regelung des Zinswesens zu tun. Das Bankgeheimnis, das Geschäftsgeheimnis überhaupt ist in keinem kapitalistischen Lande aufgehoben und kann auch nicht aufgehoben sein, da es eben zu den notwendigen Stützen des aus dem Profitstreben sich ergebenden Konkurrenzkampfes des Kapitals gehört. Das ganze naphtalische Programm ist darauf gerichtet, aus dem anarchischen Kapitalismus einen organisierten zu machen, einen wilden Tiger, der nichts anderes als seine Gefräßigkeit kennt, durch das Mittel der Wirtschaftsdemokratie in ein zahmes Lämmchen, das freundlich gestreichelt werden kann, umzugestalten. Diese Umwandlung gelingt aber weder in der Natur noch in der Ökonomie.

Die klassenbewusste Arbeiter- und Angestelltenschaft wendet als Waffe gegen den berstenden Kapitalismus und als reales Gegenstück zum illusionären und reaktionären Programm naphtalischer Wirtschaftsdemokratie die Kontrolle der Produktion an. Die Kontrolle der Produktion ist der Kampf von unten her um die Aufhebung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses, ist der erste konkrete Eingriff in das kapitalistische Eigentum, ist der zur Tat gewordene Wille der Arbeiter und Angestellten, das historisch überlebte kapitalistische System zu zerschlagen und an seine Stelle die sozialistische Ordnung zu setzen. Es gibt nur eine Planwirtschaft, wenn die Produktionsmittel mit Einschluss der Finanzinstitute in die Hand der Arbeiterklasse übergeführt sind und auf dieser Basis die Ökonomie nicht mehr dem Profit, sondern dem Bedarf dient. Der Kampf um die Produktionskontrolle ist im höchsten Grade politischer Kampf, ist eine revolutionäre Aktion, für die die Arbeiter- und Angestelltenschaft gewonnen werden muss. ■

Von der Pleite zur Konzentration

Die Sanierung und Reorganisation der Bankenkonzerne

Gegen den Strom, Organ der KPD-O, 26. März 1932

Am 13 Juli 1931 erreichte die Krise des deutschen Kapitalismus einen sensationellen Höhepunkt. Die Darmstädter und Nationalbank, einer der größten und expansivsten Bankenkonzerne, eine Protzburg des deutschen Finanzkapitals, musste die Zahlungsunfähigkeit erklären und die Schalter schließen. Damit wurde die Krise des gesamten deutschen Bankenkapitals offenbar. Die Schwere dieser Krise, die Höhe der Verluste sind erst jetzt der Öffentlichkeit einigermaßen enthüllt worden. Der Zusammenbruch des Danatkonzerns kam nicht von ungefähr, wie überhaupt die Einsturzkrise des deutschen Bankenkapitals nichts anderes war als die unerbittliche Folge der von der Produktions- und Handelskrise sich zur Finanzkatastrophe steigernden allgemeinen Krise.

Alle deutschen Bankkonzerne – nicht etwa nur die Danatbank, die Dresdner Bank, die Adca und die Schröderbank – waren vom Zusammenbruch unmittelbar bedroht. Das Reich sprang ein; Stützungssubventionen in Höhe vieler Millionen sind den Konzernen zugeleitet worden. Der offene Bankrott der Großbanken hätte natürlich nicht nur das Bankenkapital getroffen. Alle die Industrie-, Handels- und Verkehrsunternehmen, die von den Großbanken mehr oder weniger abhängig sind, wären in die Katastrophe hineingerissen worden.

Über die Abhängigkeit des Industriekapitals von den Großbanken informiert eine mit Stichtag vom 31. Dezember 1927 aufgestellte Statistik der Aufsichtsratsstellen der Großbanken in den Aktiengesellschaften der Industrie. Danach besaß die Deutsche Bank von 530 Aufsichtsratsstellen 381 in Industriegesellschaften, die Danatbank von 553 Stellen 364 in Industrieunternehmungen, die Diskontogesellschaft 351 von insgesamt 490. Die Dresdner Bank 317 von 452, die Commerz- und Privatbank 195 von 268. In der Zwischenzeit mögen sich die Ziffern geändert haben, ohne aber am Charakter des Gesamtbildes etwas zu ändern. Der größte Teil der Aufsichtsratsstellen der Deutschen Bank und der mit ihr seit einigen Jahren verschmolzenen Diskontogesellschaft entfällt auf Unternehmungen der Schwerindustrie, des Maschinenbaus, des Eisenbahnbedarfs, des Schiffsbaus und der Textilindustrie. Auf den gleichen Gebieten mit Ausnahme der Textilindustrie herrschte die Danatbank, herrschte ferner mit Einschluss der Textilindustrie die Dredsner Bank, während die Commerz- und Privatbank in besonderem Maße den Kalibergbau und die Mitteldeutsche Creditbank – die nun mit der Commerz- und Privatbank verschmolzen ist – die Brauereien kontrollierte.

Das Anwachsen der Macht des Bankenkapitals zeigt sich in der Entwicklung der Aufsichtsratsstellen. Die Zahl der Stellen der Deutschen Bank ist von 159 im Jahre 1912 auf 530 Ende 1927 gestiegen; bei der Dresdner Bank sind die Ziffern 120 und 452.

Es ist also offensichtlich, zu welcher allgemeinen Katastrophe ein offener Bankrott der Bankenkonzerne geführt hätte. Die Regierung Brüning als politische Exekutive des Monopolkapitals und damit auch der Bankenkonzerne musste im Klasseninteresse der Großbourgeoisie alle verfügbaren Mittel zur Verhinderung des offenen Bankrotts der Bankenkonzerne mobilisieren. Sie konnte die Mobilisierung aber nur durchführen, weil sie von einer revolutionären Gegenaktion der Arbeiterklasse nicht gestört worden ist.

Die jetzige Sanierung und Reorganisierung der Bankkonzerne gewähren einen ungefähren Einblick in die Höhe der Verluste, die das Bankenkapital in den Monaten und Wochen der Finanzkrise und in der Zeit der Krise im Ganzen erlitten hat. Die Verluste ergaben sich aus der Illiquidität zahlloser Schuldner, aus Bankrotten riesiger Indu-strieunternehmen, aus dem anhaltend starken Sturz der Kurse der Wertpapiere, aus ihrer Unverkäuflichkeit sowie aus Einbußen bei den Stützungsaktionen für die eigenen Bankaktien. Die Höhe der Gesamtverluste, dargestellt in den sichtbaren Abschreibungen und Rückstellungen, erreicht einen Betrag von einer Milliarde Mark. In der Tat sind Aktienkapital und Reserven der Großbanken in der Krise verloren gegangen. Am höchsten stehen die Verlustquoten bei der Dresdner Bank und dem Danatkonzern.

Die jetzige Sanierung bedeutet die Wiedererstattung eines Teils des Aktienkapitals an die alten Bankaktionäre. Damit demonstriert der Staat seine Funktion als Diener des Finanzkapitals. Es braucht hier nicht angeführt zu werden, welche Lasten derselbe Staat der Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum in der Krise aufgeladen hat und weiter auflädt. Den Aktionären der vom Krisensturm geschüttelten Bankenkonzerne aber wird aus öffentlichen Mitteln das verloren gegangene Kapital zum großen Teile ersetzt. Es ist klar, dass die kapitalistische Ökonomie ohne das Bankensystem nicht auskommen kann. Und weil der so genannte Volksstaat ein Instrument der kapitalistischen Ökonomie ist und die Regierung dieses Staates die Bedürfnisse der kapitalistischen Ökonomie zu erfüllen hat, müssen die öffentlichen Mittel trotz der gewaltigen finanziellen Schwäche der öffentlichen Hand dazu herhalten, das Bankensystem ohne besonderen Verlust der Inhaber der Finanzinstitute wieder flott zu machen.

Die Flottmachung kostet eine riesige Menge Geld; die legale Grundlage der Flottmachung hat sich die Brüning-Regierung durch die Verordnung vom 20. Februar 1932 gegeben. Es werden bis 650 Millionen für die Großbanken verausgabt, wovon 250 Millionen von vorneherein für immer verloren sind. Die Reichsbank wartet durch die Golddiskontbank mit einer zusätzlichen Hilfe von rund 200 Millionen Mark auf.

Die Sanierung der Bankenkonzerne ist verbunden mit ihrer Reorganisation. Die Konzentration erreicht einen neuen Grad. Der Danatkonzern und die Dresdner Bank werden fusioniert, ebenso die Commerz- und Privatbank und der Barmer Bankverein. Durch diese Konzentration erfährt die monopolistische Diktatur des Finanzkapitals eine weitere Stärkung. Die Beteiligung des Staates an den Bankenkonzernen soll nur vorübergehend sein und würde auch bei Beständigkeit keineswegs ein Abgehen vom System der Profitmacherei des Finanzkapitals bedeuten. Unmittelbar verknüpft mit der Sanierung und Reorganisation der Bankenkonzerne ist ein neuer Massenabbau von Bankangestellten. Lehrreicher kann Anschauungsunterricht nicht sein: den Bankaktionären wird das verloren gegangene Kapital gehörig ersetzt, die Bankangestellten fliegen in Massen aufs Straßenpflaster. Für das gesamte werktätige Volk aber gilt die Feststellung, dass im Monopolkapitalismus der Staat die Verluste der herrschenden Finanzoligarchie auf Kosten der arbeitenden Klasse und des Kleinbürgertums ersetzt, dass er keine andere Aufgabe hat, als die kapitalistische Ökonomie mit ihren Nutznießern in jeder Weise zu schützen und dass somit die Opfer dieser Ökonomie nichts anderes zu verlieren haben als ihre Ketten! ■

Die Linke in Westdeutschland: Protest gegen neoliberale Politik

Angst geht um in den etablierten Parteien. Sie fürchten um Parlamentssitze, bangen um ein ungestörtes Durchziehen ihrer neoliberalen Politik. Ein Jahr nach ihrer Gründung zieht DIE LINKE in einen nach dem anderen westdeutschen Landtag ein.

I. Die Linkspartei als Zerfallsprodukt der SPD

Der Kern sozialdemokratischer Nachkriegspolitik in der BRD war: Der Kapitalismus lässt sich sozial gerecht gestalten. Mit dem Godesberger Programm verabschiedete sich die SPD dann auch programmatisch als eine Partei der Arbeiterklasse. Sie wurde zur Volkspartei mit Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und Unternehmerausschüssen, wie auch die CDU.

Da die Arbeit in der »Wirtschaftswunder«-Zeit Mangelware war, konnte die SPD unter den Lohnabhängigen einen bestimmenden Einfluss erringen, denn die Erfolge bei der sozialen Gestaltung des Kapitalismus gaben ihr scheinbar Recht: Die Anhebung des Lebensstandards, Aufstiegschancen für Arbeiterkinder durch die Bildungsreform vermittelte den Lohnabhängigen eine Perspektive. »Mitbestimmung«, anfangs nur in der Montanindustrie, später durch sozialdemokratische Regierungsführung verallgemeinert, gaukelte den Lohnabhängigen wirtschaftliche Demokratie vor.

Maximaler Profit auf dem globalisierten kapitalistischen Markt

Mit dem Ende des Blockgegensatzes 1989/90 entfielen diese Voraussetzungen. Der Ausbaus sozialer Standards hatte der Sicherung der Herrschaft des Kapitals gedient. Nun war die Sicherung und der Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitals auf dem globalisierten kapitalistischen Markt angesagt. Der Kapitalist muss die Konkurrenz niederringen und seinen Expansionsdrang militärisch stützen. Für die Bourgeoisie stand deshalb nicht mehr die Einbindung der Lohabhängigen mittels sozialer Zugeständnisse politisch im Vordergrund. Das Unternehmerlager drängte für das Ziel höchstmöglicher Profite auf Flexibilisierung der Ware Arbeitskraft, Verlängerung der Arbeitszeit und Absenkung der Lohn- und Steuerkosten. Steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne erhöhten die Ausgaben der Sozialversicherungen und verringerten zugleich ihre die Einnahmen. So wurde der bisherigen sozialdemokratischen Politik der Boden entzogen. Die SPD (entsprechend New Labour u.a.) passte ihre Politik den veränderten weltpolitischen und ökonomischen Bedingungen an.

Als staatstragende Partei sah es die Sozialdemokratie als ihre Aufgabe an, die notwendigen sozialen Einschnitte selbst vorzunehmen. Das Resultat war die Agenda 2010. In sieben Jahren neoliberaler Umverteilungspolitik von unten nach oben setzte Rot-Grün einen Niedriglohnsektor durch, entlastete die Unternehmer von Abgaben und Steuern, veränderte das Arbeitsrecht hinsichtlich des Kündigungsschutzes und der Bestimmungen über »zumutbare Arbeit«. Weltpolitisch sorgte die Schröder-Regierung für einen weltweiten Einsatz der Bundeswehr.

Gleichzeitig versprach die SPD, »*Deutschland soll sozial bleiben*«. Schröder gab sich als unbeugsamer Kämpfer gegen das *»Primat der Wirtschaft«*. Müntefering machte Kapitalismuskritik zu einem populären Thema, als er gegen die »Heuschrecken« wetterte. »Rot-Grün« wurde als »kleineres Übel« zur CDU/CSU und FDP verkauft.

Schröder erledigte seine Aufgabe im Interesse der Kapitalseite zu deren ganzer Zufriedenheit. Denn da die Sozialdemokratie den Sozialabbau selber vornahm, und die Gewerkschaften damit einbanden, entwickelte sich auch kein Protest unter den Lohnabhängigen.

Für die Gewerkschaften, die sich als Pfeiler dieser Gesellschaftsordnung verstehen, stand die Sicherung es Wirtschaftsstandortes Deutschland im Vordergrund. Sie mobilisierten deshalb nur in Einzelfällen die Belegschaften der Betriebe, um Privatisierungen, Ausgliederungen, Verlagerungen, Tarifflucht zu verhindern. Um einen Fuß als Sozialpartner in der Tür zu halten, kamen die Gewerkschaftsführungen den Unternehmern in so vielen Forderungen entgegen. Beispiele sind die zahlreichen Sanierungstarifverträge, das Pforzheimer Abkommen usw. Die Gewerkschaften unterschrieben tarifliche Lohnabsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen damit dies nicht ohne ihre Mitsprache noch rabiater vollstreckt wird. Das war der erste Schritt, mit dem sie ihre Funktion selber in Frage stellen. Weitere werden folgen, wenn die Beschäftigten nicht durch Gegenwehr die Gewerkschaftsführungen unter Druck setzen.

In der wirtschaftlichen Aufstiegsphase hatte auch die Arbeiterklasse ihren Nutzen aus den technischen Erneuerungen und Kapazitätserweiterungen in der Industrie gezogen. Jetzt haben die Lohnabhängigen mit den Folgen dieser Entwicklung zu tun: ein hoher Sockel ständiger Arbeitslosigkeit. Als vorherrschende Ideologie setzte sich die Ideologie der Herrschenden auch unter den Lohnabhängigen durch. Geprägt von den Erfahrungen der wirtschaftlichen Aufstiegsphase handelten die Lohnabhängigen nach dem Motto „geht es meinem Unternehmer gut, geht es mir gut". Mit Zugeständnissen bei Lohn und Arbeitszeit wollten sie die bestehenden Arbeitsplätze sichern. Einschnitte bei den Sozialversicherungen wurden hingenommen, um diese vor der drohenden Pleite zu retten.

Scheinbar grenzenloser Abbau der sozialen Standards und Sicherungen

Trotz Zugeständnissen der Beschäftigten bei Lohn- und Arbeitszeit – die verbliebenen Arbeitsplätze wurden nicht sicherer, sondern weiter abgebaut. Auf sozialpolitischer Ebene das gleiche: Eine »Reform« jagte die nächste, die Einschnitte hatten weder die Rentenversicherung noch das Gesundheitswesen stabilisiert. Die erhofften und versprochenen Wirkungen blieben aus. Angst ging um in der Klasse der Lohnabhängigen. Statt versprochener Senkung der Arbeitslosigkeit, wurde die Erfahrung mit einer Standortschließung und -verlagerung nach der anderen und mit den Kämpfen um Sozialtarifverträge gemacht. Statt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wurden die Arbeitlosen bekämpft: diffamiert als arbeitsscheu, als Betrüger bei Hartz IV, bespitzelt, zustehende Gelder nicht ausbezahlt. Die Armut wächst an, die Zahl der Vermögensmillionäre auch. Die Masse der Lohnabhängigen fühlte sich ohnmächtig. Ihre Atomisierung und Individualisierung sind ein Hemmnis zur Entwicklung von Widerstand.

Dieser neoliberale Kurs der Schröder-Regierung führte zu Zersetzungen in der SPD: Rasanter Mitgliederschwund in der Partei (in den letzten zehn Jahren 400 000), seit den Wahlen 1998 gingen etwa zehn Millionen Wähler, sechs Ministerpräsidenten und viele tausend Kommunalman-

date verloren. Aber es bedurfte jahrelanger wiederholter Erfahrungen, bevor sich wenige SPD-Mitglieder und einige Gewerkschaftsfunktionäre entschlossen, zur SPD einen Trennungsstrich zu ziehen. Sie sahen, dass Gegner der neoliberalen Politik Schröders im Parlament nicht mehr vertreten waren. Ihrem Verständnis von Politik entsprechend fehlte den Lohnabhängigen eine parlamentarische Kraft, die gegen die neoliberale Politik antrat. Das führte zur Herausbildung der WASG und schließlich der Partei DIE LINKE.

DIE LINKE und Lafontaine sprechen aus, was die SPD nicht mehr kann

Auch wenn die beiden großen Volksparteien von vielen Menschen gewählt werden und die Regierung stellen, vier Fünftel der Wähler in Deutschland sind der Ansicht, dass Politik an ihnen und ihren Interessen vorbei gemacht wird. Eine deutliche Mehrheit der Lohnabhängigen spricht den etablierten Parteien und Politikern die Fähigkeit ab, die sozialen Probleme lösen zu können. Sie sehen eine krasse Gerechtigkeitslücke: Spitzenmanager erhalten trotz großer Fehler Millionen und andere verstecken ihre Einkommen vor der Steuer, während so viele Menschen nicht mehr von ihrer Arbeit leben können. Mehr und mehr Lohnabhängige stimmen der Politik der Regierung nicht mehr zu. Tiefgehende Unzufriedenheit hat sich entwickelt, aber noch kein Wille, keine Initiative, sich gegen den Sozialabbau zu wehren. Lafontaine, Gysi und Co. artikulieren und nutzen den Unmut vieler Menschen über den Sozialabbau.

Lafontaine hat eine Nase für Stimmungen. Wenn er gesellschaftliche Widersprüche anspricht, knüpft er bei der Unzufriedenheit der Lohnabhängigen an. Sein Beitrag über *»Fremdarbeiter«* brachte ihm allerdings Protest in der Partei ein. Zuspruch findet er, wenn er sagt: Der Kapitalismus neige dazu, sich über das Völkerrecht und die Regeln für einen fairen Welthandel hinwegzusetzen, um Umsatz und Gewinn zu steigern. Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung orientiert ist, könne die ökologische Frage nicht lösen. Und die Globalisierung brauche nichts anderes als soziale Regeln, denen der wirtschaftliche Prozess unterworfen sein müsse.

Indem Lafontaine die Losung *»Freiheit durch Sozialismus«* prägt, besetzt er zugleich den Begriff Sozialismus mit dem, was er als Reformist darunter versteht: Er will seinen »Sozialismus« im Kapitalismus verwirklichen, also den Kapitalismus gestalten. Während sich in der kapitalistischen Wirklichkeit der Konzentrationsprozess verstärkt, sagt er, stark konzentrierte Wirtschaftsbereiche müssten entflochten werden. Wenn wir das gegenwärtige Wirtschaftssystem beibehielten, würde der Staat zum überforderten Reparaturbetrieb. Er propagiert eine gesellschaftliche Kontrolle der »Schlüsselbereiche« der Wirtschaft. Große Unternehmen könnten demokratische Regierungen durch ihre bloße Wirtschaftsmacht legal erpressen. Wirtschaftliche Machtgruppen müssten deshalb aufgelöst werden.

Lafontaine gibt vor, es genügten freie Willensentscheidungen, einfach bewusstes Eingreifen, um im Kapitalismus politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme zu lösen. Im Handeln der Menschen, im Zusammenstoß der Lohnabhängigen und der Unternehmer, im Arbeitskontrakt, geht es um Machtfragen. Doch wie sieht der ökonomische Hintergrund aus, auf dem sich diese Machtfragen abspielen?

Lafontaine sieht und benennt Erscheinungen im Kapitalismus. Die Widersprüche, die bedrohlichen Entwicklungen, die er anspricht, sind keine Zufälligkeiten oder kleine Unvollkommenheiten, sondern objektive kapitalistischen Gegensätze, kapitalistische Gesetzmäßigkeiten.

Neoliberale Politik

Wir gebrauchen den Begriff Neoliberalismus mit diesem Inhalt: Die neoliberale Politik ist eine Antwort auf sinkende Profitraten, die durch eine bis in die 1970er Jahre steigende Produktivität nicht mehr wettgemacht werden konnten. Sie will günstige Investitionsbedingungen schaffen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Senkung von Löhnen, Lohnnebenkosten und Unternehmenssteuern, Deregulierung der Wirtschaft und des Bankenwesens, sowie Änderung des Arbeitsrechts zugunsten der Unternehmer, Investitionen im Ausland fördern.
Von Regierungsseite werden den Kapitalisten außerdem neue Anlagemöglichkeiten geboten, indem bisher staatlich organisierte Wirtschaftsbereiche privatisiert werden, so die Daseinsvorsorge wie Wasser- und Energieversorgung, Verkehr, Telekommunikation, Energie, Bildung, Wohnungswesen, Kultur, Sport und medizinische Versorgung.

Je mehr öffentliche Bereiche in privates Eigentum übergehen, desto größer werden die Bereiche, in denen soziale Aspekte zugunsten von Rendite vernachlässigt werden. Privatisierungen führen zu verstärkter Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse.

Im Neoliberalismus wird Profitmaximierung als ein allgemeines Interesse ausgegeben: Eine effizientere Verwaltung der Mittel des Bürgers solle erreicht werden, wenn privatwirtschaftlich organisierte Lösungen die als bürokratisch dargestellten staatlichen Systeme ersetzen würden. ■

II. Grenzen

Das offene Ansprechen der gesellschaftlichen Probleme allein reicht auf die Dauer nicht.

Die Wahlerfolge der Linkspartei blenden einen großen Teil der Partei und verstärken die Illusionen in den Parlamentarismus. Verstärkt wird dieser Eindruck dadurch, dass der Einzug der Linkspartei in vier westliche Landtage die Parteien der Bundesregierung zu Reaktionen in ihrer Sozialpolitik veranlasst hat. Insofern hat DIE LINKE indirekt schon etwas bewirkt. Von entgegengesetzten Seiten her wird allerdings in der Partei gesehen, dass es nicht ausreicht, Probleme zu benennen und Protestpartei zu sein.

In den östlichen Bundesländern kommen die Parteimitglieder überwiegend aus einer Staatspartei. Sie sind nicht in den Gewerkschaften verankert und da es keine soziale Bewegung gibt, müssen sie sich ihr auch nicht stellen. Besonders

Marxistisches Forum
Heft 56 · Juli 2008

»Die Legende von der revisionistischen Wende«

Gefragt ist nach der welthistorischen Niederlage von 1990/1991, nach einer konkrete Analyse der Widersprüche, politischen Formen und Erfahrungen dieses Kampfes, auch der Dialektik von Theorie und Praxis in diesem Kampf.
Mit Beiträgen von Kretzschmar, Lieberam, Münchow, Roß, Steigerwald, Wagner
50 Seiten, A4, 4 Euro, ISBN: 978-3-89819-298-9
GNN-Buchversand, Badeweg 1 . 04435 Schkeuditz
Fon (034204) 65711, Fax (034204)65893
www.gnn-verlag.de

Im Osten ehemalige Staatspartei

In den neuen Bundesländern, wo »DIE LINKE« Nachfolgepartei der PDS, bzw. der SED ist, sind die innerparteilichen Gegensätze groß. Vom bisher bestimmenden neoliberalen Flügel bis zum Marxistischen Forum und der Kommunistischen Plattform ist alles dabei. (Schließlich stand noch bis zu ihrer Richtungsentscheidung hin zur »Regierungspartei« im Jahre 2001 im Programm: »*Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage des menschlichen Überlebens*«.) Ekkehard Lieberam nennt die LINKE im Osten eine »Sowohl-als-auch-Partei«. Er charakterisiert treffend: *»Regional, so in Leipzig, betreibt sie eine engagierte linke Politik, besorgt aber auch, wie besonders in Berlin, bereits als Dublette der neoliberal gewandelten SPD die politischen Geschäfte des Kapitals. Da werden herzliche Geburtstagsgrüße an den Genossen Fidel Castro übersandt und Kuba als »totalitäres Regime« verurteilt. Viele ihrer Politiker kämpfen gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum, andere sind daran beteiligt, das kommunale Eigentum zu verscherbeln. Die große Mehrzahl ihrer Abgeordneten ist gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr in aller Welt. Einzelne loben die NATO oder preisen gar die Bundeswehr »als Friedensarmee«, ohne dass sie dafür etwa von der Partei zurechtgewiesen werden.«* (E. Lieberam, Die Sowohl-als-auch-Partei, Oktober-Ausgabe des Bulletins »Geraer Sozialistischer Dialog«.)

Im Osten Deutschlands hat sich in der Partei *»eine zum Teil gut bezahlte und vielfältig privilegierte Sozialschicht in der Größenordnung von etwa 2500 Abgeordneten, Fraktionsmitarbeitern, politischen Beamten und Partei- bzw. Stiftungsangestellten herausgebildet, die indirekt oder direkt von der Partei leben – aber nicht unbedingt für deren erklärte Ziele.«* (E. L.) Diese Schicht entwickelt auch eigene Interessen.

Ihre hohen Stimmanteile bei Wahlen verdankt die Linkspartei im Osten wie im Westen der Enttäuschung über die sozialen Lebensverhältnisse, der Perspektivlosigkeit breiter Bevölkerungsschichten. Die Vorstände der ostdeutschen Landesverbände verstehen ihre Partei als »Regierungspartei im Wartestand«. Von ihnen ist nicht zu erwarten, dass sie die Problematik von Regierungsbeteiligungen thematisieren und aufarbeiten. Die Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zeigen, dass die Regierungsmitglieder in Handlungszwänge geraten, unter denen sie das Gegenteil dessen tun, was sie vorher propagiert haben. *»An die Stelle eines breiten Bündnisses gegen den Neoliberalismus tritt mit dem Einzug in die Regierung die Teilhabe an der neoliberalen Politik und die Kontrastellung zu solchen Bündnissen. Angekündigte soziale Verbesserungen und Reformalternativen erweisen sich als leere Versprechungen oder zu vernachlässigende Detailkorrekturen. Die Partei, zunächst Teil einer antineoliberalen Sammlungsbewegung, ... wird von einer Vertrauenskrise gebeutelt oder ist, wie in Berlin, geradezu Bestandteil der etablierten Machtkonstellation zur Absicherung der neoliberalen Politik geworden.«* (E. L.) Die Zustimmung von Teilen der Partei zum Verkauf der Dresdner Wohnungsgesellschaft WOBA im Jahr 2006 hat der sächsischen Linkspartei bei den letzten Gemeinderatswahlen in Sachsen einen Stimmenrückgang beschert.

Die neoliberale Praxis der Linkspartei in Ostdeutschland steht im Widerspruch zum propagierten Ziel der Gesamtpartei, die neoliberale Politik in Deutschland zu beenden. Dieser Gegensatz wird zu weiteren Auseinandersetzungen führen. ■

die Pragmatiker aus dem Osten wollen »Realpolitik« machen (Katina Schubert: emanzipatorische moderne Politik), mitregieren. Ihre Kritik an Lafontaines Herangehensweise, die Wiederherstellung der alten sozialpolitischen Verhältnisse sei nur eine Frage des guten Willens, ist richtig. Vom Klassenstandpunkt aus sagen wir dazu: Wer glaubt, sich über alle Gesetze des Kapitalismus hinwegsetzen zu können, wird gewöhnlich zum Spielball wirklicher gesellschaftlicher Kräfte. Diese »Regierungslinken« unterwerfen sich den Zielen der Profitproduktion im Kapitalismus, wenn sie bei der Feststellung, die Zeiten einer Politik des »Wünsch dir was« seien vorbei, stehen bleiben. Im Kapitalismus ist die Produktion nicht um die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, sondern um des Profits willen organisiert.

Führen Lafontaines populäre Forderungen zu weiteren Stimmzuwächsen bei Parlamentswahlen, so sehen sich diese Pragmatiker vor dem Problem, die Forderungen in möglichen Koalitionen nicht realisieren zu können. Die Politik des kleineren Übels, Kompromisse auf dem Boden des Kapitalismus, führen dann zu Enttäuschungen unter ihren Wählern.

Während für die große Mehrheit der LINKEN der parlamentarische Weg im Vordergrund steht, wenn sie Probleme der Lohnabhängigen aufgreift, setzt eine Minderheit auf außerparlamentarische Aktivitäten: *»Wir brauchen eine starke Partei, die in der Gesellschaft verankert ist und auch außerparlamentarisch Druck macht«*, heißt es in einem Aufruf von 60 Gewerkschaftern, die im Juli 2007 in die Partei eingetreten sind. Die LINKE unterstütze *»gewerkschaftliche Kämpfe gegen Privatisierung, Personalabbau und Lohnsenkung«*, stehe *»für eine familienfreundliche Politik«*, für *»den Verzicht auf die Unternehmenssteuerreform, Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften«*.

Sie wollen also mit den Lohnabhängigen gegen Privatisierungen antreten: Volksabstimmungen organisieren; Unterstützung derjenigen, die sich gegen Sozialabbau wehren. Doch soziale Bewegungen drängen DIE LINKE nicht. Und besonders im Westen ist schon die Personaldecke so klein, dass DIE LINKE vor der Frage steht: Was ist wichtig? Hilfe geben beim Organisieren für einen Kampf um elementare Interessen, oder der Alltag des Abgeordnetenlebens im Parlament? Und da die Partei überwiegend von Staatsgelder und nicht von Mitgliedsbeiträgen lebt, gehen die Hauptaktivitäten der Aktivisten in Wahlkämpfe.

Eine breite Mehrheit in der Linkspartei setzt mit dem Parteivorstand darauf, ihre demokratische Verlässlichkeit und Bündnisfähigkeit zu beweisen, um mit einer »geläuterten« SPD diese Rückkehr zu einer sozial gerechten Marktwirtschaft einzuleiten. Für Fraktionsvorsitzender Gysi ist eine Zusammenarbeit mit der SPD möglich, wenn sie von ihrer neoliberalen Politik abrückt und wieder sozialdemokratisch wird. Er schließt eine Koalition schon 2009 nicht definitiv aus. (»Das Parlament« 13.5.08)

Ein Zurück in die Vergangenheit gibt es nicht

Die Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise und des kapitalistischen Marktes, die hinter Schröders Agenda 2010 und Hartz IV steht, bestimmt auf Dauer die Politik der bürgerlichen Parteien und lässt kein Zurück zur sozialen Marktwirtschaft zu.

Auch wenn DIE LINKE – genau so wie ihre Wähler– nur zurück wollen zu sozialeren Verhältnissen in der

Marktwirtschaft, mehr und mehr Lohnabhängige entziehen den von ihnen erfahrenen kapitalistischen Verhältnissen ihre Zustimmung. Sie wehren sich zwar z.Zt. nicht, aber sie stimmen nicht mehr zu. Ein Zurück in die Vergangenheit gibt es objektiv nicht. Stattdessen entwickeln und verstärken sich die Widersprüche im globalisierten kapitalistischen Markt und bestimmen die Entwicklung der sozialen Lage der Menschen.

Wenn wir auch keinen Aufbruch in der Gesellschaft erleben: Die herrschende Klasse versteht bereits die Signale, die die Lohnabhängigen selber noch unbewusst geben. Die LINKE muss sich in den gesellschaftlichen Widersprüchen konkret verhalten. In der Linkspartei, die nicht einheitlich gewachsen ist, wird es auf das weitere Aufbrechen der gesellschaftlichen Widersprüche keine einheitlichen Reaktionen geben. Wenn DIE LINKE vorgibt, die sozialen Probleme rein parlamentarisch lösen zu können, kann sie ihre Wähler nur enttäuschen. Eine Einbindung in eine Regierung, führt dazu, dass sie Sozialabbau mitträgt und damit unfähig wird, überhaupt Sprachrohr von Protest oder Gegenwehr der Lohnabhängigen zu sein.

Das 100-Punkte-Programm der Linksfraktion drückt Wünsche aus: Bundeswehr 'raus aus Afghanistan, Überwindung von Hartz IV, Rückkehr zur Rente mit 65, gesetzlicher Mindestlohn, Bekämpfung der Kinderarmut, Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, und die Reform der Gesundheitsreform usw. All das will DIE LINKE im Parlament durchsetzen. Auch wenn es die Masse der Lohnabhängigen noch erwartet, durch Stellvertreter werden ihre sozialen Probleme nicht gelöst.

Es spricht viel dafür, dass die SPD weiter die Strategie verfolgen wird, sich durch die stärkere Betonung sozialer Positionen der politischen Konkurrenz zu erwehren. Doch sie ist inzwischen gespalten in alte Anhänger der neoliberalen Politik Agenda 2010 und dem Flügel, der sich der neoliberalen Politik zunehmend widersetzt (Nahles).

Ihr Problem ist dabei, dass sie unter Beibehaltung der politischen Grundlinie nicht glaubwürdig erscheint und nur als verdünnte Ausgabe der Linkspartei wirkt. Die Spannungen zwischen Anhängern der neoliberalen Politik Agenda 2010 und dem Flügel, der einzelne Korrekturen an der neoliberalen Politik verlangt, nehmen deshalb zu. Die Verdrängung Becks als Parteivorsitzendem durch den neoliberalen Flügel löst diesen Konflikt nicht. Solange die SPD in der großen Koalition ist, setzt sich der Spaltungsprozess der Sozialdemokratie in zwei Parteien fort.

DIE LINKE wird als Partei also weiterhin anziehend sein – auch für SPD-Mitglieder. Seit ihrem Gründungsparteitag hat sie ca. 10.000 Mitglieder gewonnen, 90 Prozent davon im Westen. Die Spaltung der Lohnabhängigen in ein wachsendes Prekariat und einen schrumpfenden Teil Besserverdienender drückt sich damit heute politisch in zwei sozialdemokratischen Parteien aus.

III. Rolle der Linkspartei und wir

Zu einer Zeit heraus, wo sich die Grundlagen sozialpartnerschaftlicher, also sozialdemokratischer Politik, zersetzt haben, bildet sich eine neue sozialdemokratische Partei. Die Widersprüchlichkeit liegt in der Entwicklung selbst: Die Lohnabhängigen tragen den Ballast vergangener Erfahrungen als Ideologie mit sich. Folglich geht am Anfang eines neuen Weges ihr Blick zurück, mit dem Wunsch, die alten Zeiten sozialer Partnerschaft und Gerechtigkeit wiedererlangen zu können. Die Linkspartei drückt dies aus und wird deshalb als Wahlalternative zunehmend attraktiver.

Wenn DIE LINKE im Parlament politische und soziale Probleme zur Sprache bringt, betreibt sie öffentliche Meinungsbildung, die der Propaganda der bürgerlichen Medien entgegenwirkt. Das Brechen des Meinungsbildungsmonopols ist ein wichtiges Element politischer Arbeit.

Indem DIE LINKE mit ihren Forderungen das Verlangen unter den Lohnabhängigen zum Ausdruck bringt, wird sie zu einem Sammelpunkt. Das ist ihre positive Funktion.

In der Berliner Senatsbeteiligung der Linkspartei wird deutlich, dass es ein Zurück zu sozialdemokratischer Interessensvertretung nicht geben kann. Wo gewerkschaftliche oder parlamentarische Vertreter der Partei DIE LINKE die praktische Bewegung hemmen, umgehen oder hintertreiben, werden sie konkret zum Gegner. Neben dem Anknüpfen an die positiven Funktion (Formulierung von Interessen der Lohnabhängigen, Sammelpunkt) steht deshalb auch als Aufgabe die radikale Kritik an den theoretischen und politischen Positionen der Linkspartei. Erst praktische Erfahrungen in der Verteidigung sozialer Standards, wenn sich zeigt, dass es nicht mehr ausreicht, die Vertretung der eigenen Interessen an Stellvertreter zu delegieren, wird sich die Masse der Lohnabhängigen nicht mehr mit dem Kreuzchen für eine Proteststimme begnügen.

Die Organisierung politischer Kräfte, die vom Klassenstandpunkt der Lohnabhängigen ausgehen und den Kapitalismus überwinden wollen, muss unabhängig vom Rahmen der Linkspartei angegangen werden, auch wenn zur Zeit wegen der mangelnden Erfahrungen im Klassenkampf, wegen des fehlenden Klassenbewusstseins keine Massenwirksamkeit erlangt werden kann. Oktober 2008 ■

■ WARNSTREIKS UND STREIKS

Der Kampf um die Hanauer Vacuumschmelze

Nach kurzem Streik schien alles klar: »*So sehen Sieger aus!*« Im Juni 2008 war die Vacuumschmelze (VAC), einer der großen metallverarbeitenden Betriebe in Hanau, auf Anordnung ihres Eigentümers, des Finanzinvestors (vulgo: »Heuschrecke«) One Equity Partners (OEP) aus dem Unternehmerverband, damit der Tarifbindung ausgetreten, im August wurde dies bekannt gegeben. Nach eindrucksvollen Warnstreikaktionen und einem kurzen, nur eine Woche dauernden Vollstreik hatten IG Metall und VAC-Belegschaft in der Kernfrage einen klaren Sieg errungen: Die VAC unterliegt wieder dem Flächentarifvertrag. Verbunden aber wurde der Wiedereintritt des Unternehmens in den tarifpflichtigen Verband mit harten Drohungen gegen die Beschäftigten, deren Arbeitsplätze nunmehr auf dem Spiele stünden, wenn der Betrieb seine »Wettbewerbsfähigkeit« behaupten solle. Der Kampf geht weiter, nur auf anderer Ebene. Hieran knüpfen sich die Fragen nach den Ursachen dieser Auseinandersetzung, den Voraussetzungen für die Konfliktfähigkeit in Belegschaft und Gewerkschaft sowie der weiteren Entwicklung, die sich nun hinter den Werkstoren vollzieht, vielleicht aber auch wieder an das Licht der Öffentlichkeit gelangen kann (*»Die Streikwesten hängen griffbereit im Spind!«*).

Das Unternehmen

Die Eigendarstellung des Unternehmens gibt folgendes Bild: »*Die Vacuumschmelze (VAC) mit 1.500 Mitarbeitern in Hanau entwickelt, produziert und vermarktet Spezialwerk-*

stoffe, insbesondere mit magnetischen, aber auch anderen physikalischen Eigenschaften sowie daraus veredelte Produkte. ... In über 40 Ländern erzielt die VAC-Gruppe heute einen Jahresumsatz von ca. 340 Millionen Euro und zählt mit über 600 Patenten zu den weltweit innovativsten Unternehmen bei der Entwicklung von hochwertigen industriellen Werkstoffen. Das Produktangebot der VAC umfasst ein breites Spektrum hochwertiger Halbzeuge, Teile, Bauelemente, Komponenten und Systeme, die in den unterschiedlichsten Bereichen und Industriezweigen zum Einsatz kommen – vom Uhrenbauer über Medizintechnik, regenerative Energien, Schiffsbau und Telekommunikation bis hin zur Automobil- und Luftfahrtindustrie.«

Seit 1923 die VAC Teil des Siemens-Konzerns war. 1999 wurde sie an einen britischen Industriekonzern, von diesem 2005 an den Finanzinvestor (»Heuschrecke«) OEP verkauft. Finanzinvestoren sind an der betrieblichen Substanz nicht interessiert, sondern nur daran, die Unternehmen auszupressen und möglichst profitabel weiterzuverkaufen. Die Kosten dieser häufig kreditfinanzierten Betriebsübernahmen werden den Belegschaften zusätzlich aufgedrückt. Nach Einschätzung von Betriebsrat und IG Metall wäre die VAC ohne diese Übernahmekosten nicht in der angeblich *»schlechten Geschäftslage«*, die den Vorwand für die Tarifflucht liefert. Die OEP habe dem Unternehmen zwei Drittel des Kaufpreises von 360 Mio. EUR als Schulden aufgehalst, so dass die VAC mit 260 Mio. EUR bei den Banken in der Kreide stehe. Ca. 1,5 Mio. EUR, teils in bar, teils in Aktien, gingen dabei an zwei Geschäftsführer der VAC.

Der Konflikt

Am 8. August informierte die Geschäftsführung in einer Belegschaftsversammlung über den Vollzug ihres Austritts aus der Tarifbindung und begründete ihn damit, dass die »geplanten Umsätze« (d. h. die von OEP geforderten Renditeziele) in 2008 nicht erreichbar seien. Deshalb sei eine »*Flexibilisierung der Personalkosten*« ohne Abbau von Arbeitsplätzen notwendig: Insgesamt sollten 12 Mio. EUR eingespart werden, d. h. 8000 EUR pro Kopf und Jahr, das Ergebnis der anstehenden Metalltarifrunde noch gar nicht eingerechnet (eine genauere »Verlustinformation«, berechnet bis ins Jahr 2019, stellte die IG Metall ins Internet). Die Löhne sollten gesenkt und an die Geschäftslage angepasst, die Arbeitszeit erhöht werden. Wenn die Belegschaft dieses »Maßnahmenpaket« mittrage, erhalte sie im Gegenzug eine »Beschäftigungsgarantie« bis 2011. Man biete der IG Metall einen Haustarifvertrag und »Offenlegung sämtlicher Zahlen« an.

Über das alles hätte vielleicht mit Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall immer noch verhandelt werden können, hätte nicht die Geschäftsleitung mit dem Austritt aus der Tarifbindung noch einen drauf gesetzt. Immerhin hat es bereits in den letzten Jahren Kürzungen übertariflicher Leistungen bei der VAC gegeben. Doch nun stellte die Unternehmensführung klar, dass der angepeilte Abbau allein auf ihre Anordnung -also ohne Gewerkschaft und Interessenvertretung- durchgeführt werden sollte und dass sie auf gar keinen Fall mehr einen Flächentarifvertrag akzeptieren wollte. Dies brachte das Fass zum Überlaufen.

Die Belegschaft

Die Antwort war eine tiefgreifende Empörung. In den vergangenen Jahren unter Siemens-Zugehörigkeit waren die KollegInnen ein familiär-sozialpartnerschaftliches Verhältnis zum Unternehmen gewöhnt. Der hochspezialisierten Produktpalette entspricht ein Anteil qualifizierter Facharbeit von 65 Prozent unter den ArbeiterInnen. Traditionell gibt es einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad (im Verlauf der Auseinandersetzung stieg er auf über 90 Prozent, allein bei den ArbeiterInnen auf 99 Prozent). Die Belegschaft ist sich bewusst, was sie dem Konzern wert ist. Der Betriebsrat ist hundertprozentig IG Metall, zur Zeit des Konflikts bestand er zu einem großen Teil aus jüngeren, noch unerfahrenen Leuten. Die wenigen Linken im Betrieb konnten gleichwohl wichtige Funktionen besetzen wie die der Vorsitzenden von Betriebsrat und VKL. Diese selbst charakterisieren die Kampferfahrung als eher widersprüchlich: Die VAC-Belegschaft wird in Metalltarifrunden regelmäßig zu Warnstreikaktionen herausgerufen, hat jedoch niemals einen Vollstreik mitgemacht; während der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche 1984 gab es eine zweiwöchige Aussperrung.

Diese Mischung dürfte erklären, warum der Plan der Geschäftsführung auf geschlossene Ablehnung und ebensolchen Widerstand stieß. Der Betriebsrat klärte in Versammlungen und Infoblättern über die Folgen der Tarifflucht auf: Nicht nur vorübergehend wollte das Unternehmen den Flächentarif verlassen, sondern durch den neu abzuschließenden Haustarifvertrag sollten Löhne und Arbeitsbedingungen auf Dauer unter dem Niveau des Branchentarifvertrages bleiben. Im Empfinden der KollegInnen waren mit dem Angriff auf ihre materiellen Besitzstände auch sozialpartnerschaftliche Denkweisen und Umgangsformen verletzt worden.

Ihr Misstrauen richtete sich gegen den neuen Eigentümer und die von diesem offenbar an kurzer Leine geführte Geschäftsleitung. Auch diese beurteilte die Lage gemäß ihrer Denkweise falsch, wenn sie glaubte, den Beschäftigten ein hartes Sparkonzept allein dadurch aufdrücken zu können, dass sie unnachgiebig auf dessen Durchsetzung beharrte. Im Verlauf des folgenden Konflikts verspielte sie jeden Kredit nicht nur im Betrieb, sondern auch in der Re-

gion, während die Belegschaft ihre ökonomische Stärke und organisatorische Geschlossenheit ausspielen konnte.

Verhandlungen und Warnstreiks

Doch zunächst wurde auch in der VAC das versucht, was in so vielen von Kürzungen bedrohten Betrieben an der Tagesordnung ist: Es wurden Angebote gemacht. Die Belegschaft sei bereit, einen »*umfangreichen Beitrag*« (IG Metall-Bezirksleiter Armin Schild) zu dem von den Banken geforderten Betrag von 12 Mio. EUR in zwei Jahren zu leisten, doch sie könne dies nicht allein stemmen. Das Mittel dazu sollte das »Pforzheimer Abkommen« sein, ein 2004 abgeschlossener Tarifvertrag, der es erlaubt, bei schlechter Ertragslage, im Sanierungsfall oder bei wichtigen Investitionen zugunsten bestimmter Beschäftigtengruppen die geltenden Tarifbedingungen zu unterschreiten. Dieses Verfahren sieht vor, dass beide Tarifparteien auf Antrag einer Seite (üblicherweise: Arbeitgeber) in Verhandlungen treten. Im Falle der VAC forderte zum ersten Mal die Arbeitnehmerseite (Betriebsrat und IG Metall) die Anwendung des Pforzheimer Abkommens. Doch die Geschäftsleitung lehnte ab.

Als Reaktion auf den Gang der Verhandlungen gab es Betriebsversammlungen und große Kundgebungen mit hunderten, bis zu 1000 TeilnehmerInnen aus dem Werk heraus durch die Hanauer Innenstadt, auch eine in Frankfurt am Sitz von OEP. Mit diesen Demonstrationen stellte die IG Metall eine Öffentlichkeit her, die zeitweilig über Hanau und Hessen hinaus ging. An Samstagen wurden vor dem Werkstor Solidaritätsfeste organisiert, um die Bevölkerung damit anzusprechen. An den Hanauer Wochenmärkten mittwochs und samstags wurden in der Innenstadt Flugblätter verteilt. Die Resonanz aus der Bevölkerung war fast durchweg positiv zum Arbeitskampf.

Der Vollstreik

Hiernach war das hohe Ergebnis der Urabstimmung (92,2 Prozent) zum Streik keine Überraschung mehr. Als der Streik lief, konnten alle 15 Tore des Hauptwerkes geschlossen gehalten werden, Streikbrecher und Produktionsverlagerung spielten keine Rolle. Die Einschätzung war: *»Wenn wir fünf Tage durchhalten, bekommt Bosch* (Autoindustriezulieferer) *Probleme.«* Dies trat offensichtlich so ein, so dass der Arbeitskampf eben nur kurz dauerte.

Die Geschäftsführung der VAC versuchte ihrerseits, Härte zu demonstrieren, um die Belegschaft einzuschüchtern und den Streik grundsätzlich zu verhindern. Ihr wirksamstes Mittel sollte eine Klage gegen die Rechtmäßigkeit des Streikes sein, da die Friedenspflicht noch bestehe. Als das LAG Frankfurt am Mittwoch, 17. September, in zweiter Instanz diese Position zurückwies, brach die Geschäftsleitung umgehend zusammen. Innerhalb eines Tages war die Tarifbindung wiederhergestellt und vom Arbeitgeberverband bestätigt. Der schnelle Sieg der Belegschaft war in erster Resultat folgender drei Faktoren: 1. die führende Stellung des Unternehmens auf dem Gebiet magnetbeschichteter Spezialwerkstoffe, die durch Produktionsstillstand wirksam getroffen werden konnte; 2. die Geschlossenheit von Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft; 3. die gerichtliche Klärung der Legalität.

Der Fall hatte, wenn auch nur kurzzeitig, überregionales und bundesweites Aufsehen erregt, wie die IG Metall an entsprechenden Solidaritätsschreiben festzustellen meinte. Dennoch war die VAC durchaus kein Sonderfall, im Gegenteil. So hat etwa das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung belegt, dass der Anteil tarifgebundener Beschäftigter in Westdeutschland zwischen 1998 und 2006 von 76 Prozent auf 65 Prozent gesunken ist; in Ostdeutschland sind es gar nur noch

50 Prozent. Allerdings läuft Tarifflucht viel zu häufig mehr oder weniger geräuschlos ab. Der heftige Abwehrkampf der VAC hat deshalb Staub aufgewirbelt, der sich allerdings allzu rasch wieder gelegt hat. Es hat eben nur ansatzweise wie in manchen anderen *»Häuserkämpfen«*, z.B. Gate Gourmet oder Bosch-Siemens-Hausgeräte, Versuche gegeben, zielbewusst den Konflikt bundesweit bekannt zu machen, etwa durch reisende Delegationen mit Betriebsberichten oder durch einen Marsch zur Konzernzentrale. Dafür war die Politisierung in der VAC nicht vorbereitet und in der heißen Phase die Zeit zu kurz, damit sich etwas hätte entwickeln können. Die KollegInnen waren dennoch zufrieden, weil ihr unmittelbares Ziel erreicht wurde.

»Eine Region steht auf!«

Die kämpferischen Aktionen der VAC-KollegInnen waren es, die die Auseinandersetzung erfolgreich an diesen Punkt brachten, an dem sich dann auch andere Kräfte in der Gesellschaft zur Stellungnahme gezwungen sahen. Dies zu betonen, ist auch wichtig, um den politischen Stellenwert der Initiative: *»Eine Region steht auf!«* richtig einordnen zu können. Die seit Münteferings »Heuschrecken«-Rede aufgekommene, bisher aber weitgehend moralisierend verbleibende Kritik am Verhalten von Finanzinvestoren wie z. B. OEP führte im aktuellen Fall zur Bildung eines breiten Bündnisses im Main-Kinzig-Kreis zur Unterstützung der VAC-Belegschaft, zu dem VertreterInnen von Parteien (Linke, SPD, Grüne, CDU), Kirchen, Kommunalpolitik und sogar Unternehmerorganisationen gehörten. Die Federführung übernahm ausgerechnet Landrat Pipa, der sich damit – ungeachtet seiner mit der AQA (Gesellschaft zur Vermittlung Alg-II-Erwerbsloser) verbundenen (Un-)Sozialpolitik- prächtig in Szene setzen konnte. Solche Bündnisse sind nicht ungewöhnlich, wenn in einer Stadt/einem Stadtteil ein Betrieb von solchem Gewicht wie die VAC angegriffen wird, man denke etwa an die Schließung von Zechen im Ruhrgebiet oder den Kampf um die Erhaltung des Krupp-Werkes Rheinhausen. Man muss das taktisch nutzen, doch auch längerfristig und grundsätzlich denken. Es ist die Politik der SPD von Müntefering bis Pipa, dem Kapital gesetzgeberisch die Schleusen zu öffnen, dann Erschrecken über die Folgen vorzuspielen und in großen Reden »Ethik und Moral« einzuklagen, die es im kapitalistischen Wirtschaftsleben natürlich nicht geben kann.

Das Bündnis organisierte Solidarität in Form von Festen, Presseerklärungen, einem Offenen Brief an PolitikerInnen, Materialspenden etc. Auf der Negativseite aber transportierte es eine politische Ideologie, die nach seiner Zusammensetzung unvermeidlich mindestens der einer Sozialpartnerschaft in Klassenharmonie entsprach. Dem setzte die IG Metall – auch die Linken in der örtlichen Organisation – nichts entgegen, sondern betrieb das Spiel mit. Auch sonst bildete sich kein Gegenpol. Dies ist vor allem Ausdruck der derzeitigen Schwäche der Hanauer Linken, einschließlich

der insbesondere von der DKP geprägten Gewerkschafts- und Betriebslinken. Andere, wie z.B. das Hanauer Sozialforum, zeigten sich zu keiner organisierten Solidarität in der Lage. In einer peinlich lokalpatriotischen Gefühlsseligkeit (»Wir halten zusammen!«) stand deshalb eine Erklärung der Initiative »Eine Region steht auf!« allein im Raum, die von unverbindlichen Leerformeln strotzte und mit einer Unterschriftenliste versehen war.

Es lohnt sich nicht, diese Aussagen vollständig zu dokumentieren, zumal sie im Internet stehen (www.vac-tariffflucht.de). Die einzig konkrete Forderung war die nach Erneuerung der Tarifbindung; ansonsten finden sich Formulierungen wie diese: »Wir brauchen eine verstärkte Diskussion über Moral und Ethik in der globalisierten Wirtschaft.« Unübersehbar knüpft dies an einen Trend, der derzeit landauf, landab in Talkshows zu beobachten ist: Unvermeidliche Systemeigenschaften des Kapitalismus werden zu Charaktermängeln einzelner »schwarzer Schafe« erklärt, drohende Kapitalismuskritik damit absichtsvoll unterlaufen. Die IG Metall Hanau, der DGB Südosthessen u.a. unterstützen und propagieren die Erklärung, sie hängt immer noch mehrfach im Hanauer Gewerkschaftshaus aus. Dagegen muss klargestellt werden, dass klassenbewusste GewerkschafterInnen dies nicht unterschreiben können. Worüber wir zu diskutieren haben, sind Vorgänge wie Tariffflucht, Lohnabbau und Finanzmarktkrise (»Heuschrecken«) als Systemfragen des Kapitalismus. Gerade in und nach diesem Streik und für die unvermeidlich kommenden weiteren Auseinandersetzungen war es notwendig, die VAC-KollegInnen in ihrem ureigenen Erfolg zu bestärken, anstatt sie wieder in die Bahnen gewerkschaftlicher und parteipolitischer Stellvertreterpolitik zurückzuverweisen.

Einigung und 2. Urabstimmung

Nach der Prozessniederlage der VAC-Geschäftsleitung vor dem LAG Frankfurt, der die Wiederherstellung der Tarifbindung folgte, war seitens der Streikleitung zunächst die Rede davon, nun die juristischen Grundlagen für eine Ausweitung der Streikziele auf Bestands- und Beschäftigungssicherung zu prüfen. Schließlich setzte sich jedoch die vom Unternehmen nachdrücklich betonte Auffassung durch, dass mit Erreichung des Streikziels »Tarifbindung« die Friedenspflicht wieder eingetreten sei. Am nächsten Morgen, 18. September, beschloss die Streikversammlung einstimmig die Aussetzung des Streiks, ab 12.00 Uhr wurde wieder gearbeitet. Nun hieß es, ein Beschäftigungssicherungsvertrag sei im bestehenden Tarifwerk bereits enthalten, jetzt müsse die Umsetzung verhandelt werden. Mit »Schlachtgesängen und wehenden Fahnen« zog die Belegschaft in den Betrieb ein, die Infrastruktur des Streiks vor Werkstoren wurde abgebaut. *»Der Kampf geht weiter«,* erklärte die Streikleitung, denn die Geschäftsleitung zeige sich weiterhin beinhart.

Wie es nun ohne Öffentlichkeit weiter geht, ist naturgemäß weniger klar zu erfahren. Es gibt nicht mehr die Gelegenheit, mit KollegInnen vor dem Tor zu sprechen. Die zweite Urabstimmung ergab, wie so häufig, ein deutlich niedrigeres Ergebnis als die erste, dennoch war die Zustimmung mit 77,1 Prozent (Wahlbeteiligung 86,3 Prozent) immer noch sehr hoch. Das Vertrauen zu Gewerkschaft und Betriebsrat ist also prinzipiell noch da. Wie weit der graue Verhandlungsalltag, der nun angebrochen ist und auf verschiedensten Ebenen – z.B. auch mit der parlamentarisch nicht legitimierten Landesregierung Koch – geführt wird, Früchte trägt, wird sich zeigen. Der VAC-Geschäftsleitung ist Respekt vor der Belegschaft beigebracht worden, aber das wird sie nicht davon abbringen, »harte Einschnitte« umsetzen zu wollen, und es schützt erst recht nicht vor einem weiteren Verkauf der Vacuumschmelze – möglicherweise an eine neue »Heuschrecke« –, der von Gewerkschaft und Betriebsrat selbst für 2011/12 erwartet wird.

Betriebliche Fortsetzung

Mit dem Vollstreik im September wurde nur die Rückkehr in die Tarifbindung erreicht, die Forderungen der Geschäftsleitung nach Maßnahmen zur Kostensenkung im Betrieb, genannt »Zukunftskonzept«, sind damit nicht vom Tisch. IG Metall und Betriebsrat boten erneut Zugeständnisse der Belegschaft im Rahmen der Anwendung des Pforzheimer Abkommens an. *»Die IG Metall hat immer klar gemacht, dass wir bereit sind, bei einer Sicherung des Standorts zu helfen«*, so Streikleiter Michael Pilz. Sie besteht dabei auf Offenlegung aller Zahlen und einer »Payback«-Lösung, d. h. Bezifferung und Rückzahlung des »Arbeitnehmerbeitrags« nach zwei Jahren. Dies ist grundsätzlich schwierig, weil zu viele Unwägbarkeiten in der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft auch für einen in seinem Branchensegment *»gut aufgestellten«* Betrieb liegen. Zum einen ist da die Tatsache, dass die VAC-Geschäftsleitung kaum eigene Entscheidungen von größerem Gewicht treffen kann und/oder will, die dem Unternehmenseigner OEP nicht gefallen. Zum anderen fragt sich bei allen Abmachungen zur Bestands- und Beschäftigungssicherung immer, was sie in der nächsten Krise noch wert sind.

Der neue Tarifvertrag

Seit Anfang November liegt nun ein Verhandlungsergebnis vor, das in einer Mitgliederversammlung am 8. November diskutiert und angenommen wurde. Es handelt sich hierbei um einen regulären Tarifvertrag, der von der Gewerkschaft und dem Unternehmerverband für die VAC abzuschließen ist. Im wesentlichen bringt er folgende Einschnitte für die Belegschaft, verbunden mit eher vage formulierten Zugeständnissen der Geschäftsführung:

- Die in der anstehenden Metalltarifrunde zu vereinbarenden Entgelterhöhungen werden für die VAC über zwei Jahre ausgesetzt; statt dessen gelten bis 2010 die seit 1. Juni 2008 gültigen Entgelttabellen weiter.
- Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden halbiert.
- Der Arbeitszeitkorridor wird erweitert.
- Im Gegenzug verpflichtet sich das Unternehmen zu 100%iger Arbeitsplatzsicherung. Allerdings darf es aus konjunkturellen Gründen Absenkung der Arbeitszeit mit entsprechender Entgeltkürzung im Rahmen des Beschäftigungssicherungstarifvertrages der hessischen Metallindustrie oder Kurzarbeit durchführen.
- Investitionen sollen wie geplant, aber »vorbehaltlich konjunktureller Veränderungen« vorgenommen werden.
- Für das zweite Halbjahr 2010 wird, anders als die IG Metall ursprünglich forderte, nicht die Rückkehr auf das tarifliche Niveau fest vereinbart, sondern nur Verhandlungen darüber zugesagt.
- Versprochen, nicht ausgehandelt ist auch ein »wertgleicher Beitrag« der außertariflich Beschäftigten.
- Auf die o. a. »Payback«-Forderung der IG Metall zielt wohl der Punkt 12: »Sollte sich die wirtschaftliche Lage der VAC innerhalb der nächsten zwei Jahre deutlich verbessern, werden die Parteien unter Beteiligung der Betriebsparteien in Verhandlungen eintreten, um dem angemessen zu begegnen.« Auch dies ist wieder nur ein Versprechen.

Resümee

Als vorläufiges Ergebnis der seit Juli 2008 auf verschiedenen Ebenen geführten Auseinandersetzung kann festgehalten werden: Die Forderungen der Geschäftsführung der VAC

zielten auf Kürzungen bei Löhnen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ab, die in einem Hausta¬rifvertrag dauerhaft festgeschrieben werden sollten. Der IG Metall ist es gelungen, dies abzuweisen und zu ihrem ursprünglichen Gegenkonzept zurückzukehren, Zugeständnisse nur nach dem Pforzheimer Abkommen zu machen, auf zwei Jahre zu befristen und dann auf das Niveau des Flächentarifvertrags zurückzukehren. Eine Garantie für letzteres aber hat sie nicht bekommen und konnte sie nach Lage der Dinge auch nicht einzelbetrieb¬lich durchsetzen. 10. November 2008 ■

■ GESPRÄCH MIT ZWEI DAIMLER-KOLLEGEN

Krise, Tarifrunde und Arbeitsplatzvernichtung

In die Erstellung dieser Ausgabe platzte das Ergebnis der Metalltarifrunde. Nicht einmal die Hälfte der ursprünglichen Forderung konnte realisiert werden. Es gibt zudem erneut eine Öffnungs- bzw. Ausnahmeregelungen, von denen sicherlich zahlreiche Metallunternahmen Gebrauch machen werden. Zuvor hatte der zuständige Fachbereichsvorstand von ver.di die bei den Banken geplante Urabstimmung und den Streik ohne Gegenleistung und ohne Tarifergebnis abgebrochen. Auch in Berlin wurden die seit Monaten laufenden Streiks im Öffentlichen Dienst beendet. An ihrem Ende steht ein fauler Kompromiss, mit dem sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes den Zielen der Sparpolitik des Senats gebeugt haben.

In einem »Tagesspiegel«-Interview vom 13. Oktober 2008 erklärte der DGB-Vorsitzende unter anderem: **Frisst sich der Kapitalismus gerade selbst auf, Herr Sommer?** *»Nein. Wir erleben nicht das Ende der Marktwirtschaft. Das kann sich auch niemand wünschen, denn sie ist immer noch das beste Wirtschaftssystem, das es gibt.«* **Was erwarten Sie jetzt von der Regierung?** *»Zuerst muss die Krise bewältigt werden. Und da sage ich ganz klar: Ich unterstütze, was die Regierung tut. Danach ist aber eine politisch-moralische Aufarbeitung fällig.«*

Die staatstragende Rolle der Gewerkschaften, die der DGB-Vorsitzende in dem Interview auf der politischen Ebene betont, wurde auch in der Tarifpolitik von den zuständigen Gewerkschaftsvorständen und -gremien umgesetzt. Wir werden in unserer nächsten Ausgabe zu Ergebnissen und Verlauf der Tarifrunden ausführlicher Stellung nehmen und uns mit den Bedingungen gewerkschaftlicher Tarifpolitik in der Krise beschäftigen. Vorab ein Gespräch mit zwei Kollegen von Daimler aus Hamburg-Harburg und Berlin-Marienfelde:

Könnt ihr uns kurz erzählen, wie viele Kolleginnen und Kollegen bei euch beschäftigt sind und was hergestellt wird?

Hamburg: *»In Hamburg sind ca. 2600 Menschen beschäftigt plus Werkvertragsfirmen.Hamburg gilt seit 1997 als das 2. Achswerk. Zugesagt wurde, dass in Hamburg alle Achsen unterhalb der C-Klasse hergestellt werden. Jetzt gibt es eine neue Aufteilung. Einige Achstypen werden mehr in Hamburg hergestellt. Dafür werden die Achsen der Modelle, die in Bremen produziert werden, zukünftig aus Hamburg kommen.«*

Berlin: *»Im Berliner Daimlerwerk arbeiten ca. 3.100 Kolleginnen und Kollegen. Sie verteilen sich auf die vorhandenen vier Bereiche wie folgt: jeweils 600 bis 700 Beschäftigte in der Fertigung und in der Montage; im Bereich Logistik, Instandhaltung, Qualität (einschließlich Meister und Vorarbeiter) ebenfalls 600 bis 700; nochmals die gleiche Anzahl in der Verwaltung.*

Die Produktion in Berlin umfasst V8- und V12-Motoren, für Maybach) und V6-Motoren für die S-Klasse; es werden aber auch Komponenten und Einzelteile produziert, wie zum Beispiel Öl- und Wasserpumpen.«

Gibt es Leiharbeiter bei euch?

Hamburg: *»Bei uns gab und gibt es Leiharbeit. Die Quote 4 Prozent Leih- und 4 Prozent Zeitarbeiter)aus dem ›Zukunftssicherungs-Vertrag‹ war bei uns bei weitem überschritten. Wir haben keine befristeten Arbeitsverträge, dafür aber zeitweilig Arbeitnehmerüberlassung über 20 Prozent. Jetzt, durch die Programmreduzierung und Krise, werden alle Arbeitnehmerüberlassungen zum 18.12.2008 beendet.«*

Berlin: *»Bei uns arbeiten direkt keine Leiharbeiter. Wir haben ein anderes, aber sehr ähnliches Problem. Etwa 400 Kolleginnen und Kollegen aus Fremdfirmen arbeiten in unserem Werk. Sie verrichten fast alle Dienstleistungen – vom Wachschutz über die Kantine bis hin zur Maschinenreinigung und zu den Transporten.«*

Wie wirkt sich die Krise auf dem Automobilmarkt bei euch aus, wird die Produktion gedrosselt?

Hamburg: *»Die Drosselung begann ja gleich nach der Urlaubszeit und diente meiner Meinung nach dem Zweck, unsere Forderungen während der Tarifauseinandersetzung unsinnig erscheinen zu lassen. Dass sich die Situation durch die Systemkrise jetzt verschärft hat, ist logisch. Übrigens, ich verstehe unsere Gewerkschaftsvertreter nicht, die immer noch von Finanzkrise reden und damit die Irreführung der Herrschenden unterstützen. Man erinnere an die Krise 1929/30, diese Krise nutzte Adolf dazu, zwischen »raffendem« und »schaffendem« Kapital zu unterscheiden. Es gibt aber so einen Unterschied nicht. Die Mehrwerte, die sich das Kapital von uns geraubt hat, hat es verzockt und holt sich jetzt Nachschlag, um so weiter zu machen. Deshalb ist es auch wichtig, unsere 8-Prozent-Forderung durchzusetzen und der weiteren Umverteilung von unten nach oben einen ersten Riegel vorzuschieben.«*

Berlin: *»Ja, vom 15. Dezember 2008 bis zum 9. Januar 2009 soll die Produktion auch im Berliner Werk weitgehend ruhen. In den letzten Wochen gab es schon zahlreiche Ausfallschichten, wie beispielsweise in der Dieselmotorenfertigung. Mehr als 200 Kollegen wurden für eine Woche nach Hause geschickt mit der Bemerkung, falls man sie zwischendurch bräuchte, würden sie telefonisch informiert.*

Schon im August wurde von der Geschäftsleitung angekündigt, dass 45.000 Autos weniger produziert werden sollen, im September waren es schon 80.000 und heute reden sie von 100.000. Wie es weitergehen wird weiß zur Zeit wohl niemand. (Anm. der Red: am 18.11. hieß es: 200.000)

Wir müssen uns in Berlin seit etlicher Zeit zusätzlich zur aktuellen Absatzkrise mit der Verlagerung der Produktion von Einzelkomponenten in andere Werke auseinanderset-

zen. So wurden in der Räderfertigung zwei von vier Typen nach Rumänien verlagert; 2009 soll die Räderfertigung bei uns gänzlich eingestellt werden, was weitere 80 Arbeitsplätze in der Produktion vernichten wird.«

Ihr hattet einen Warnstreik der IG Metall durchgeführt, wie war die Beteiligung? Wirkt sich die Krise auf die Erwartungen zur Tarifrunde aus, immerhin wird es ja schwer mit Streiks Druck auszuüben, wenn die Produktion gedrosselt oder zeitweise eingestellt wird?

Hamburg: *»Obwohl wir auf der Betriebsversammlung, gerade im Diskussionsteil, sehr auf die Wichtigkeit der Beteiligung eingegangen sind, kamen etwa 300 Kolleginnen und Kollegen mit. Das ist zu wenig um ein Zeichen zu setzen. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass die Kollegen verstehen dass jeder einzelne sich einbringen muss um etwas im unseren Sinne verändern zu können und wenn es erst einmal nur die Durchsetzung unserer Tarifforderung ist. Wie an der Beteiligung zum Warnstreik zu sehen ist, verhalten sich die Kollegen abwartend und ängstlich. Es ist nach ihrer Logik unsinnig zum Warnstreik zu gehen, wenn das Unternehmen sie zeitgleich in Zwangsurlaub schickt, der auch noch von den IG Metallfraktionen im Betriebsrat mitgetragen wird.«*

Berlin: *»Die Beteiligung am Warnstreik, war eher mäßig. Viele Kolleginnen und Kollegen sind der Ansicht, es wäre jetzt ein denkbar schlechter Zeitpunkt. Obwohl dies vor anderthalb Jahren nicht voraussehbar war, aber die lange Laufzeit des Tarifvertrages mit einer Erhöhung von 1,7 Prozent für die letzten vier Monate, hat uns diesen Zeitpunkt beschert. Für die Kollegen steht die Frage nach den Arbeitsplätzen im Vordergrund, die Ungewissheit drückt die Stimmung. Auf der Warnstreik-Kundgebung vor dem Werkstor, an dem sich auch Belegschaften anderer Betriebe aus der näheren Umgebung beteiligten, wurde darauf von den Rednern nicht eingegangen. Redner waren Funktionäre aus der Ortsverwaltung, Olivier Höbel, der Bezirksvorsitzende, sowie unsere Betriebsratsvorsitzende. Normale oder kritische Kollegen kamen nicht zu Wort.*

Die Krise wird auf die Beschäftigten abgewälzt – nicht nur im Hinblick auf die Lohntarifrunde. Wie verhalten sich der Gesamtbetriebsrat und die Berliner Betriebsratsspitze angesichts der Produktionsdrosselung und drohender Entlassungen?

Hamburg: *»Das ist nichts Neues und darüber sind die Kollegen auch sauer. Die Regierung gibt für die Zocker Nachschub aus unserer Kasse, 500 Mrd. sind eben mehr als der momentane Bundeshaushalt, der mit z.Zt. 380 Mrd. geführt wird und einer Verschuldung von ca. 20 Mrd. Euro. Die Verschuldung war das letzte Jahrzehnt Hauptthema und wurde uns dauernd als Drohung verkauft: wir müssen sparen und dürfen den künftigen Generationen nicht so einen Schuldenberg hinterlassen. Dafür war es nicht mehr möglich, grundgesetzlich verankerte Rechte wie die Chancengleichheit in der Bildung aufrecht zu erhalten, unsere Gesundheit vernünftig zu bezahlen, oder unsere Renten angemessen zu berechnen.*

Sieht man diesen Zusammenhang ist das Ausmaß der Krise deutlich. Es wird mit Summen gehandelt, die absolut nicht mehr von uns finanzierbar sind. Dennoch wird im GBR und in den örtlichen Betriebsräten die Rolle des Erfüllungsgehilfen weiter gespielt. Natürlich wird bedauert, dass es so ist. Dass die Folgen »eigentlich« zur Hälfte vom Unternehmen getragen werden müssten.

Leider ist es ja auch so in unserem Konzern, dass niemand etwas durchsetzen kann ohne die Stuttgarter – und die haben ja schon im Vorwege zugestimmt gehabt. Zwar soll der GBR-Vorsitzende Klemm auch auf der Betriebsrätekonferenz dies wahrgenommen haben, aber seine »Freundschaft« zum Vorstand scheint da wohl stärker, als dass er was gegen seine »Freund« organisiert. Das hat er ja auch schon mit der »Zukunftssicherung« bewiesen, in dem er 10.000 Arbeitsplätze rettete und 30.000 gemeinsamen mit dem Unternehmen »sozialverträglich« abbaute.«

Berlin: *»Der Gesamtbetriebsrat sowie die Berliner Betriebsratspitze stimmen den Absageschichten vorbehaltlos zu, wie schon in der erwähnten Dieselmotorenfertigung. Das geschieht zu Lasten der »Flex-Konten« der Kolleginnen und Kollegen. Sie haben zwar kurzfristig keine finanziellen Einbußen, aber viele schieben schon bis zu 200 Minusstunden vor sich her. Sollte die Produktion wieder gesteigert werden, wären längere Schichten und Mehrarbeit auch an Wochenenden die Folge, um die Minusstunden auszugleichen. Aber dazu wird es wohl nicht kommen. Unser Personalvorstand Günther Fleig hat angekündigt: Sollte die Nutzung der Zeitkonten über Freischichten nicht ausreichen, würde der Vorstand eine Reduzierung der Arbeitszeit von 35 auf 30 Stunden ohne Lohnausgleich anordnen. Die Folge: unser Nettolohn würde noch einmal um 10 Prozent sinken. Um die Minusstunden abzubauen, sollen dann die Kollegen für den Lohn von 30 Stunden dann 35 Stunden in der Woche arbeiten? Die Möglichkeit die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu senken hat der Konzern bereits im Jahre 2004 mit der Unterschrift des Gesamtbetriebsrates zum Beschäftigungssicherungsvertrag »Zukunftssicherung 2012« erhalten. Der Gesamtbetriebsrat betätigt sich als der typische Co-Manager.*

In der letzten Woche fand ein Treffen kritischer Vertrauensleute und Betriebsräte von Daimler statt. Was wurde dort diskutiert und beschlossen, um die Krisenfolgen für die KollegInnen aufzufangen bzw. abzuwehren? Nur mit Engagement in der laufenden Tarifrunde allein wird dies ja nicht möglich sein?

Hamburg: *»Das ist wohl richtig, dennoch darf man unsere Möglichkeiten nicht überschätzen, wir sind überall Minderheitsgruppen. Unsere Möglichkeiten liegen in erster Linie darin, mit mit Zeitungen über die Lügen aufzuklären und daraus mögliche Handlungen abzuleiten. Mit der Krise hat sich das Ziel des Unternehmens nicht verändert. Es wird auch in Zukunft nicht, und schon gar nicht kampflos, etwas zum Erhalt unserer Lebensqualität beisteuern.*

Die IG Metall mit ihren Betriebsräten wird auch nicht ohne Druck der Belegschaften ihr Verhalten verändern. Folglich sind unsere Möglichkeiten beschränkt. Wir müssen weiter die Kolleginnen und Kollegen aufklären und durch ein klares Auftreten im Werk für einen anderen Weg zu werben. »Erst wenn unsere Ideen die Massen ergreifen, werden sie zur Materiellen Gewalt.« Soll mal ein schlauer Kopf gesagt haben.«

Berlin: *»Obwohl nicht aus allen deutschen Standorten Vertreter da waren, fand ich das Treffen diesmal gut. Denn wir haben nicht nur Informationen ausgetauscht, sondern wollen die Aktivitäten vor Ort in Zukunft besser koordinieren und aufeinander abstimmen. Was die Automobilkrise betrifft, da lief die Diskussion in Richtung Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. In Berlin haben wir in unserer Betriebszeitung »Alternative« u.a. gefordert, eine außerordentliche Betriebsversammlung einzuberufen. Es darf keine weiteren Entscheidungen des Betriebsrats geben ohne Zustimmung der Belegschaft. Weiter setzen wir uns ein für eine Heraufsetzung der Taktzeiten und bessere Arbeitsbedingungen, für die Einführung der »Steinkühlerpause« in Berlin und für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.«* ■

Die Russland-Krise und die europäische Bourgeoisie

Der Untergang des sozialistischen Lagers hat die politischen Beziehungen zwischen den Staaten der Welt radikal verändert – nicht nur im zerfallenen sowjetischen Block, sondern auch die im gegnerischen Lager, vor allem unter den Nato-Staaten.

Der Konflikt zwischen Georgien und Russland und die Reaktion der bedeutenden Mächte legen – jenseits der propagandistischen Nebelschwaden – die Interessenlagen wie auch die Konfliktlinien innerhalb des Staatengeflechts und seiner herrschenden Klassen bloß.

Kampf um den Erhalt der Vormachtstellung

Nur ein einziges Land auf der Welt könnte heute die USA mit einer Welle von Atomschlägen vernichten; freilich um den Preis des eigenen Verglühens im nuklearen Feuer: Russland. Seine Fähigkeit dazu verdankt es der 1991 untergegangenen Sowjetunion. Es entsprach der Logik der internationalen Politik, dass die USA die Schwäche ihres Hauptgegners nutzen würden, die Situation dauerhaft zu ihren Gunsten zu verändern, Russland zu enthaupten. Die USA und ihre Nato-Partner unterstützten tatkräftig alle Ablösungsbestrebungen unter den Staaten des Warschauer Pakts und der Sowjetunion, wie sie auch die Zersetzung des nicht im sowjetischen Einflussbereichs gelegenen Jugoslawien förderten. Flankierend legten internationale – vor allem angelsächsische – Erdöl- und Rohstoffkonzerne ihre Hand auf die privatisierten postsowjetischen Unternehmen. Es begann das, was sachkundige Beobachter seinerzeit den Ausverkauf der russischen Wirtschaft nannten und wodurch sich eine Schicht hoch angesiedelter russischer Amtsträger – darunter auch die Familie des Präsidenten Jelzin – unermesslich bereicherte. Die Wahl Putins zum russischen Präsidenten beendete diese Phase. Teile des sowjetischen Herrschaftsapparats – hohe Parteifunktionäre der KPdSU, hochrangigen Beamte des Sicherheitsapparats und leitendes Personal aus Industrie, Handel und Finanzwesen – hatten zwischenzeitlich die staatliche Macht und die so genannten strategisch bedeutsamen Teile der Wirtschaft an sich gerissen. Als neue herrschenden Klassen Russlands nahmen sie die Zügel in die Hand und zeigten, dass sie einen weiteren Machtverfall nicht hinnehmen würden. Der Anstieg der Weltmarktpreise vor allem für Erdöl und Erdgas, aber auch für viele industrielle Rohstoffe, schuf die ökonomischen Voraussetzungen für die Modernisierung von Wirtschaft und Militär. Gleichzeitig wurden – legal oder illegal – die ausländischen Anteilseigner durch Staatseingriffe aus den strategischen Wirtschaftsbereichen herausgedrängt. Heute ist Russland im internationalen Gefüge wieder eine große Macht.

Selbstverständlich setzen die USA ihre Bemühungen fort, die Spitzenposition zu behaupten. Verstrickt in Kriege in Irak und Afghanistan, im Dauerkonflikt mit Iran, bleibt es gegenwärtig aber bei Nadelstichen gegen den russischen Konkurrenten: Die Anerkennung des Kosovo, die Errichtung von Radar- und Raketenstellungen in Tschechien und Polen, die Aufrüstung Georgiens, um die wichtigsten Beispiele zu nennen.

Während die US-Regierung unverhüllt die Eindämmung Russlands betreibt, haben sich die internationalen Rahmenbedingungen für diese Politik seit dem Ende der SU radikal geändert. Die Russen sind für die westlichen Bourgeoisien längst nicht mehr der kollektive Todfeind, der die Nato unter amerikanischem Diktat zusammen hielt; dies erst hat eine Spaltung der Nato in »Willige« und »Unwillige« beim zweiten Irak-Krieg unter George W. Bush möglich gemacht. Auf der anderen Seite sind auch die USA in Feldern ihrer Außenpolitik auf die Zusammenarbeit mit Russland angewiesen, so z.B. beim Afghanistan-Krieg, Konflikten im Nahen Osten sowie mit Iran. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten jedoch waren und sind unbedeutend.

Während der gesellschaftspolitische Widerspruch zwischen Russland und der Nato verschwand, ist der machtpolitische Konflikt zwischen Russland, das sich anschickt, auch auf wirtschaftlichem Sektor wieder eine Großmacht zu werden, und seinen Rivalen auf der weltpolitischen Bühne geblieben. Die Kaukasus- wie auch die übrige Eindämmungspolitik Washingtons dient dem strategischen Ziel, diesen Aufstieg Moskaus zu verhindern und damit die einzige maßgebliche Weltmacht zu sein. Die Haltung der mitteleuropäischen Regionalmächte Deutschland, Frankreich und Italien dagegen bleibt aus mehreren Gründen in sich widersprüchlich.

1) Diese militärischen Anlagen sind nach Angaben der US-Regierung gegen Iran und nicht gegen Russland gerichtet. In der ARD-Sendung Monitor am 4. Sept. 2008 erklärt der Physiker und Rüstungsspezialist Prof. Theodore Postol vom MIT Boston, das geplante Radar sei blind für Interkontinentalraketen aus dem Iran. Seine Reichweite sei zu gering, um aufsteigende iranische Raketen zu erfassen. Zur Behauptung des Pentagon, die Abwehrraketen in Polen seien zu langsam, um russische Interkontinentalraketen abschießen zu können: *»Meine Untersuchungsergebnisse* (anhand der Schubkraft der Abwehrraketen und der Flugbahnen der russischen Langstreckenraketen; d. Verf.) *sind eindeutig. Die Abwehrraketen in Polen können auch russische Interkontinentalraketen abfangen, die im Westteil des Landes abgeschossen werden.*« Es geht den USA also darum, die sog. nukleare Zweitschlagfähigkeit Russlands zu beeinträchtigen.

Die Europäische Union: »Europäer« gegen »Atlantiker«

Es geht heute nicht mehr um die Konkurrenz der Gesellschaftssysteme, in der jede beteiligte Nation entweder dem einen oder dem anderen Block zugeordnet werden konnte und musste (mit Ausnahme der wenig bedeutenden »Blockfreien«). Als Folge davon ist der Zwang zur Unterordnung unter jeweils einen zentralen Willen, den amerikanischen hier, den russischen dort, weggefallen. In diesem veränderten Klima gewinnen geschichtliche Traditionen, handelspolitische und geopolitische Interessenlagen einzelner Staaten gegenüber früher größeres Gewicht; die Konkurrenz hat zugenommen. Keiner der europäischen Nato-Partner geht heute noch von einem Atomkrieg auf europäischem (und vor allem deutschem) Territorium aus; vor knapp zwanzig Jahren war diese Annahme unverrückbares Dogma jeder Militärstrategie.

Dafür sind heute viele westeuropäische Staaten für ihre wirtschaftliche Weiterentwicklung auf russische Energie und Rohstoffe sowie auf ungehinderten Zugang zum russischen Markt angewiesen, allen voran Deutschland und Frankreich. Manche dieser Handelsbeziehungen rühren noch aus der sowjetischen Ära, andere knüpfen an Traditionen an, die durch das »kurze Jahrhundert« (Eric Hobsbawm) der Blockkonfrontation nur unterbrochen waren. Russland ist geopolitisch ein wichtiges Bindeglied für den Handel zwischen den westeuropäischen Industriestaaten und Asien, dessen Bedeutung durch den gewaltigen Aufschwung der Weltwirtschaft noch einmal gewachsen ist. So scheint es nur eine Frage von wenigen Jahren zu sein, bis eine schnelle Eisenbahnverbindung für den Güterverkehr zwischen Deutschland und China auf dem Landweg über Sibirien realisiert wird. Anlässlich der Unterzeichnung von Kooperations- und Investitionsabkommen mit der russischen Seite wies Deutsche-Bahn-Chef Mehdorn darauf hin, dass z. B. der Transport eines Standard-Containers auf dem Bahn- oder Seeweg von Peking nach Hamburg gleichermaßen etwa 4000 Euro koste; doch daure der Transport per Schiff etwa 30 Tage, der Bahntransport jedoch nur etwa zehn Tage.

Allerdings sind die Interessen der EU-Mitglieder auch im Hinblick auf Russland aus unterschiedlichen Gründen nicht einheitlich gelagert. Vor allem England räumt aus historischen wie praktischen Gründen seinen Beziehungen zu den USA grundsätzlich Priorität vor allen anderen internationalen Kontakten ein. Aus guten Gründen: So ist der Finanzplatz London von erstklassigen Beziehungen zu den US-amerikanischen Finanzplätzen abhängig und England könnte die Falkland-Inseln (argentinisch: Malvinas) ohne aktive US-Unterstützung unmöglich halten, um nur zwei Beispiele aufzuführen. Die kleinen EU-Mitglieder, vor allem die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten Polen und Tschechien sowie die baltischen Staaten haben die – durchaus berechtigte – Sorge, im europäischen Konzert nicht hinreichend gehört zu werden, insbesondere wenn es um Absprachen mit Russland geht. Mit Nadelstichen gegen die größeren Mitglieder, wie etwa mit den Protesten gegen die North-Stream-Leitung, durch die russisches Erdgas unter der Ostsee nach Deutschland geleitet werden soll, versuchen sie, Kompensationen und Zugeständnisse zu ihren Gunsten zu erlangen. Oder sie schließen zeitweilige Zweckbündnisse mit dem verbündeten EU-Konkurrenten USA, wie es in der Koalition der »Willigen« im Irak-Krieg 2003 geschah, oder jetzt wieder bei der Raketenstationierung in Polen.

Gleichwohl überwiegen die Gemeinsamkeiten innerhalb der Europäischen Union, zu der es für die herrschenden Klassen in Europa keine Alternative gibt, wenn sie die Wiederkehr verheerender Kriege ausschließen wollen. Wenn die USA hier mit ihren Spaltungsversuchen dennoch immer wieder Erfolge erzielen, so liegt dies zum einen an ihrer weiterhin herausragenden wirtschaftlichen und militärischen Stellung, die sie – auch um den Preis ihrer Selbstüberdehnung – zur globalen Ordnungsmacht im kapitalistischen Gesamtinteresse macht, aus deren Eingreifen selbst ihre großen Konkurrenten und ehemaligen Feinde, wie Russland und China, in den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten (NMO) oder im pazifischen Raum gelegentlich Vorteil ziehen, ohne dies allerdings an die große Glocke zu hängen. Auch die EU, die keine eigene Militärmacht ist, ist im Hinblick auf die Nuklearmacht Russland auf die Nato, d. h. die amerikanischen Waffen, angewiesen. Das

»Das müsste mir mal einer erklären, was für Russland eine Sanktion ist.«

(Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, SPD)

Europa und Russland sind wirtschaftlich eng miteinander verbunden. Im Jahr 2007 war Russland der drittgrößte Handelspartner der 27 EU-Mitgliedsstaaten, der Austausch betrug insgesamt 232 Milliarden Euro. Das entspricht 8,7 Prozent des gesamten Handels der EU mit Drittstaaten. Nur mit den Vereinigten Staaten (16,6 Prozent) und China (11,4) treibt Europa mehr Handel.

Die Importe der EU aus Russland sind dabei wesentlich größer als die Exporte in das Land. 2007 bezogen die EU-Länder zusammen Waren im Wert von 143,5 Milliarden Euro aus Russland. Der weitaus größte Teil davon, nämlich 66 Prozent, bestand aus Energieträgern. Russland ist der größte Öl- und Gaslieferant der EU. Im Jahr 2006 kamen 33,5 Prozent der Ölimporte der Mitgliedstaaten aus Russland; bei den Gasimporten lag der Anteil bei 42 Prozent (zweitwichtigster Lieferant der EU ist bei beiden Brennstoffen Norwegen). Bei Kohle war Russland 2006 mit 25,8 Prozent ebenfalls der wichtigste Lieferant der EU, knapp vor Südafrika mit 25 Prozent.

Für Russland selbst ist die EU aber mindestens genauso wichtig. Sie war 2007 mit einem Anteil von 51,5 Prozent am russischen Außenhandel der weitaus größte Handelspartner des Landes. Das Gesamtvolumen der EU-Exporte nach Russland betrug 2007 92 Milliarden Euro. Firmen aus EU-Ländern investieren auch gern in Russland. Die Direktinvestitionen aus der EU lagen 2007 bei etwa 17 Milliarden Euro. Es gibt Schätzungen, wonach bis zu drei Viertel aller ausländischen Investitionen in russische Aktien aus der EU stammen.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. 9. 2008) ■

2) Diesen nicht auflösbaren Widerspruch zwischen den Interessenlagen verbündeter kapitalistischer Mächte brachte spaßeshalber ein Diplomat auf den sarkastischen Nenner, es gebe drei Sorten von Feinden: Die gewöhnlichen Feinde, die Todfeinde und die Verbündeten.

3) Alexander Rahr, Programmdirektor Russland/Eurasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, bestätigt diese Sicht in einem Zeitungsinterview zum Krieg in Georgien: *»...Der Westen muss erst einmal eine Linie finden. Er ist tief gespalten zwischen jenen, denen es um die Eindämmung* (Russlands; d. Verf.) *geht, wie den Amerikanern und den Osteuropäern, und den übrigen Europäern unter Führung von Deutschland und Frankreich, die immer noch ein gemeinsames Haus Europa wollen, eine Europa-Allianz und Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Für Europa stellt sich die historische Frage, ob wir ein Europa mit oder ohne Russland wollen. Aber der Riss geht nicht nur durch Europa, sondern auch durch die Eliten Deutschlands und Frankreichs.«* (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17. 8. 2008)

Der Krieg in Georgien – die ethnische Karte

Das Innere auch diesen Krieges enthält eine Erscheinung, die man vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion eher mit afrikanischen Ländern als mit europäischen Staaten in Verbindung gebracht hätte: Der Ethnisierung von Auseinandersetzungen, wie sie jetzt mit dem Auseinanderbrechen Georgiens vor uns tritt. Im konkreten Fall liegen die Ursachen in der Art und Weise, wie sich die kapitalistischen Verhältnisse in den Zerfallsprodukten der UdSSR von innen heraus entwickeln.

Neben ihrem tragenden russischen Kern bestand die UdSSR in ihrem kaukasischen und asiatischen Teil aus Ländern auf niedrigstem Entwicklungsniveau, die auch niemals Nationalstaaten gewesen waren. Die sowjetische Führung formte aus politischem wie administrativem Kalkül daraus staatliche Verwaltungseinheiten, die ihre Hegemonie in den angeschlossenen Gebieten sichern sollte. Es bestand grundsätzlich keine Interesse an ethnisch homogenen Republiken, sondern es wurden bewusst ethnisch gemischte Einheiten geschaffen, um separatistische Bestrebungen auszuschließen oder wenigsten doch zu erschweren. Die sowjetische Armee, der zentrale Staatsaufbau mit Moskau an der Spitze und die KPdSU als Träger der sozialistischen Gesellschaftsvorstellung waren die Elemente, welche diese verschiedengestaltige Welt miteinander verbanden, sozusagen der soziale Kitt im gesellschaftlichen Gefüge.

Mit dem Untergang der SU verschwanden zugleich diese Elemente, die die Republiken zusammen gehalten hatten. Gleichzeitig setzte eine Art ursprünglicher kapitalistischer Akkumulation ein, mit anderen Worten: der mehr oder weniger organisierte Raub des gesellschaftlichen produktiven Vermögens und der Rohstoffquellen. Die nun an die Macht drängenden Raubritter, in vielen Fällen leitendes Personal aus Militär und Geheimdiensten (die Türken verwenden für diese Strukturen den treffenden Begriff des »tiefen Staates«) brauchten weitere Verbündete und auch Fußtruppen, um ihre Beute nicht nur erringen sondern sie gegen den Zugriff anderer Mächtiger auch verteidigen zu können. Da lag es in vielen Fällen nahe, die ethnische Karte auszuspielen.

Wo immer es hinreichend große, ethnisch einigermaßen homogene Siedlungsgebiete gibt, konnte sie nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung vergleichsweise leicht gespielt werden. Und fängt eine Seite damit an, dann gibt es bald kein Halten mehr. Das zeigte sich sehr früh schon am Beispiel Ex-Jugoslawiens und auch in Georgien. Die georgischen Räuber spielen die georgische Karte, die südossetischen und abchasischen die ihren. Die neuen herrschenden Klassen formen sich auch auf diesem Wege ihre Herrschaftsgebiete – auf den gesellschaftlichen Rückschritt vom Sozialismus zum Kapitalismus folgt der zivilisatorische Rückschritt zum ethnisch definierten Nationalstaat. ■

Gewicht der USA in Europa resultiert aber auch aus Traditionen, aus Erfahrungen zweier Weltkriege und des »Eisernen Vorhangs«, der Europa teilte. Es ist klar, dass diese Traditionen und Erfahrungen auch im kollektiven Gedächtnis der herrschenden Klassen Europas nachwirken müssen und gewöhnlich zu Gunsten der USA ausschlagen werden.

Gegen die Politik Washingtons wirkt jedoch der Umstand, dass die herrschenden Klassen Europas gegenwärtig – vielleicht mit Ausnahme der englischen – kein Interesse an einer Wiederkehr des Kalten Krieges oder, gleichbedeutend, der Isolierung Russlands haben können. Für sie geht es um das Wie der Zusammenarbeit mit Moskau, nicht um das Ob. Die EU und Russland liegen auf einem Kontinent mit gemeinsamen Landgrenzen; das macht den Unterschied zu den USA, was immer sonst noch darüber zu sagen wäre.

Vor diesem Hintergrund griffen in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008 georgische Truppen Südossetien an. Unmittelbar darauf startete Russland einen Gegenangriff und schlug das georgische militärische Potential auf dessen Territorium vernichtend. Für die US-Propaganda war dies selbstverständlich ein Beleg für die Richtigkeit der Eindämmungspolitik. Für die EU-Regierungen war dies ebenso selbstverständlich die Gelegenheit, ihre internen Spaltungslinien öffentlich zu machen. Und für die russische Diplomatie war es die gegebene Gelegenheit, Stärke und Selbstbewusstsein zu zeigen, so wie Ministerpräsident Putin in einem ARD-Gespräch, das am 29. August gesendet wurde: Wenn die europäischen Staaten in ihrer Außenpolitik den Befehlen des Weißen Hauses weiterhin folgen wollten, so wie im Falle der Anerkennung des Kosovo, dann würde Russland gezwungen sein, über europäische Angelegenheiten künftig mit Washington zu reden.

Der Krieg in Georgien – Wer war schuld?

»*Israel kann stolz auf sein Militär sein, das georgische Soldaten ausgebildet hat*«, soll Temer Jakobaschwili, der georgische Minister für die Reintegration Südossetiens und Abchasiens, einen Tag nach Kriegsausbruch erklärt haben. Tatsächlich war Israel in die Aufrüstung Georgiens verstrickt. Erst nachdem Ministerpräsident Putin Israels Präsident Schimon Peres in einem Telefongespräch Ende Juli mit der Ausweitung der russischen Militärkooperation mit Iran und Syrien drohte, beendete Israel seine Militärhilfe für Georgien. (FAZ 3. 9. 2008)

Nach dem Ausgang der Angelegenheit wird sich Israels Stolz wohl in Grenzen halten; die georgische Armee ist zerschlagen. Aber die USA wollen ihr nach einer Ankündigung von Präsident Georg W. Bush mit einer Milliarde Dollar wieder auf die Beine helfen. Aber auch danach würde sie auf sich allein gestellt gegen den russischen Gegner ohne Chance sein.

Es steht fest, dass der georgische Präsident Saakaschwili in der Nacht des 7. August 2008 den Befehl zum Angriff auf Südossetien gab, der einen bereits langjährigen Zustand mit dauernden Scharmützeln zwischen bewaffneten georgischen und südossetischen Kräften zu Gunsten Georgiens beenden sollte. Die georgische Seite behauptet, dies sei eine Antwort auf eine russische Provokation gewesen: Die Entscheidung für den Angriff auf Südossetien sei erst gefallen, nachdem gegen 23.30 Uhr sichere Informationen vorgelegen hätten, dass sich russische Truppen mit 150 gepanzerten Fahrzeugen und Panzern auf den Roki-Tunnel zubewegten. Allerdings ist die georgische Regierung die einzige Quelle für diese Behauptung. Aber selbst, wenn es so gewesen wäre, wenn es eine russische Provokation gegeben hätte, wofür keine Beweise vorliegen, dann wäre es unter dem Gesichtspunkt des Kräfteverhältnisses zwischen den Parteien ein abenteuerlicher Akt, eine derart überlegene Macht anzugreifen.

Wenn man nach rationalen Gründen für Saakaschwilis Verhalten sucht, so wird man sie am ehesten darin finden, dass er auf ein rasches und energisches Eingreifen seiner mutmaßlichen Freunde und Verbündeten, der USA und der EU, spekulierte; und dass er glaubte, sie durch sein Vor-

preschen unter Handlungsdruck setzen zu können. Aber da hatte er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Niemand in der Welt will derzeit für Georgien in den Krieg ziehen und die Freunde Georgiens wollen bei der aktuellen Weltlage auch nicht die Feinde Russlands sein. Auch wenn der ehemalige US-Präsident Clinton den Kaukasus zur Interessensphäre seines Landes erklärte, lässt sich Washington nicht ohne eigenen Willen in eine militärische Konfrontation mit Moskau hinein zwingen. Insoweit kann man bezweifeln, ob die USA Saakaschwili tatsächlich zum Angriff ermuntert haben – so wie sie seinerzeit Saddam Hussein zu dessem Schaden zum Angriff auf Kuweit ermunterten. Aber so genau werden wir es nie wissen; es kann auch sein, dass in diesem Falle die eine (amerikanische) Hand nicht wusste, was die andere (amerikanische) Hand tat, oder dass Saakaschwili die progeorgische Propaganda von USA und EU für bare Münze nahm.

Im Ergebnis des Krieges sind nun mehr oder weniger drei nach ethnischen Gesichtspunkten getrennte Staaten auf dem ursprünglichen georgischen Territorium entstanden. Abchasien und Südossetien werden aufs Engste mit Russland verbunden sein, weil keines von ihnen für sich genommen wirtschaftlich entwicklungsfähig wäre. Im Endeffekt wird auch das geschwächte Georgien – trotz Austritt aus der GUS und Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland – seine Beziehungen zur stärksten Wirtschafts- und Militärmacht in seiner Nähe reparieren müssen, denn auf Dauer behindert die Isolation vom russischen Markt die Weiterentwicklung der georgischen Wirtschaft. In der Frage der Anerkennung Südossetiens und Abchasiens kann Moskau seine Anerkennung des Kosovo von der Anerkennung der beiden durch die Nato-Staaten abhängig machen.

Im Georgien-Konflikt ist Russland als europäische Großmacht erstmals nach der sowjetischen Ära wieder militärisch aufgetreten – und war aus seiner Sicht erfolgreich. Deshalb die große und weltweite Resonanz. Moskau hat deutlich gemacht, dass es seine Eindämmung nicht kampflos hinnehmen wird und dass es bereit ist, den Preis dafür zu bezahlen – dies war das Hauptziel und – inhalt seiner Aktion. Der Gebietsgewinn der ihm dabei zugefallen sein mag, ist demgegenüber von zweitrangiger Bedeutung.

Ein neuer Eiserner Vorhang in Europa?

Mit der Deklaration des „Kriegs gegen den Terror“ und dem Mobilmachen gegen die „Achse des Bösen“ hat die Bush-Regierung die Kraft der USA überdehnt. Aber welche Folgerungen zieht sie daraus – oder eine künftige US-Regierung, sei es unter McCain oder Obama?

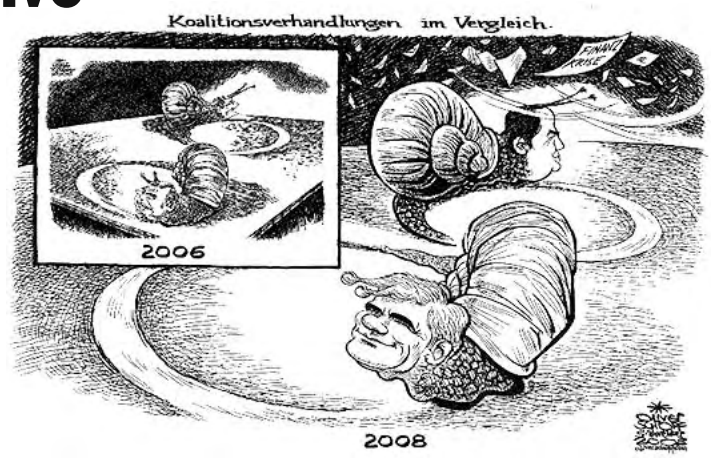
Schon heute ist absehbar, dass ihre Konsequenz nicht die sein wird, ins Glied zurück zu treten. Die USA werden stattdessen bemüht sein, ihre Nato-Verbündeten wieder auf Linie zu bringen und sie zu höheren militärischen und finanziellen Beiträgen zu veranlassen. Die Politik der Konfrontation, zur Zeit insbesondere gegen Russland, wird nicht verlassen; die Verbündeten sollen sie mit tragen.

Die Hegemonialpolitik Washingtons wird auch in Zukunft die herrschenden Klassen in Europa spalten, solange eine multipolare Welt mit mehreren etwa gleich starken Machtzentren erst im Entstehen ist. Solange wird das wirtschaftliche und militärische Übergewicht der USA für viele seiner Verbündeten gleichermaßen Verheißung wie Drohung bedeuten.

Für die werktätigen Klassen Europas würde eine Politik der Isolierung Russlands bedeuten, dass erneut ein Eiserner Vorhang Europa spalten würde. Die zwangsläufigen Folgen wären die ideologische Mobilmachung gegen den äußeren Feind, ein neuer Rüstungswettlauf auch in Europa und natürlich die Diffamierung der Gegner dieser Politik als „innere Feinde“. Die arbeitende Bevölkerung hätte die Kosten einer solchen Politik zu zahlen, die gegen ihre eigenen Interessen gerichtet ist. 15. Oktober 2008 ■

■ WAHLEN IN ÖSTERREICH 2008

Protest ohne Perspektive



Vor knapp zwei Jahren bildete sich nach den Wahlen vom Oktober 2006 eine neue Große Koalition in Österreich. Die zwei Parteien der Koalition, die sozialdemokratische SPÖ und die konservativ-katholische Österreichische Volkspartei (ÖVP) mussten beide Stimmenverluste registrieren, vor allem die ÖVP mit einem Minus von etwa acht Prozent; die SPÖ wurde so um ein Kleines größer als die ÖVP und stellte damit den Bundeskanzler. Nach mehreren Monaten wurde ein Regierungsprogramm ausgearbeitet. Das hätte kein Problem sein sollen – beide Parteien haben genügend Erfahrungen aus früheren Koalitionen. Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass das Regierungsprogramm unklar war, die ÖVP wollte die Politik der vorherigen Koalition zwischen ÖVP und der rechtsradikalen Freiheitlichen Partei (FPÖ) weiterführen, die widersprüchlichen Vorstellungen der SPÖ waren gegen den Widerstand der ÖVP nicht durchzuführen. Der SPÖ-Bundeskanzler, der keine Weisungsbefugnisse hat – die Minister sind jeweils die Verantwortlichen – versagte und wurde schließlich als Parteivorsitzender abgelöst. Nach weiteren Querelen, die bei den Meinungsumfragen die SPÖ unter die 20-Prozent-Marke brachten, kündigte die ÖVP die Koalition auf und vorfristige Neuwahlen wurden für den 28. September ausgeschrieben. Die ÖVP hoffte einiges von ihren Verlusten 2006 wieder zu holen, im Endeffekt verlor sie nochmals ca. 8 Prozent und landete bei 26 Prozent – innerhalb von knapp 3 Jahren von 42 Prozent auf 26 Prozent.

Dies Ergebnis zeigt u.a., dass die Wähler nicht mit den Parteien zufrieden sind, sie von Wahl zu Wahl austauschen, aber ihrer Unzufriedenheit noch keinen positiven Ausdruck zu geben vermögen. Die Leute wünschen sich zurück zu sozialeren Verhältnissen, die sie kennen – andere Vorstellungen können derzeit nicht entwickelt werden. Ein Zurück ist aber nicht möglich. Die Wähler können sich (noch nicht) gegen kapitalistische Verhältnisse zur Wehr

setzen, sie suchen noch, verweigern aber den großen Parteien ihre Zustimmung.

Der äußere Anlass zum Bruch der Koalition war ein Leserbrief des neuen Parteivorsitzenden, Werner Faymann, und dem SPÖ-Bundeskanzlers, in dem sie angeblich eine Kehrtwendung in der bisherigen Europapolitik der Partei ankündigten. Dies war eine Eigeninitiative der beiden, die ohne irgendeine demokratisch legitimierte Entscheidung des Parteivorstandes oder der Parlamentsfraktion unterstützt wurde. Angekündigt wurde, dass die SPÖ in Zukunft bei entscheidenden Änderungen der Struktur der EU eine Volksabstimmung fordern würde. Begründet wurde dies anschließend mit der Tatsache, dass die österreichische Bevölkerung der EU sehr skeptisch gegenüber steht. Die Bevölkerung müsse notwendigerweise in die Beschlussfassung mit einbezogen werden, damit sie sich mit der Entwicklung der EU identifizieren könne. Diese Entscheidung brachte der SPÖ die Unterstützung der beiden auflagenstärksten Zeitungen des Landes ein, beides sogenannte Boulevard-Zeitungen, die beide gegen die Mitgliedschaft in der EU sind. Der Austritt aus der EU wird von keiner Partei direkt befürwortet, jedoch treten die beiden rechtsextremen Parteien FPÖ und die derzeitige Partei des früheren FPÖ–Vorsitzenden, Jörg Haider, Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) gegen einen weiteren Ausbau der Institutionen der EU ein – sie erwecken aber gleichzeitig den Eindruck, als ob sie strikte EU-Gegner seien.

Die Frustration der Wähler mit der Koalition war groß, und es war von vornherein klar, dass es bei der Wahl viele Proteststimmen geben würde und evt. die Wahlbeteiligung geringer sein würde. Dem entsprach auch das Endergebnis. Die Wahlbeteiligung lag zwar wie 2006 bei etwa 79 Prozent, jedoch ging der Stimmenanteil in Wien um einige Prozentpunkte auf jetzt ca. 65 Prozent zurück, was vor allem die SPÖ geschwächt haben dürfte. Symptomatisch für die Frustration der Wähler war auch, dass bundesweit insgesamt 10 Parteien aufgestellt waren, von denen zwei am Anfang des Wahlkampfes gute Aussichten auf die Überwindung der 4- Prozent-Sperrklausel hatten; im Endeffekt überschritt keine dieser Parteien die Sperrklausel.

Gleichwohl war es überraschend, dass die BZÖ, die bisher eine auf Kärnten beschränkte Partei war, 10,7 Prozent der Stimmen erhielt und damit sogar noch die Grünen auf den 5. Platz (10,4 Prozent) verwies. Die SPÖ hatte ihren Wahlkampf gut organisiert, konnte die Themen, die diesen dominierten, bestimmen und setzte sich gegenüber den Grünen und der ÖVP durch. Sie wurde mit etwa 29,3 Prozentdie größte Partei und bekam so den Auftrag des Bundespräsidenten eine neue Regierung zu bilden. Es wird angestrebt, noch vor Weihnachten eine neue Regierung zu bilden.

Die rechtsextremistischen Parteien

Die SPÖ konnte nicht den Aufstieg der Rechtsextremen verhindern. Ein nicht unbedeutender Teil der Wähler ist gewiss aus Überzeugung in unterschiedlichem Masse rechtsradikal: von klerikal-faschistisch bis großdeutsch. Die Motive die beiden Parteien zu wählen sind jedoch vielfältig, die größte Bedeutung dürfte die Frustration über die Große Koalition haben. Der ewige Opportunist Jörg Haider möchte für seine Partei eine Regierungsbeteiligung erreichen, und trat daher vergleichsweise gemäßigt auf, was ihn für enttäuschte Wähler der ÖVP annehmbar machte. Der große Zuwachs des BZÖ und der Absturz der ÖVP – beides war eine Wahl-Überraschung – kann so evtl. eine Erklärung finden.

Die beiden Parteien verdoppelten fast ihren Wähleranteil von etwa 15 Prozent im Jahr 2006 auf jetzt 28 Prozent. Eine Rolle mag gespielt haben, dass vor allem die FPÖ in beträchtlichem Maß eine soziale, teilweise sogar semisozialistische und anti-kapitalistische Demagogie entwickelte, die Schichten von Kleinbürgern und Arbeitslosen ansprach – laut Einschätzung eines angesehenen Wahlforscher erhielt die FPÖ die meisten Arbeiterstimmen (ob dies einer Untersuchung stand hält, ist recht zweifelhaft). Angeblich konnte sie auch überdurchschnittlich viele Stimmen von Jungwählern holen.

Die beiden Parteien sind bisher als das »dritte Lager« neben den Sozialdemokraten und Katholiken bezeichnet – historisch war das »dritte Lager« dasjenige der Deutsch-Nationalen, die sich für einen Zusammenschluss mit Deutschland aussprachen. Es gibt diese Deutsch-Nationalen weiterhin, aber sie sind auch im »dritten Lager« eine Minderheit und nicht sonderlich an einem »Anschluss« interessiert. Es hat sich nach 1945 ein eigenständiges österreichisches Nationalbewusstsein entwickelt, auf dass sich die FPÖ und ihr Vorsitzender Heinz-Christian Strache häufig bezieht (»Österreich den Österreichern«); die Deutsch-Nationalen reden derzeit nur noch von einer deutschen Kultur und Sprache. Gewiss wird von der BZÖ das Problem der Slowenen in Kärnten zum Anlass genommen,um einige Kärntner anzuziehen, aber man kann annehmen, dass diese Karte inzwischen ausgereizt ist. Im Wahlkampf tauchte sie nicht auf.

Nun ist Österreich nicht das einzige Land, in dem rechtspopulistische, rechtsextremistische, rassistische oder reaktionäre Parteien bestehen. In drei Nachbarländern: in der Schweiz, Ungarn und Italien gibt es entsprechende Parteien, die ebenso große oder größere Wahlerfolge aufzeigen können. In mindestens acht bis zehn weiteren EU-Staaten gibt es Parteien dieser Art, die sich auch mit einer Fraktion im EU-Parlament versucht haben. Auf Grund innerer Widersprüche ist diese wieder auseinandergebrochen, aber es ist deutlich, dass es in fast allen EU-Ländern ein wachsendes Potential nicht-demokratischer Kräfte gibt. Die derzeitige Finanzkrise wird diese Entwicklung vermutlich beschleunigen.

Was geschah nun auf der linken Seite des politischen Spektrums?

Die Chefredakteurin der liberalen Zeitung »Der Standard« stellte fest, dass *»Die SPÖ hat den Klassenkampf wieder entdeckt und folgerichtig einen Feldzug gegen die Teuerung geführt« habe.* Sie meinte weiterhin, *»dass die Änderung der Europapolitik«* bedeute, dass die SPÖ auf den *»von der FPÖ vorgegebenen Kurs eingeschwenkt«* sei (Der Standard, 27./28. Sept. 2008). Das zeigt gewiss nur, wie sich die Wirklichkeit in einem liberalen Kopf widerspiegelt.

Der neue Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat der SPÖ, Werner Faymann, hat wohl von Arbeiterinteressen gesprochen, hat die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und ihren Vorsitzenden wieder aufgenommen und teilweise durchgesetzt. In Bezug auf die EU hat er festgestellt, dass die Liberalisierung des Marktes und die Ausrichtung auf die freie Beweglichkeit der Unternehmen zu Lohndrückerei und Untergrabung der erkämpften Rechte der Arbeiter geführt hat. Die »soziale Dimension« der EU bedürfe einer Stärkung, sonst würde das Desinteresse der Arbeiter in Widerstand umschlagen. Das sind Erkenntnisse, die ansonsten kaum von einem sozialdemokratischen Politiker in Europa ausgedrückt werden. Im Gegenteil – die Wortführer der neoliberalen Wende in der Labour Party halten am Blair-Kurs fest und haben die Macht in der Partei. Die SPD hält mit Ausnahme einzelner Schönheitsoperationen an der Agenda 2010 fest, die Aufmüpfigkeit in der hessischen SPD wird sich auf Sicht nicht durchsetzen, die französische PS

ist in sich zerstritten, die italienische Partei existiert nicht mehr, und die spanische Partei hat ihre halblinke Politik weitgehend eingestellt. Die Andeutungen Faymanns müssen erst in tatsächlich geführte Politik umgesetzt werden, bevor es möglich ist sie einzuschätzen. Seine Aussagen haben sicherlich dazu beigetragen, dass der Verlust der Partei sich auf 6 Prozent begrenzte (2006 hatte sie schon 1,2 Prozent verloren), zumindest einige der verunsicherten Arbeiter haben trotz allem wieder die SPÖ angekreuzt. Ob der Bruch zwischen SPÖ und den Gewerkschaften, der nach dem Skandal um die gewerkschaftseigene BAWAG (siehe Arbeiterpolitik 2006/3) entstand, jedoch wieder geheilt wird, es wieder eine sozialdemokratisch geführte Bewegung geben wird, ist eher unwahrscheinlich. Gewiss sind die Reformbestrebungen im ÖGB eingeschlafen, aber eine einfache Rückkehr zur »bewährten Taktik« ist kaum möglich.

Die KPÖ hatte 2006 leicht zugelegt, aber verlor heuer die damals gewonnenen Stimmen und steht wieder bei 0,8 Prozent. Sie wurde im Wahlkampf kaum sichtbar und konnte kein klares Bild von sich und ihrer Rolle vermitteln – es gibt weiterhin große Widersprüche in der Partei. Dem Vorsitzenden war es offensichtlich unmöglich sich zu artikulieren, und in den wenigen Sendeminuten, die der KPÖ in Rundfunk und Fernsehen zugestanden worden waren, eine klare Alternative vorzustellen. Aber auch in dem Bundesland Steiermark, wo die KPÖ eine gewisse Verankerung in Industriedistrikten hat, hat sie nur geringe Stimmenzahlen einfahren können. Wie die Partei sich bei den nächsten Wahlen (2013) verhalten wird muss erst noch geklärt werden. Klar ist aber schon jetzt, dass sie keinem prinzipienlosen Wahlbündnis zustimmen wird – zu Recht hat der Vorsitzende des steirischen Landesverbandes gesagt, dass eine Addition von bestehenden Organisationen von vornherein zum Scheitern verurteilt sei.

Im Frühsommer entstand eine Diskussion unter diversen linken und trotzkistischen Gruppen um eine Wahlalternative, die evt. zu einer neuen Partei ausgebaut werden sollte. Die Voraussetzung war die Einschätzung, dass die Frustration der Wähler zu einem Rechtsruck führen würde, wenn nicht eine deutliche linke Alternative angeboten werden würde. Vorbild bei dieser Einschätzung war die deutsche »LINKE«. Jedoch fehlen alle Voraussetzungen, die der »LINKE« diese Position ermöglicht hat. Der Wunsch war der Vater des Gedankens, es steckte nichts dahinter. Die KPÖ lehnte eine Wahlalternative mit den unklaren Köpfen dieser Gruppierungen ab, linke Sozialdemokraten – soweit es sie überhaupt gibt – hielten ihrer Partei die Treue. Die Diskussionen zwischen den Gruppierungen waren nicht sehr weit gediehen als die Wahl ausgeschrieben wurde, und es gelang nicht die notwendigen 2600 Unterschriften in den nach einem Schlüssel auf alle Bundesländern verteilten Unterschriften zu sammeln. Dies wurde nur in einigen Ländern erreicht, und so erhielt diese linke Alternative nur ca. 0,1 Prozent der Stimmen. Ihr zweites Wahlziel, mehr Stimmen als die KPÖ zu erreichen, um so zur stärksten Kraft auf der Linken zu werden, wurde ebenfalls nicht erreicht.

Wien, 2. November 2008 ■

■ GROSSBRITANNIEN: LABOUR IN BEDRÄNGNIS

Regierungspolitik wird von den Lohnabhängigen abgelehnt

In Europa setzte sich der neoliberale Umschwung zuerst in Großbritannien durch. Zuvor war die neoliberale theoretische Ökonomie in Chile in der Pinochet-Diktatur nach 1973 in Realpolitik umgesetzt worden. 1979 übernahmen die Konservativen in Großbritannien die Regierungsmacht und leiteten eine ökonomische Rosskur ein. Diese hatte einen starken Rückschlag für die Arbeiter und die sozial schwächeren Schichten zur Folge. Die Gewerkschaften wurden teils zerschlagen (als erste die Bergarbeiter) und die Rechte der anderen stark beschnitten. Noch einschneidender war jedoch, dass die neoliberale Politik von den führenden Köpfen der Labour Party (LP) übernommen wurde. Die Führung der LP übernahm diese neue ökonomische Politik des Bürgertums, die ihre Erfolge ausschließlich durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiter erzielte. Was New Labour nach dem Wahlsieg von 1997 durchführte, war nur eine Weiterführung der Politik der Konservativen versehen mit einigen Bonbons, die sie auf Grund des Aufschwungs in der Weltwirtschaft verteilen konnte. Diese politische Entwicklung wurde in einer Mehrzahl der europäischen Länder nachvollzogen – der Protest der Lohnabhängigen war auch dort wirkungslos. Die sozialdemokratischen Parteien passten sich den Bedürfnissen des Kapitals an (z.B. das »Schröder-Blair-Papier«) und die Gewerkschaften wurden auch dort an die Wand gedrückt. Auf Einzelheiten wollen wir hier nicht eingehen; es gibt natürlich jeweils auch nationale Besonderheiten, jedoch sind die Gemeinsamkeiten wesentlicher als die Unterschiede. Gemeinsam ist vor allem, dass die Proteste – ob es nun Streiks sind wie in Frankreich, oder Stärkung rechtsradikaler politischer Strömungen bei Wahlen, wie etwa in Italien und Österreich – verpuffen. Sie sind wirkungslos, weil sie keine Perspektive haben.

Ende des Thatcherismus ?

Mit der Finanzkrise ist nun der Neoliberalismus, dem sich auch Labour verschrieben hat, selber in die Krise geraten. Die britische Regierung will die in Nöten geratenen Banken durch Teilverstaatlichung retten; das ist zur Erhaltung des ökonomischen Systems notwendig: eine Erweiterung der Finanzkrise zu einer industriellen Krise würde politische Gefahren in sich bergen, die jetzt nicht zu überschauen sind. Wir müssen uns fragen, was diese Erscheinungen bedeuten: Bahnt sich etwas Neues an, wird die neoliberale Ideologie in New Labour überwunden? Die Milliarden, die jetzt den Banken zur Verfügung gestellt werden, bedeuten keine Verstaatlichung auf längere Sicht, wie Premier Brown sofort versicherte. Nützen sie aber der Bevölkerung? Glaubt New Labour durch diese Politik sich wieder Sympathien zu holen? Bleibt den Lohnabhängigen keine andere Wahl, als sich gegen die Auswirkungen der neoliberalen Politik der Partei zu wehren? Wie müssen sie sich organisieren um eine Änderung durchzusetzen, sind die Gewerkschaften ausreichend für diesen Kampf gerüstet? Oder muss man erst abwarten, was mit dem Geld des Steuerzahlers geschieht?

New Labour

Labour setzte nach Übernahme der Regierung 1997 die neoliberale Politik der Konservativen als Politik von Moder-

Privatisierung der Post

Die als liberal eingestufte Zeitung »Guardian« schrieb am 22. Mai. 2008 zur Privatisierung der Post:

»Mehr als ein Jahrzehnt haben Tony Blair und – Gordon Brown – immer darauf bestanden, dass ihre Politik nur an dem zu messen ist, »was machbar ist«. Das war der Tenor ihres enthusiastischen Hangs zur Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, deren Kommerzialisierung. Für die Privaten gelten natürlich nicht die eingemotteten Richtlinien der Vergangenheit: Wenn sie auch nicht die versprochenen Leistungen erbringen, so wurde ihnen doch absolut freie Hand gelassen (wie sie die öffentlichen Dienstleistungsbetriebe managen). Die Farce ihrer Ansprüche kann nicht klarer aufgezeigt werden als in der Liberalisierung und schleichenden Privatisierung des britischen Postdienstes.

Weit entfernt zu funktionieren oder Güter auszuliefern – zerstört das verkehrte Öffnen des Marktes durch private Unternehmen zunehmend ein öffentliches Netz im Herzen des britischen sozialen und Geschäftslebens.

Als New Labour an die Regierung kam, war die Post ein effektives öffentliches Monopol, das jährlich mehr als 100 Millionen Pfund an die Staatskasse abführte. Öffentliche und politische Unterstützung begleitete die schrittweisen Versuche der Tories, und eher zögerlich Tony Blair, das zu privatisieren, was zur Royal Mail geworden war.

Aber acht Jahre nachdem New Labour das Netz dem privaten Wettbewerb ausgesetzt hatte und zwei Jahre nachdem das 350 Jahre alte Monopol der Royal Mail schließlich beendet war, ist der Postdienst in der Krise und die allgemeinen Dienstleistungen, die eine Postzustellung zu einem Einzelpreis überall im Lande garantierten, ist gefährdet.

Eine unabhängige Überprüfung im Auftrag der Regierung in diesem Monat ergab das verheerende Resultat, dass die Liberalisierung nur Großunternehmen Vorteile brachte, unerhebliche Vorteile für kleinere Geschäftsleute oder Konsumenten, jedoch eine substantielle Bedrohung für die Zukunft der Royal Mail und den allgemeinen Postdienstleistungen.« ■

nisierungen fort: Die Partei ließ dem »freien Markt« weiterhin freien Lauf, privatisierte weiterhin Einrichtungen des öffentlichen Sektors, um Kapitalisten Anlagemöglichkeiten zu geben, belastete die Masse der Bevölkerung mit Steuern, um die Unternehmer steuerlich zu entlasten, schränkte staatliche Sozialleistungen ein und hob die Gesetze, die die Kampfkraft der Gewerkschaften schwächten, nicht auf. Nach anfänglicher Zustimmung der Bevölkerung wurde die Nicht-Akzeptanz dieser Politik dominierend, nur die Schwäche der Konservativen beließ Labour die Regierung. Nach zehn Jahren 2007 wurde der bisherige Premier, Blair, durch Gordon Brown abgelöst, jedoch verschlechterte sich die Stimmung für New Labour weiter. Im Gewerkschaftsbund (TUC) wurde Browns Rede auf seinem Kongress nicht positiv aufgenommen, man hatte sich von ihm mehr erhofft, als die Weiterführung der neoliberalen Politik und der Schosshundrolle gegenüber den USA.

Im vergangenen Jahr haben sich die Probleme der Partei nur verschärft, wie es bei verschiedenen Nachwahlen deutlich wurde. Gewiss gelten Nachwahlen nicht als eindeutiges Stimmungsbarometer, jedoch waren die Niederlagen so markant, dass auch die Parteiführung merkte, dass etwas gemacht werden müsste. Nur was? Eine eindeutige Antwort wurde nicht gegeben, die innerparteilichen Widersprüche und Intrigen sind nur offener geworden. Die personelle Alternative, mit der man alles zu lösen wünscht – weil sich die Partei keine inhaltliche Änderung vorstellen kann – ist eine Ersetzung Browns durch Außenminister David Miliband. Ob diese Spekulation eines Teils der Parteiführung sich durchsetzt, ist unklar: Politisch unterscheiden sich die beiden wenig.

Die Lohnabhängigen wehren sich mit Streiks …

Nach den Streiks der Lehrer, Zivilangestellten usw. in Großbritannien, der Kommunalarbeiter in Birmingham und der Arbeiter der Grangemouth-Ölraffinerie in Schottland spricht man in Großbritannien von einer neuen Welle der Militanz der Arbeiter. Wenn auch »brennende Wut« auf eine erhöhte Streikbereitschaft hinweist, so sind die heutigen Kämpfe nicht mit dem Grad der Militanz der 70er Jahre gleichzusetzen. Es ist nicht viel mehr als eine Andeutung, dass auch in verschiedenen Regionen in Großbritannien sich ein Widerstand langsam entwickelt. Bisher ziehen die verschiedenen Aktionen, Streiks und Lohnbewegungen nicht an einem Strang und können daher – wie in Deutschland – durch Kanalisierung des Potentials in eine mehr oder wenige neue Parlamentspartei (egal ob sie nun als Grüne oder LINKE firmiert) fehlgeleitet werden.

Ein Großteil der Medien versuchte den Streik bei Grangemouth zu diffamieren, konnte jedoch die Meinung der Lohnabhängigen nicht beeinflussen. Die Streikaktionen der Ölarbeiter werden in der britischen Öffentlichkeit als gerechtfertigt angesehen, nicht als egoistisch, sondern im Interesse der Lohnabhängigen, als Kampf gegen den Angriff der Kapitalisten auf das Pensionssystem gesehen: Der neue Eigentümer der Grangemouth Ölraffinerie will die Belegschaft für ihre Rente, die bisher ganz vom Unternehmer bezahlt wurde, zur Kasse bitten. Wie beim Kampf der Krankenschwestern in Finnland und beim Lokführerstreik in Deutschland fühlten die Lohnabhängigen beim Streik der Ölarbeiter in Großbritannien, dass deren Kampf auch stellvertretend für sie geführt wurde, also im Interesse aller war. Seit Jahrzehnten war der Unterschied zwischen Arm und Reich in Großbritannien nicht so krass, wie er heute ist.

Die sozialen Folgen der neoliberalen Politik von New Labour bestimmten auch den Jahreskongress des TUC in Brighton. Angesichts einer Inflationsrate von vier Prozent stimmten die Delegierten für landesweite Aktionen gegen die Entscheidung der Regierung, Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst auf zwei Prozent zu beschränken. Immerhin sind hier noch drei Fünftel der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, während es in der Privatindustrie nur noch ein sechstel ist. Vier große Einzelgewerkschaften beschlossen bereits Streiks. Trotz der militanten Stimmung lehnte eine knappe Mehrheit der Delegierten im Plenum einen landesweiten Generalstreik ab. Sie schreckte zurück vor einem »illegalen« politischen Streik gegen die Labour-Regierung. Noch immer finanzieren die Gewerkschaften den größten Teil der Ausgaben der Labourparty. Dieser Kongress war eine Momentaufnahme: Der Konflikt geht weiter. Denn während die Gewerkschafter ihren Forderungskatalog präsentierten, kündigte Premier Brown neue Förderungsmaßnahmen für die Industriellen an.

… und drücken ihren Protest mit dem Stimmzettel bei den Gemeindewahlen aus

Im Ergebnis der Gemeindewahlen in England und Wales drückt sich Protest gegen die Politik von New Labour aus.

Die 24 Prozent, die Labour bei einer Wahlbeteiligung von nur etwas mehr als 30 Prozent erreichte (noch niedriger als sonst üblich), sind das schlechteste Wahlergebnis für Labour seit 70 Jahren. Auch London mit dem früher »roten Ken« Livingstone ging verloren, und zwar eroberte ein sehr exzentrischer Konservativer den Bürgermeisterposten. Den Wählern ist es anscheinend egal, wer sie regiert, solange es kein Labour-Vertreter ist.

Die jungen Leute wissen nicht mehr um die Politik der Konservativen unter Margaret Thatcher, das ist vergessen. Der neue konservative Parteivorsitzende David Cameron hat das Erscheinungsbild der Partei modernisiert. So drückten viele Wähler ihren Protest mit einer Stimme für diese aus. In Großbritannien gibt es also derzeit drei Parteien, die sich als »Mitte–Rechts« einordnen, die Konservativen, die Liberalen und New Labour.

Die nationalistische British National Party konnte in einigen Städten einzelne Kandidaten in die Gemeinde- oder Stadträte bringen. Innerhalb der New Labour gibt es sehr wohl Vertreter, die vor diesen Entwicklung gewarnt haben: sie haben darauf verwiesen, dass, wenn die Partei nicht die Interessen der Lohnabhängigen vertritt, ihre bisherigen Anhänger aus purer Not zu den Rechtsradikalen abwandern werden, wie es z.B. in Dagenham (dem Sitz der früheren Ford Autofabrik) schon der Fall ist. Aber nicht nur dort. Bei der Nachwahl im Sommer in Henley, einer traditionell konservativen Hochburg, erhielt New Labour sogar weniger Stimmen als die BNP.

Die Lohnabhängigen kommen durch die erheblichen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, Benzin, Öl, Gas, Elektrizität, Heizung kaum über die Runden. Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst lagen immer unter der Inflationsrate. Spürbar nachteilig für die Bevölkerung ist die Schließung vieler Postämter. Abstoßend sind Fälle von Korruption unter den Parlamentsabgeordneten. Die New-Labour-Regierung redet seit mehr als zehn Jahren über bessere Schulbildung, Kampf gegen Kinderarmut und erfolgreichere Berufsausbildung, doch davon kommt unten nichts an. Stattdessen schob nun die Regierung Brown den Reichen und Superreichen Steuervergünstigungen zu, während sie die unterste Steuergruppe aufhob, so dass 5,3 Millionen der Ärmsten bis zu 200 Pfund mehr pro Jahr zahlen müssen.

Ausländerfeindlichkeit

Eine ausländerfeindliche Haltung der Arbeiter ist nur in bestimmten Städten spürbar. Ein Beispiel: In der Gegend von Peterborough (East Anglia) arbeiten Tausende von Osteuropäern als Erntehelfer und in der verarbeitenden Industrie. Die Bauern und Unternehmer bevorzugen sie, weil sie als Lohndrücker arbeiten, wodurch britische Arbeiter ihre Arbeit verlieren. Die große Mehrheit der aus dem Ausland zugewanderten Arbeitskräfte stellt jedoch keine Bedrohung der Rechte der britischen Arbeiter dar, Ausländerfeindlichkeit ist (noch) nicht ein hervortretender Zug in der Arbeiterklasse. Bedroht sind im Wesentlichen die ungelernten Arbeiter, wie es auch aus anderen Ländern bekannt ist und dort bei früheren sozialdemokratischen Wählern zur Abwanderung ins rechte Lager geführt hat, z.B. in Dänemark oder in Österreich.

KP und »Respect«: politische Möglichkeiten?

Der Verfall der früheren Kommunistischen Partei Großbritanniens hatte in den Blair-Jahren dazu geführt, dass einige sich bei New Labour versuchten. Sie diskreditierten sich persönlich, ließen sich korrumpieren, egal ob sie in der Partei oder den Gewerkschaften arbeiteten; sie verbanden sich allerdings öfters mit dem rechten Labour Flügel und bekämpften Kommunisten, Trotzkisten und Linke, wo sie nur auf sie trafen. Das betrifft nur eine Minderheit früherer Linker, aber es hat zur Desillusionierung in der Arbeiterklasse beigetragen. Die KP hatte noch in den 1970er und 1980er Jahren einigen Erfolg damit – besonders in der Gewerkschaftsbewegung – Koalitionen aufzubauen und die Gewerkschaften insgesamt zu einem linken Kurs zumindest für einige Jahre zu bewegen. Die Auflösung der Partei hat diese Möglichkeiten aufgehoben.

Auf der »linken« Seite gibt es derzeit keine glaubwürdige Partei oder politische Richtung, die dem Protest landesweit Ausdruck geben kann. Das linke Wahlbündnis »Respect« ist auf wenige Städte beschränkt, wo es Mandate gewann. Respect ist ein Produkt einer Koalition der britischen Friedensbewegung, dem aus New Labour ausgeschlossenen Abgeordneten George Galloway und der in der trotzkistischen Tradition stehenden »Socialist Workers Party«.

Als es 2007 zu einer Krise im Wahlbündnis kam, löste Respect sich aus der Bevormundung durch die Socialist Workers Party und zerfiel mehr oder weniger. In Birmingham und East-London hat das Bündnis besonderen Rückhalt in der muslimischen Bevölkerung (aus Bangladesch und Pakistan).

Gordon Brown

Der frühere Premierminister Tony Blair, der seine neoliberale Politik zur Förderung der Kapitalisten geschickt als Zukunftsprogramm für die große Mehrheit der Bevölkerung verpackt hatte, musste wegen der ablehnenden Stimmung in der Masse der Lohnabhängigen seinen Platz räumen. Sein Nachfolger Gordon Brown musste für ihn katastrophale Wahlniederlagen einstecken. Streikbeschlüsse von Gewerkschaften und eine Fast-Mehrheit des TUC für einen Generalstreik zeigen, wie der Widerstand in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder wächst. Wegen des Mehrheitswahlrechts kann sich die jetzige Stimmung der Lohnabhängigen noch nicht parlamentarisch ausdrücken. Die Auswirkungen der Finanzkrise werden den Lohnabhängigen die Unvereinbarkeit ihrer Interessen mit denen des Kapitals noch verdeutlichen.

Auf der Konferenz der New Labour im September 2008 hielt der Premierminister eine Rede, die ihm offensichtlich den Beifall der Konferenz brachte. Er berief sich in dieser auf seine Herkunft, dass seine Eltern auch sorgfältig mit ihrem Geld umgehen mussten und versuchte so den Eindruck zu erwecken, er sei der Kandidat der »kleinen Leute«. Gewiss stammt er nicht aus der Bourgeoisie, aber ein Pastor der schottischen Kirche ist nun nicht eigentlich ein Mehrwert produzierender Arbeiter. Jedoch ist diese Rede trotzdem symptomatisch für einen neuen Trend bei Sozialdemokraten: Sie versuchen ihre ehemaligen Stammwähler wieder heranzuholen. Es kann ernsthaft gemeint sein, dass sie die Interessen der Arbeiter berücksichtigen wollen, es kann bei einigen tatsächlich ihren Intentionen entsprechen – aber die »Sachzwänge« werden sich sicherlich als die Stärkeren erweisen.

Neu in der Reihe »Beiträge zur Diskussion«:

Bombenkrieg und Klassenkampf

Zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte

November 2008, Gruppe Arbeiterpolitik
28 Seiten | A4-Format, zweifarbig | 2,00 EUR |
z.B. in Briefmarken an das Postfach der GFSA e.V.:

GFSA e.V. | Postbox 106426 – 20043 Hamburg

Kurz nach der Konferenz – Anfang Oktober – war es dann soweit. Brown bildete das Kabinett um, ohne jedoch damit eine inhaltliche Neuorientierung zu signalisieren. Im Gegenteil wurde Peter Mandelson zum Wirtschaftsminister ernannt. Mandelson war neben Blair der hauptsächliche Vertreter der Umbildung der ehemaligen Arbeiterpartei zu einer neoliberalen Partei. Blair hatte ihn zweimal zum Minister ernannt, zweimal musste er unter dem Vorwurf der persönlichen Bereicherung zurücktreten. Auf der Konferenz wandte er sich heftig gegen kritische Aussagen führender Gewerkschaftler: New Labour werde auch in Zukunft den Grundsätzen der freien Märkte folgen. Nicht einmal die größte finanzielle Krise der vergangenen Jahrzehnte hinterließ an seiner Ideologie die geringsten Kratzer.

Den Lohnabhängigen bleibt längerfristig kaum andere Wahl, als sich gegen die Auswirkungen der neoliberalen Politik von New Labour zu wehren. Wie sie sich organisieren, um eine Änderung durchzusetzen, bleibt abzuwarten. Fraglich ist auch, inwieweit die LP ihre Rolle der Einbindung der Klasse der Lohnabhängigen in dieser Gesellschaftsordnung wie bisher spielen kann. ■

■ SCHWEDISCHE BUSFAHRER

Streik für Ruhezeiten und besseren Nahverkehr

Im Sommer kam es im schwedischen öffentlichen Dienst zu mehreren Streiks. Im Pflegebereich und in den Krankenhäusern wurden massive Lohnerhöhungen gefordert, nachdem die mehrheitlich weiblichen Beschäftigten im Vergleich zu den Lohnentwicklungen im privaten Sektor während der Hochkonjunktur der letzten Jahre stark ins Hintertreffen geraten sind. Das Problem bleibt, obwohl der Vårdforbund (Verband der Pflegeberufe) in diesem Jahre erstmals seit vielen Jahren eine offensive Tarifrunde angekündigt hatte, ungelöst. Am Ende lagen die Lohnerhöhungen nur knapp über der Inflationsrate, und in der Pflege könnten sich die Unzufriedenheit, die inneren Kündigungen und die Migration nach Norwegen oder sogar Finnland noch verstärken.

Die Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs

Ebenso wie die PflegerInnen sind die Busfahrer Produzenten öffentlicher Güter: Auch in diesem Sektor ging es während des Arbeitskampfes nicht nur um die Frage der löhne, sondern auch um die Arbeitsbedingungen. Hintergrund ist, dass die Privatisierung der Verkehrsbetiebe auch in Schweden zu einer Entgrenzung der Arbeitszeit und zu einer Ausdehnung von befriesteter Beschäftigung geführt haben. In einem Interview mit der syndikalistischen Zeitschrift Arbetaren wird ein Arbeiter aus einem der privatisierten Betriebe, zitiert:

»*Wir waren früher eine große Familie. Als Connex den Betrieb übernahm gab es noch einen gewissen Zusammenhalt, weil unsere Tour immer an einem zentralen Depot begann. Jetzt* (unter einem neuen Eigentümer) *vermisse ich das sehr. Jetzt sind wir wie menschliche Maschinen.*« Die Kritik der Fahrerinnen und Fahrer richtet sich gegen die Verkürzung der Ruhezeiten zwischen zwei Arbeitstagen auf neun Stunden, die auch deswegen keine Zeit mehr lässt, sich zu erholen, weil die Einsatzorte flexibilisiert worden sind, die Fahrer also an den Rand der Stadt oder eine Endhaltestelle fahren müssen, um ihre Tour zu übernehmen.

Anders als in den Pflegeberufen, ist die Privatisierung des öffentlichen Verkehrs in Schweden ist schon sehr fortgeschritten. Seit 1993 wurde dieser Bereich systematisch an den Markt gebracht. Die bürgerlichen Parteien, die augenblicklich die Regierung stellen, haben diese Politik verschärft. Die Kommune Stockholm ist insofern ein Spezialfall, als dass die Rechte dort bereits um das Jahr 2000 herum eine geradezu berüchtigte Politik der Privatisierung öffentlicher Güter vorangetrieben haben. Die Regel ist wie in vielen anderen europäischen Ländern auch, dass die Aufträge von den öffentlichen Trägern, d.h. den Städten und Kommunen an den billigst Anbietenden vergeben werden.

Das betrifft auch den Schienenverkehr, der von privaten Eignern entweder auf der Schiene übernommen, streckenweise stillgelegt und durch Busverkehr ergänzt wird, wie z.B. auf der Strecke von Stockholm entlang der Ostküste nach Haparanda in Norrland. Unter den Privaten kommt es dann wie üblich zu profitbedingten Marktbereinigungen, so verkauft Swebuss in Stockholm an Arriva, einem global player, aber auch zahlreiche andere Anbieter tummeln sich auf dem attraktiven Markt. Die Beschäftigungsgarantie beträgt in diesem Fall ein Jahr. Die Kosten werden auf Kunden und Arbeitende abgeladen: Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen, die Flexibiliserung der Arbeitszeiten und die Mißachtung von Sicherheitsvorschriften sind Teil des Geschäfts. Die Folgen beschreibt ein Busfahrer, der von Arbetaren auf einer Streikversammlung interviewt wird: *»Die Busse werden immer schampiger gewartet, aber die zuständigen Kollegen können da gar nichts machen, weil sie die Zeiten nicht bekommen. Aber es sind doch Menschen, die wir fahren, keine Waren! Es ist unverantwortlich, und dass wir nur neun Stunden Ruhezeit haben, ist insofern wirklich skandalös. Die Sicherheit wird wegen der Profitinteressen vernachlässigt.«*

Der Busfahrerstreik

Die Gewerkschaft Kommunal, die dem traditionell sozialdemokratisch orientierten Dachverband LO anghört, traf mit ihrem Streik ins Schwarze: sie betonte die Bedeutung der Arbeitsbedingungen, forderte unter anderem eine Verlängerung der Ruhezeiten und keine weitere Ausweitung der Zeitverträge, die in Stockholm bereits ein Drittel der FahrerInnen betreffen. Gleichzeitig argumentiert Kommunal mit dem öffentlichen Interesse an einem qualitativ und quantitativ guten Nahverkehr. Der Streik begann in der Nacht vom 1. zum 2. Juli bei den privateb Verkehrsdienstleistern in Stockholm und Umgebung. Hier ging es zentral um die Forderung nach Gleichwertigkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bei den privaten Verkehrsdienstleistern Schwedens mit denen der Beschäftigten der kommunalen Dienstleister.

Die vier wichtigsten Forderungen waren:

- ✔ Ruhezeit von mindestens 11 Stunden zwischen den täglichen Diensten. Ein Arbeitszeitrahmen von höchstens 13 Std. für die FahrerInnen mit geteilter Arbeitszeit
- ✔ 1.600 Kronen mehr Lohn über zwei Jahre (20.600 skr. bisher monatlich, entspricht ca. 2.060 Euro)
- ✔ Erhöhtes Recht auf Festanstellung

Das sozialdemokratische »Volksheim« wird abgetragen: Angriff auf die Gewerkschaften

Der Abbau des sozialdemokratischen »Wohlfahrtstaates«, bereits eingeleitet durch die letzte sozialdemokratische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Göran Persson, wird unter der parlamentarischen Vormachtstellung der konservativen »Gemäßigten Partei« (Moderatera) in raschem Tempo fortgesetzt. Dieses sozialdemokratische »Volksheim«, war Resultat einer seit den 30er Jahren beginnenden Umwandlung des schwedischen Agrarstaates unter sozialdemo-kratischer Regierungsherrschaft zu einem Industriestaat. Diese Herrschaft war seitdem nur für wenige Jahre unterbrochen, und bis in die 1980er regierten auch die kurzen bürgerlichen Regierungen durchaus mit Rücksicht auf den Wohlfahrtsstaat. Erst die schwedische Finanz-marktkrise Anfang der 1990er Jahre hat eine offensive reaktionäre Wende in der schwedi-schen Politik gebracht, die den offenen Klassenkampf lokal wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat: Vor allem kündigte der Unternehmerverband als Konsequenz des »Kredit-schocks«, der die Abhängigkeit der schwedischen Wirtschaft vom Export und von den transnationalen Geschäften verdeutlichte die sozialpartnerschaftliche Politik teilweise auf. Die Privatisierung der öffentlichen Dienste, die seit 1993 unter Regierungen verschiedener Couleur an Fahrt angenommen hat, steht in diesem Kontext.

Heute regieren die großbürgerlichen Moderaterna und dem Yuppi-Ministerpräsident Reinfeld in einer Dreiparteienkoalition, wobei ihr Wahlsieg im Jahre 2006 nicht nur durch die Unzu-friedenheit der Bevölkerung mit der damaligen Linkskoalition gefördert wurde, sondern auch dadurch, dass die Rechte wie in anderen skandinavischen Ländern auch (Rechtspolulisten in Dänemark und Norwegen) als »wahre Arbeiterpartei« auftrat. Damit war auch gemeint, die »bürokratischen Gewerkschaften« zu schwächen und, ebenfalls wie sonst im Norden, für »mehr Wahlfreiheit« zu sorgen. Einer der ersten Angriffe bestand darin, den Gewerkschaften die Verwaltung der Arbeitslosenkasse streitig zu machen, die bislang trotz einer auch unab-hängig davon einsetzenden Erosion, den außerordentlich hohen Organisationsgrad der LO-Gewerkschaften garantiert (durchschnittlich 79%; Lohnarbeiter 90 – 95%, Gehaltsempfänger 60 – 70%). Bisher zahlten die Arbeitgeber einen Beitrag von 5,84% für die Arbeitslosenkasse, die Lohnempfänger zahlen 0,2%, die Gehaltsempfänger 0,9%, der dann den gewerkschaftlich Organisierten im Falle der Arbeitslosigkeit zu Gute kommt. (Das gleiche Prinzip gilt ebenfalls für Finnland und Norwegen. In Dänemark sind die Sozial- und Krankenversicherungsabgaben steuerlich geregelt). Bis zum Regierungsantritt der bürgerlichen Koalition kamen allein die Kapitalisten für den Beitrag auf.

Ein für 2009 geplantes Gesetz sieht nun die Schaffung einer gewerkschaftlich unabhängigen allgemeinen »A-Kasse« vor. Damit entfällt ein Anreiz der Organisierung. Bereits mit der Einführung des Eigenbeitrags zur A-Kasse, zusätzlich zum Gewerkschaftsbeitrag, kam es zu einer Austrittsbewegung aus der gewerkschaftlichverwalteten Arbeitslosenkasse. 270.000 Mitglieder, der dem schwedischen Gewerkschaftsbund, LO, angeschlossenen Einzel-gewerkschaften, verließen diese Arbeitslosenkasse seit Jahreswechsel 2007/08 nachdem die Regierung im November 2007 die Monatsbeiträge um 235 Kronen auf durchschnittlich 340 Kronen erhöhte und die steuerliche Absetzbarkeit der beiden Gewerkschaftsabgaben aufhob. Für diese, aus der Arbeitslosenkasse ausgetretenen Mitglieder, ist dann das Sozialamt zuständig. Da Gewerkschaftsmitgliedschaft und A-Kassenmitgliedschaft voneinander getrennt sind, ist die Anzahl der Austretenden aus der A-Kasse nicht identisch mit der Zahl der aus der Gewerkschaft austretenden Mitglieder. Die LO-Gewerkschaften verzeichnen mit Ausnahme der Metallgewerkschaft, mit 160.000 mitgliederstärkste Gewerkschaft, jedoch ebenfalls erheblichen Mitgliederschwund, insbesondere im Niedriglohn- und Teilzeitbereich. Von dieser Entwicklung ist die Gewerkschaft des Handels besonders betroffen, die A-Kasse verlor 9.000 Mitglieder, 3.900 verließen die Gewerkschaft ganz.

Gleichzeitig wird das Streikrecht angegriffen. Die Regierung verlangt von der Polizei, Streikpostenstehen als »Vergehen gegen die öffentliche Ordnung« zu behandeln. In einem Musterprozess stehen in Malmö seit Anfang November 2009 26 AktivistInnen vor Gericht, die im Dezember 2006 von der Polizei mit Pfefferspray und Verhaftungen traktiert wurden, weil sie vor einem von einer SAC-Gruppe bestreikten Restaurant Flugblätter verteilten.

Der Streik der Busfahrer, sowie zuletzt ein mehrere Wochen dauernder Streik im Krankenhausbereich, könnten der gewerkschaftlichen Organisierung jedoch wieder den wesentlichen Sinn geben: Die Gewerkschaft als Schule des Klassenkampfes.

Alles in allem tragen die Maßnahmen der Regierung dazu bei, dass es kaum eine Koaltion gab, die sich derartig schnell in der Bevölkerung unbeliebt gemacht hat. Bei Umfragen liegen die drei Regierungsparteien zusammen genommen zurzeit bei leicht über 30 Prozent. ■

Als Arbeitskampfgegner standen sich in Stockholm die Gewerkschaft der Kommunalbeschäftigten, »Kommunal«, und die privaten Arbeitgeber »Swebuss« und »Busslink«, gegenüber.

Als Zeitpunkt des Arbeitskampfes war die Touristenhochsaison gut gewählt. Die BusfahrerInnen, die im Großstockholms »Transportsyndikat« (anarcho-syndikalistische Organisation) organisiert sind, traten in Sympathiestreiks. Sie begründeten ihre Aktionen mit der Übereinstimmung in der Forderung nach der Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Die Syndikalisten spielen in Schweden eine andere Rolle als in der Bundesrepublik, weil sie besonders im öffentlichen Dienst und im Dienstleistungssektor eine gewisse betriebliche Verankerung erreicht haben, trotz oder gerade wegen der traditionellen Dominanz der sozialdemokratisch geprägten LO. Anders als die LO-Gewerkschaften sind die SAC-Gruppen keine Tarifpartei und insofern auch nicht an die durch die Tarifverträge definierte Friedenspflicht gebunden. Diesen Umstand haben sie in letzter Zeit genutzt, um in einigen wilden Streiks als eigenständige Kraft aufzutreten. Die SAC hat landesweit etwa 7.500 Mitglieder, in einem Land mit etwa acht Millionen EinwohnerInnen eine gerade im Vergleich zur hiesigen FAU recht große Zahl. Von den 1.500 streikenden Beschäftigten in Stockholm gehören 70 zur SAC,

Nach vier Tagen wurde der Streik zum Wochenende ausgesetzt, um über ein neues Angebot zu verhandeln. Die Verhandlungen wurden jedoch am Montag, 8. Juli abgebrochen, und der Streik auf ausgewählten Linien Stock-

holms wieder aufgenommen. In Västerbotten, Gebiet an der Ostküste Schwedens (Umeå), wurden Fernbuslinien des privaten Anbieters Veolia bestreikt. In Umeå streikten die Busfahrer von »Swebuss«, dem bisher größten privaten Anbieter auf dem schwedischen Markt, auf dem sich die international verbreiteten Anbieter wie »Arriva«, »Veolia«, tummeln. Nachdem am 14. Juli die Verhandlungen wieder aufgenommen worden waren, kam es am Dienstag, dem 15. Juli, zum Abschluss. In der Hinterhand der Gewerkschaft Kommunal befand sich die Planung von Streiks in Skåne (Malmö) (Arriva Schweden, Veolia) und die Bestreikung der gesamtschwedischen Flugbuslinien.

Nach dem Streik ist vor dem Streik

Kommunal konnte die Forderung nach einer Ruhezeit von 11 Stunden durchsetzen, zumindest auf dem Papier. Allerdings gibt es Ausnahmereglungen für Fahrer, die täglich angefordert werden können. Als solche gelten Fahrer, die spätesten einen Tag vor dem Einsatz und vor ihren freien Tagen informiert werden. Die SAC kritiserte dieses Resultat als eine Aufweichung der auch von ihr für richtig befundenen Forderung. Im Tarifvertrag ist die 11-Stunden-Regelung für alle Strecken vereinbart, die kürzer als 50 Kilometer sind. Für weitere Entfernungen gilt eine EU-Verordnung, die das Gleiche festlegt. Die Regeln über die Rahmenarbeitszeit und die tägliche Arbeitszeit entsprechen nunmehr denen der Kommunalbeschäftigten. Die flexible Einsatzzeit der Busfahrer wurde auf 13 Stunden für Linien, die kürzer als 50 km sind, festgelegt. Eine Ausnahme ist der Schulbusverkehr. Leute mit Zeitverträgen erhalten einen Status, der ihnen eine höhere Arbeitsplatzsicherheit garantiert.

In der Lohnfrage entsprechen die Vereinbarungen ungefähr denen, die auch im Pflegebereich getroffen wurden. Für Arbeiter in der Werkstatt liegt die Erhöhung bei zwischen drei und vier Prozent pro Jahr, bei einer Laufzeit vom 1. Juni 2008 bis zum 31. Mai 2011. Für ca. 14.000 bei privaten Verkehrsunternehmen beschäftigten BusfahrerInnen, die in Kommunal organisiert sind, wurde eine Lohnerhöhung von 10,4 Prozent für drei Jahre abgeschlossen. Das ist höher als das Angebot des Vermittlers (9,6 Prozent) aber etwas geringer als die geforderte Erhöhung, etwa acht Prozent Erhöhung für 22 Monate. Alles in allem wurde die Forderung nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Die Ruhezeiten wurden grundsätzlich verlängert, die Rahmenarbeitszeit (leicht) verkürzt. Schließlich wurde auch das Recht auf Festanstellung für diejenigen durchgesetzt.

»Wir haben Verbesserungen auf allen Gebieten, die uns wichtig waren, durchbekommen«, schrieb Håkan Pettersson, der zweite Vorsitzende von Kommunal. Die SAC-Gruppe Stockholms Transportsyndikat dagegen befürchtet, dass das neue Abkommen durch die benannten Ausnahmen das Recht auf die 11-Stundenruhezeitregelung, die ja die Hauptforderung im Streik war, aushöhlt. Diese Befürchtung, dass die Absicht besteht, Dienste in täglich georderte umzugestalten, wurde durch eine Mitteilung in der Internetzeitung von Busslink und von deren Verhandlungschef, dem ehemaligen Sektionsvorsitzenden für Stockholms Busfahrerin der Gewerkschaft »Kommunal« (!!!) bekräftigt. Das Vorhaben scheint, alle Dienste innerhalb einer Sechswochenperiode an zwei bis drei Tagen von einem Tag auf den anderen zu ordern.

Dass die Behauptung, dass *»niemand die 11-Stunden-Regelung unterlaufen will«,* von den Betroffenen nicht geglaubt wird, zeigt ein Artikel von Arbetaren, der im Oktober 2008 die Situation im größten Busdepot Skandinaviens, der Råstagarage nördlich von Stockholm (650 FahrerInnen) dokumentiert. Die hier eingesetzten FahrerInnen der SL, einem ehemaligen kommunalen Unternehmen, das mittlerweile von einer französischen Heuschrecke und der Eisenbahngesellschaft SNCF besessen wird, sind auch nach dem »Tariferfolg« des Sommers unzufrieden. Der Arbeitsdruck hat kaum abgenommen, und immer wieder werden Busse als verzweifelte Form des Protestes sabottiert, d.h. fahrunfähig gemacht. Die Sicherheitssituation lässt nach wie vor zu wünschen übrig. Es besteht kein Zweifel, dass das System eines profitorietierten Verwaltung von öffentlichen Gütern das Problem ist, das auf Dauer gelöst werden muss.

Parallelen und Unterschiede: BVG-Streik – BusfahrerInnen Streik in Schweden

Wie in Berlin so auch in den Streikgebieten in Schweden, mit dem Schwerpunkt Stockholm und Umgebung, standen dem Betreiber der Verkehrsbetriebe sozialdemokratisch/reformistische Arbeitskampfführungen gegenüber. Wie in Berlin, S-Bahn als nicht bestreiktes DB-Unternehmen, konnte der öffentliche Verkehr in Stockholm nicht vollständig lahmgelegt werden, das U-Bahnnetz ist kommunal. Wie in Berlin wurde der Streik in Stockholm und Umgebung für ein Wochenende) unterbrochen, als Geste guten Willens gegenüber den Fahrgästen (touristische Hochsaison), um dann in verringertem Maße auf ausgewählten Routen wieder aufgenommen zu werden.

Die Unterschiede lagen in:

1. dem Charakter des schwedischen Arbeitskampfgegners als Privatunternehmen
2. dem überregionale Charakter des Arbeitskampfes
3. der Drohung der Ausdehnung auf weitere Städte (Malmö) und die gesamtschwedischen Flughafenverbindungen
4. in dem Schwerpunkt der Forderungen auf verbesserte Arbeitsbedingungen

Der Arbeitskampf der BVGler richtete sich gegen ein öffentliches Unternehmen, finanziert vornehmlich aus

Streiks für öffentliche Güter?

Konflikte im sozialen Bereich und im Gesundheits- und Schulwesen in Europa – Workshop des Projektes »*Prekarität und kollektive Organisierung*« Hamburg, Samstag 6. Dezember 2008, 11.00 bis 13.00 Uhr und 14.00 bis 17.30 Uhr, Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15 (Hinterhof), Nähe Dammtorbahnhof

PflegerInnen, Krankenhaus- und Kita-Beschäftigte oder auch LehrerInnen machen ihre Interessen in der Arbeit in vielfältiger Weise geltend. Inzwischen bringen Streiks, Aktionen oder Demonstrationen die widersinnigen Arbeitsanforderungen in die Öffentlichkeit. Initiativen gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen verschaffen sich Gehör, denn die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind zugleich ein Um- und Abbau öffentlicher Angebote. Im Sommer kam es in Portugal, der Tschechischen Republik, Schweden, Dänemark und England zu einer regelrechten »Streikwelle« mit unterschiedlicher Ausrichtung. Besonders in **Skandinavien** hatten die Streiks im Pflegesektor die Dimension eines Kampfes um »gleiche Löhne für gleicheArbeit«, der von einer jungen, feministischen Bewegung unterstützt wird. Die Aktionen wenden sich zugleich gegen den rechtspopulistischen Mainstream, der besonders in Dänemark (noch) prägend ist. In Deutschland erfahren solche Kämpfe bisher eher wenig Unterstützung. Wir haben GewerkschafterInnen, AktivistInnen und ForscherInnen aus drei Ländern eingeladen, um über Kämpfe in um den öffentlichen Sektor zu berichten und Erfahrungen auszutauschen.

Steuermitteln. Wowereit und Sarrazin machten deutlich, dass die Strei-kenden keinen ökonomischen Druck ausüben könnten, sondern im Gegenteil durch den Streik die Landeskasse noch schonten. Ein politischer Druck durch die Belegschaften wurde nicht entfaltet, konnte auf Grund der allgemein mangelhaft entwickelten Klassenkampferfahrung nicht entfaltet werden. Dieser Mangel drückte sich auch im Verhalten der ver.di Verhandlungsführung aus, deren Gegenüber zudem Fleisch aus eigenem Fleische war.

In Schweden ging es um den Profit. Zwar vergeben die schwedischen Kommunen die Aufträge an die jeweils günstigsten privaten Anbieter, die billig arbeiten müssen, um die Legitimation für weitere Privatisierungsmaßnahmen aufrechtzuerhalten. Ein besonderer Druck wurde durch die Streikmaßnahmen an der Ostküste aufgebaut, dort hatte der Staat den Schienenverkehr wegen zu geringer Auslastung eingeschränkt, privaten Betreibern den Ersatzverkehr überlassen (s.o.). Die Androhung der landesweiten Bestreikung der Flugbuslinien war von großer Bedeutung, gerade in einem so großen, gering besiedelten Land, wo »Dienstreisen« per Flug getätigt werden. Alle diese Einschränkungen führten für die privaten Betreiber zu einem unmittelbaren Profitverlust. Die Auseinandersetzungen, wurden nicht ausdrücklich gegen die Privatisierung geführt, aber um die Vergleichbarkeit der Arbeitsbedingungen, wodurch der Anreiz für die privaten Anbieter zumindest gedämpft wird. ■

■ **LESERBRIEF:**

Ukraine: Privatisierung von Volkseigentum

Wir erhielten aus der Ukraine einen Leserbrief zugesandt, in dem dargestellt wird, wie die von der arbeitenden Bevölkerung in der Sowjetzeit aufgebauten Betriebe heute privatisiert werden. Dargestellt werden Folgen für die Lohnabhängigen. Nach der Übersetzung schickten wir dem Verfasser mehrere Fragen zum besseren Verständnis des Artikels, zum Verhalten der Arbeiterklasse der Ukraine und ihrer Gewerkschaften, u.a.:

Hier ist es normal, dass Arbeiter im Rentenalter pensioniert sind oder werden. Das scheint in der Ukraine anders zu sein?? Vorpensionierungen – mit Abfindungen in verschiedener Größe – gibt es auch hier. Wie ist dies geregelt bzw. nicht geregelt?

Wenn sich die Spitzen der offiziellen Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern unterwürfig verhalten, könnten sich doch bei den Arbeitern eigenständige Initiativen, wie z. B. eine gewerkschaftliche Opposition herausbilden. Ist darüber etwas bekannt?

Wie reagieren die Arbeiter auf die Entlassungen, auf den Preisanstieg?

Bis zum Abschluss dieser Ausgabe haben wir noch keine Antwort erhalten. *die Red.* ■

Ukraine: Das Kapital greift an

Das kapitalistische Weltsystem begibt sich sicheren Tritts in die nächste ökonomische Krise. Obgleich das Epizentrum der Krise sich in den USA befindet, berührt es notwendigerweise auch andere kapitalistische Staaten, darunter auch die Ukraine. Jede ökonomische Krise bedeutet ein Abfallen der Profite, daher bestand von jeher und besteht auch heute die Lieblingsantwort seitens der Bourgeoisie in ihrem Bestreben, keine Schmälerung ihrer Profite zuzulassen, darin, einen neuen Angriff auf das Lebensniveau der Werktätigen zu starten, den Lohn zu beschneiden und soziale Garantien abzuschaffen. Ein solcher Angriff der Bourgeoisie ist gegenwärtig in der Ukraine zu beobachten.

Am 22. Mai hat der Oberste Rat in erster Lesung einen neuen Entwurf des Arbeitsgesetzbuches angenommen. Nach dem neuen Arbeitsgesetzbuch erhalten die Kapitalisten das Recht, die Arbeiter ohne Einverständnis der Gewerkschaften zu entlassen. Den Gewerkschaften wird das Recht genommen, auf dem Gelände der Unternehmen Räume zu unterhalten und dort ihre Presseerzeugnisse auszuhängen. Die Verderbtheit und Käuflichkeit der Gewerkschaften ist kein Geheimnis. Doch unter dem alten Arbeitsgesetzbuch musste der Kapitalist sich mit der Gewerkschaftsbürokratie absprechen, und das bedeutete für ihn Verschwendung von Zeit und Geld. Nun nimmt die Diktatur des Kapitals unverhohlenen und unmittelbaren Charakter an. Unter Bruch der gepriesenen »Sozialpartnerschaft« zerbricht die Bourgeoisie alle Reste des Systems eines sozialen Kompromisses, erneut steht eine Klasse gegen die andere auf, Macht gegen Macht. Von unserer Klasse selbst hängt es ab, ob sie in diesem Kampf der Sieger sein wird.

Kriwoj Rog, Dnepropetrowsker Gebiet: 2005 wurde »Kriworoshstal« privatisiert. Eigentümer dieses Mammutunternehmens ist ein indischer Milliardär geworden, der in die ukrainische Staatskasse 24 Milliarden Griwna eingezahlt hat, die im Laufe des folgenden Jahres erfolgreich »aufgefressen« wurden. Gegenwärtig ist die Stimmung der Arbeiter in Kriwoj Rog sehr düster. Das erste Opfer des neuen Hausherrn sind die Arbeiter im Rentenalter geworden. Sie wurden alle sofort und ohne Widerspruchsmöglichkeit aus dem Kombinat verjagt. Und einige Zeit später traf dieses Schicksal auch diejenigen, die nur noch wenige Jahre bis zur Rente hatten. Gegenwärtig sind neue Pläne für die Entlassung von Arbeitern in Vorbereitung. Ihren Arbeitsplatz werden viele Tausende junger Facharbeiter verlieren. Kriwoj Rog ist eine Stadt von Hütten- und Bergarbeitern. Ihr Wohl hängt von der Situation bei »Kriworoshstal« ab, darum werden die massenhaften Kürzungen dort Auswirkungen auf das Leben der gesamten Stadt haben.

Tschernigow, Kombinat »Chimwolokno«, Betriebsteil Massenbedarfsproduktion: Diese Produktionsabteilung erbrachte für das gesamte Unternehmen hohe und stabile Gewinne. Aber nach der Privatisierung von »Chimwolokno«, in deren Folge Eigentümer des Betriebes der Besitzer der Bank »Ursibbank« Jaroslawski wurde, änderte sich die Situation radikal. Der Lohn der Arbeiter des Betriebsteils Massenbedarfsproduktion ging scharf nach unten. Die unzufriedenen Arbeiter schrieben an den Generaldirektor des Unternehmens Michalewytsch (den Sohn eines ehemaligen Gewerkschaftsfunktionärs) eine Bittschrift. Aber – erwartungsgemäß – schenkten sowohl der Generaldirektor als auch die realen Hausherren, die hinter seinem Rücken standen, der Beschwerde keine Beachtung. In der Hoffnung auf die »nette Gewerkschaft« sandten die Arbeiter dann

ein Schreiben an die Gewerkschaftsbosse. Aber die, längst unter einer Decke mit den Herren Privatisierern, antworteten auf die Beschwerde der Arbeiter mit Schweigen. Auf Justitia hoffend, schrieben die Arbeiter der Massenbedarfsproduktion danach eine Eingabe an die Staatsanwaltschaft. Alle diese Beschwerden und Eingaben, die keineswegs die Grenzen der bürgerlichen Gesetzlichkeit überschritten, riefen nichtsdestotrotz den Zorn der Herrschaften hervor. Der allmächtige Generaldirektor gab die Anweisung zur Liquidierung des Betriebsteils Massenbedarfsproduktion, und mit dem 15. Juni füllten 200 Arbeiter die Reihen der Arbeitslosen auf.

Winniza. Kugellagerwerk: Nach dessen käuflichem Erwerb beschlossen die neuen Herren die Arbeit des betreffenden Unternehmens zu drosseln. Viele Hunderte Arbeiter erwartet die Kündigung. Auf der Suche nach Gerechtigkeit wandten sich die Arbeiter ans Gericht. Das Gericht erließ, nachdem es einige juristische Ungenauigkeiten in der Vorgehensweise des Unternehmers entdeckt hatte, eine einstweilige Verfügung, dass die Schließung des Unternehmens auszusetzen sei. Aber eben eine einstweilige! Es vergehen ein paar Monate, und der Unternehmer wirft, nachdem er juristische Fehler beseitigt hat, mehr als tausend Arbeiter des Winnizer Kugellagerwerkes auf die Straße. Und inzwischen – Gericht hin, Urteil her – hat der Unternehmer den Arbeitern vorgeschlagen, eine eigene Kommission zu bilden, die Wege und Methoden zur Vergrößerung des Gewinns des Unternehmens – mit anderen Worten: zur Verstärkung ihrer eigenen Ausbeutung – untersuchen soll.

Tschernigow. Unternehmen »Tschesar« (das ehemalige Tschernigower Funkgerätewerk): Bis 1991 war das Tschernigower Funkgerätewerk, das für die Verteidigungsindustrie und für den Kosmos arbeitete, das größte Unternehmen der Stadt. Nach 1991 fiel die Anzahl seiner Beschäftigten von 17 000 auf 3 000, und sein Lebenslicht glimmt nur noch gerade mal so. Die jetzige Betriebsleitung mit Direktor Kolesnikow an der Spitze hat beschlossen, ein Aktienkontrollpaket an die transnationale Gesellschaft »Arka Kapital« zu verkaufen, die von dem Bürger der Slowakei Pavol Krúpa geleitet wird. Die Kolesnikow-Gruppe hatte gehofft, dass »Arka Kapital« das Geld geben und die Betriebsleitung den vorherigen Herren belassen würde. Jedoch »Arka Kapital« hatte bzgl. des Betriebes seine eigenen Ansichten, und das Interesse der Gesellschaft galt nicht der Produktion in dem Betrieb, sondern dem Grundstück und den Immobilien, die einen günstigen Weiterverkauf versprachen. Es entspann sich ein Kampf zwischen zwei Gruppierungen um die Kontrolle über den Betrieb. Ende April 2008 organisierte die Kolesnikow-Gruppe einen »Direktorstreik«, und die »Arka Kapital« beschuldigt die Kolesnikow-Gruppe, den Betrieb zugrunde gerichtet und alle möglichen Machenschaften begangen zu haben. Die Proletarier haben keinen Grund, eine der Bourgeoisiegruppen gegen die andere zu unterstützen. Alle beide schmarotzen auf Kosten der Arbeiter und werden immer miteinander eins werden können, wenn es darum geht, die ihnen Glauben schenkenden Arbeiter übers Ohr zu hauen.

Das Jahr 2008 ist ein Jahr weiteren Preisanstiegs in der Ukraine geworden. Erst unlängst wurden die Fahrpreise für den Eisenbahnfern- und -nahverkehr erhöht. Auch die städtischen Buspreise sind gestiegen. Verursacht sind diese Preissteigerungen durch die ständige Erhöhung der Preise für Energieträger. Die Teilnahme an Kinderferienlagern ist um 35 Prozent teurer geworden und die Studiengebühren um 20 Prozent. Ständig steigen die Preise für Medikamente. Die Medizin ist das wichtigste Instrument der Ausbeutung der arbeitenden Menschen geworden. Von Januar bis März hat eine gravierende Erhöhung der Lebensmittelpreise stattgefunden. Und dazu dann die Sprüche von Juschtschenko, dass die Reichen mit den Armen teilen sollen! ■

Soeben eingetroffen:

Der Berliner S-Bahner — Extrablatt / November 08

Informationsblatt der WER.DIE - Betriebsgruppe

Kommt massenhaft: Auf zum TRANSNET- Gewerkschaftstag!

(23. bis 27. November 2008 im Hotel Estrel / Berlin)

In der letzten Novemberwoche will sich TRANSNET ihre Politik der letzten Jahre im Nachhinein absegnen lassen. Diese Politik hieß Hansen- Plan, Tarif- Paket und Machterhalt. Als Bonbon hat sie kürzlich eine 10- Prozent- Forderung für die nächsten Tarifverhandlungen angekündigt. Der Vorstand geht davon aus, dass in der Gewerkschaftsspitze alles beim Alten bleibt.

Doch überall in der Republik hoffen engagierte TRANSNET- Funktionäre und -Mitglieder auf eine Kehrtwende der Gewerkschaftspolitik. Der von Hansen und seinen Vorstandskollegen erst tolerierte, dann unterstützte Börsengang der Bahn ist inzwischen gänzlich diskreditiert. Menschen und Material bei der Bahn werden kaputt gespart. Die Personaldecke reißt an allen Ecken und Enden.

Auch das Tarifpaket hat sich als Mogelpackung erwiesen, deren Hauptinhalt die dauerhafte Herabgruppierung vieler Berufsgruppen war. TRANSNET kann sich als größte Tarifpartnerin der DB AG von der eigenen Verantwortung für diese Entwicklungen nicht freisprechen.

Macht euren nächsten Sonntagspaziergang zum Gewerkschaftstag! Begrüßt die Hauptredner Norbert Hansen (!) und Lothar Krauss am Hoteleingang! Ermutigt durch euer Kommen die Kollegen, die es wagen, gegen den alten Vorstand zu kandidieren!

Wir treffen uns am Sonntag, den 23. November, um 14.00 Uhr vor dem Eingang des Estrel- Hotels, Sonnenallee 225, 12057 Berlin. Bringt Freunde und Familie mit. Jeder ist willkommen!

Informationsblatt der WER.DIE - Betriebsgruppe der Berliner S- Bahn - 2 -

In einer Zeit,
- in der vor Tarifverhandlungen viel versprochen wird und das Ergebnis die Kollegen verunsichert, unzufrieden und ratlos hinterlässt,
- in der der Börsentraum von Mehdorn und Hansen immer mehr zur Farce wird und dennoch mit der Brechstange durchgesetzt werden soll,
- in der viele Gewerkschaftsfunktionäre (auch nach Hansen) noch immer so handeln, als gehöre die Gewerkschaft ihnen und diene nur ihren Egoismen und ihrem Machterhalt,
- in der jeder von uns Tag für Tag die katastrophalen Folgen der Zerschlagung von Konzern und Betrieb und des massiven Personalabbaus der letzten Jahre spürt,
- in der die Demotivation der Kollegen fast täglich zunimmt, die Angst vor Arbeitsplatzverlust den Alltag überschattet und das Gefühl des hilflosen Zorns immer stärker wird,

ist es an der Zeit,
- sich mit kritischen, politisch denkenden Kollegen nach basisdemokratischen Regeln zusammenzuschließen,
- die Interessen der Kollegen vor Ort wieder zum obersten Handlungsprinzip aller Interessenvertreter in Betriebsrat und Gewerkschaft zu erheben und
- der Entscheiderclique von DB- Vorständen, Gewerkschaftsfunktionären und angepassten Gremienchefs eine ernsthafte und zukunftsweisende politische Alternative entgegenzustellen!

Unsere zentralen Forderungen:
- Die Berliner S- Bahn GmbH muss als eigenständiger, integrierter Betrieb wieder hergestellt werden!
- Die Berliner S- Bahn GmbH darf nicht zur Verkaufs- und Verfügungsmasse einer privaten Bahn-Holding verkommen!
- Misslungene, rechtswidrige und beschäftigungsfeindliche Rationalisierungsmaßnahmen (Beispiel: ZAT) müssen endgültig zurückgenommen werden!
- Lebenswichtige Kompetenzen dürfen nicht im gespaltenen Bahnkonzern verschwinden!
- Die Billiglohnstrategie der S- Bahn- Geschäftsführung darf sich nicht durch- bzw. fortsetzen!
- Der Berliner Senat muss erneut in die Pflicht genommen werden, ein kunden- und beschäftigungsorientiertes Nahverkehrskonzept zu entwickeln, den Verkehrvertrag entsprechend nachzubessern und alle Regionalisierungsmittel für den Ausbau und die Pflege des ÖPNV einzusetzen!

Um diese Ziele zu verwirklichen, brauchen wir einen gewerkschaftlichen Partner, der
- unsere Forderungen politisch, logistisch, materiell und personell unterstützt,
- mit uns in einen offenen, repressionsfreien Dialog eintritt und
- uns Zeit und Raum zur Entwicklung eigener Strukturen zugesteht.

Jeder S- Bahner, der seine Lebensplanung nicht länger von praxisfernen Managern, abgehobenen Funktionären und einem angepassten Betriebsrat bestimmen lassen will, ist bei uns herzlich willkommen!

Impressum:
„Der Berliner S- Bahner" ist das Informationsblatt der WER.DIE- Betriebsgruppe der S- Bahn Berlin GmbH. Er wurde von Andreas Tannhäuser gegründet und versteht sich heute als Fortsetzung der Aktion „Berliner! Schützt eure S- Bahn!" und der „Liste 9" mit anderen Mitteln.
V.i.S.d.P.: Percy Baarts Redaktion: Bernd Eichmann
1. Jahrgang (neu) Auflage: 1000 Exemplare Anschrift der Redaktion: PercyBaarts@web.de